



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Familienreport 2014

Leistungen, Wirkungen, Trends

Familienreport 2014

Leistungen, Wirkungen, Trends

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Familie ist unverändert wichtig für die Menschen in unserem Land. Sie steht für Zusammenhalt, Glück und Zufriedenheit. Dabei sind Familien äußerst dynamisch. Familie wird in vielfältigen Formen gelebt, und unter Familie wird bei Weitem nicht mehr nur Vater – Mutter – Kind verstanden. In der Wirklichkeit unserer Gesellschaft spielen sich diese Entwicklungen bereits seit längerer Zeit ab. Mittlerweise verankert sich auch im Bewusstsein der Menschen mehr und mehr ein breites Familienverständnis, das die Vielfalt von Familien akzeptiert.



Über die Vielfalt der Familienformen hinweg gibt es allerdings einen deutlichen Trend: Mütter wollen stärker erwerbstätig sein, und immer mehr Väter wollen sich stärker am Familienleben beteiligen. Insbesondere bei jüngeren Frauen und Männern haben die Berufstätigkeit der Mütter und die Fürsorge der Väter für die Kinder einen festen Platz in den Vorstellungen vom Familienleben: Die Mehrzahl der Paare wünscht sich eine partnerschaftliche Aufgabenteilung. Die Realität sieht für die meisten noch anders aus. Das liegt auch daran, dass viele Bedingungen nicht zu diesen Lebensentwürfen passen. Aktuelle Umfragen zeigen: Viele Eltern leben heute unter einem erheblichen Druck. Oftmals finden es Mütter und Väter schwierig, den Anforderungen zu genügen, die sie an sich selbst stellen. Vor allem sehen sich Familien unter Zeitdruck. Vor allem Mütter spüren das nach wie vor bestehende Ungleichgewicht bei der Verteilung der Elternarbeit. Gleichzeitig wünschen sich viele von ihnen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen. Die jungen Eltern von heute sind eine geforderte Generation.

Moderne, an den Wünschen der Menschen orientierte Familienpolitik braucht deshalb eine neue Qualität der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Familienreport zeigt deutlich, welche Bedeutung Partnerschaftlichkeit, also Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, in den Wünschen der Familien heute hat. Mein Ziel ist, mehr Partnerschaftlichkeit für Mütter und Väter in Familie und Beruf möglich zu machen. In diesem Jahr können wir Eltern neue Angebote machen, die ihnen mehr Spielraum für ihr Familienleben geben. Eltern, deren Kinder ab dem 01.07.2015 geboren werden, können das Elterngeld mit dem Elterngeld-Plus und dem Partnerschaftsbonus kombinieren. Damit unterstützen wir Mütter und Väter, die sich schon früh gemeinsam und partnerschaftlich um die Kinder kümmern und in dieser Zeit in Teilzeit erwerbstätig sein möchten. Sie können das Elterngeld künftig länger erhalten und ihr Elterngeldbudget besser ausschöpfen, als dies bisher möglich war. Aus einem Elterngeldmonat werden zwei ElterngeldPlus-Monate. Alleinerziehende werden davon ebenso profitieren wie Mütter und Väter in anderen Familienformen. Gleichzeitig wird die Elternzeit deutlich flexibler.

Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, flexiblere Arbeitszeiten und ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen mit einem besonderen Blick auf die Qualität sind weitere Schlüssel, um Familien auch in Zukunft den Rücken zu stärken. Auch dazu enthält der Familienreport wertvolle Erkenntnisse. Mein Ziel ist eine Familienarbeitszeit: eine Unterstützung für Eltern, die es ihnen erlaubt, ihre Arbeitszeit in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes anzupassen. Der Vater kann seine Wochenarbeitszeit reduzieren, die Mutter mit einer ähnlichen Stundenzahl berufstätig sein. Das ElterngeldPlus ist ein erster Schritt auf dem Weg zur Familienarbeitszeit. Partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss möglich sein!



Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhalt

I.	Einleitung	9
II.	Familienleben in Deutschland	12
	2.1 Werte und Einstellungen zu Familie	12
	2.2 Familien in Deutschland	13
	2.3 Kinder in Familien	17
	2.4 Exkurs: Mehrkindfamilien	19
	2.5 Exkurs: Alleinerziehende	20
	2.6 Kinderwünsche in Deutschland	24
	2.7 Geburten in Deutschland	26
	2.8 Kinderlosigkeit in Deutschland	33
	2.9 Eheschließungen	35
	2.10 Ehescheidungen	38
III.	Neue Qualität in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Partnerschaftlichkeit	42
	3.1 Neue Trends: Mütter sind häufiger erwerbstätig	42
	3.2 Erfolgsmodell Elterngeld	47
	3.2.1 Mütter kehren früher in den Beruf zurück	47
	3.2.2 Väter engagieren sich stärker in der Familie	51
	3.2.3 Mehr Zeit für Kinder und für die Familie	54
	3.2.4 Neue Trends: Arbeitszeitwünsche von Müttern und Vätern	55
	3.3 Vereinbarkeit wichtigste familienpolitische Aufgabe	59
	3.4 Zeit für Familie: Idee Familienarbeitszeit	60
	3.5 ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus als neues Angebot zur partnerschaftlichen Vereinbarkeit	61
	3.6 Elternzeit flexibler nutzbar	62
IV.	Wirksamkeit staatlicher Familienleistungen: zentrale Erkenntnisse aus der Gesamtevaluation	63
	4.1 Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat zentralen Stellenwert für Familien und die Wirksamkeit von Familienleistungen	63
	4.2 Familienleistungen stabilisieren wirtschaftliche Situation von Familien	65
	4.3 Wirkungen der ehe- und familienbezogenen Leistungen: Erfüllung von Kinderwünschen	68
	4.4 Familienleistungen im Überblick: das Leistungstableau	69
V.	Wohlergehen von Familien: Zukunftschancen für Eltern und Kinder	71
	5.1 Ziel moderner Familienpolitik – Wohlergehen von Familien	71
	5.2 Wohlergehen und Lebensqualität von Eltern	72
	5.3 Wohlergehen von Kindern	74
	5.4 Familie als ersten Bildungsort unterstützen	79
	5.4.1 Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“	80

VI. Partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie: neue Potenziale für die Wirtschaft	82
6.1 Betriebliche Rahmenbedingungen für aktive Väter	83
6.2 Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsfaktor bei der Personalgewinnung	84
6.3 Unternehmenskultur entscheidet über Vereinbarkeit	87
6.4 Politik und Wirtschaft als Partner für eine familienfreundliche Arbeitswelt – das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“	88
VII. Die Digitalisierung der Gesellschaft	91
7.1 Familie im Zentrum der Digitalisierung.....	92
7.2 Digitalisierung der Arbeitswelt: Unterstützung für eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf	96
7.3 Entlastung des Familienalltags durch digitalen Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten	98
7.4 Online-Engagement in der Gesellschaft	98
VIII. Voraussetzung für partnerschaftliche Vereinbarkeit: ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung	100
8.1 Betreuungsbedarf der Eltern in Deutschland	101
8.2 Entwicklung und Stand der Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren.....	102
8.3 Qualität der Kinderbetreuungsangebote	103
8.4 Betriebliche Kinderbetreuungsangebote	105
8.5 Nach Kita und Hort: die verlässliche Ganztagschule als neue Herausforderung	106
8.6 „Lokale Bündnisse für Familie“ unterstützen Familien mit Schulkindern	107
8.7 Betreuungsgeld.....	109

I.

Einleitung

Die Einstellungen zum Familienleben und zur Partnerschaft haben sich grundlegend verändert. Vor allem junge Menschen wünschen sich heute eine gleichberechtigte Partnerschaft und Aufgabenteilung und sie wollen wirtschaftlich unabhängige Partnerinnen bzw. Partner: 93 Prozent der jungen Frauen zwischen 21 und 34 Jahren und 76 Prozent der gleichaltrigen Männer wünschen sich einen Partner bzw. eine Partnerin, die bzw. der selbst für den eigenen Lebensunterhalt sorgt. Mehr als 90 Prozent erwarten von ihrer Partnerin bzw. ihrem Partner, in den eigenen beruflichen Zielen unterstützt zu werden¹ (Abb. 1).

Abbildung 1: Erwartungen an die Partnerin/den Partner, 2012, in Prozent

Ich erwarte von meiner Partnerin/meinem Partner, dass sie/er ...	Frauen	Männer
... selbst für ihren/seinen Lebensunterhalt sorgt	93,1	75,7
... mich in meinen beruflichen Zielen unterstützt	93,8	94,1

Anmerkung: Auszug, Zustimmung (Skalenwerte 1 und 2) auf die Frage: „Man kann unterschiedliche Erwartungen an einen Partner haben. Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen auf Sie zutreffen oder nicht.“ Antwortskala: „trifft voll und ganz zu“, „trifft eher zu“, „trifft eher nicht zu“, „trifft überhaupt nicht zu“.

Quelle: Allmendinger/Haarbrücker (2013): *Lebensentwürfe heute. Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen*. Discussion Paper 2013-002, hrsg. vom WZB

Mehr als 90 Prozent der 20- 39-Jährigen finden, dass sich beide – also Frauen und Männer – um die Kinder kümmern sollten, und mehr als drei Viertel der jungen Menschen finden, dass beide Partner für das Einkommen sorgen sollten.² Egalitäre Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Frau und Mann haben in Ost- und Westdeutschland zugenommen. Das heißt, mehr Menschen befürworten eine Rollenangleichung von Frauen und Männern.³ So finden nur 16 Prozent in Ostdeutschland und 29 Prozent in Westdeutschland eine Aufgabenteilung gut, bei der der Mann voll im Beruf steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um Haushalt und Kinder kümmert. 1991 stimmten dem noch 33 Prozent in Ostdeutschland und 50 Prozent in Westdeutschland zu.⁴

1 Allmendinger/Haarbrücker (2013): *Lebensentwürfe heute. Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen*. Discussion Paper 2013-002, hrsg. vom WZB.

2 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): *Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen*, Altersgruppe 20-39 Jahre.

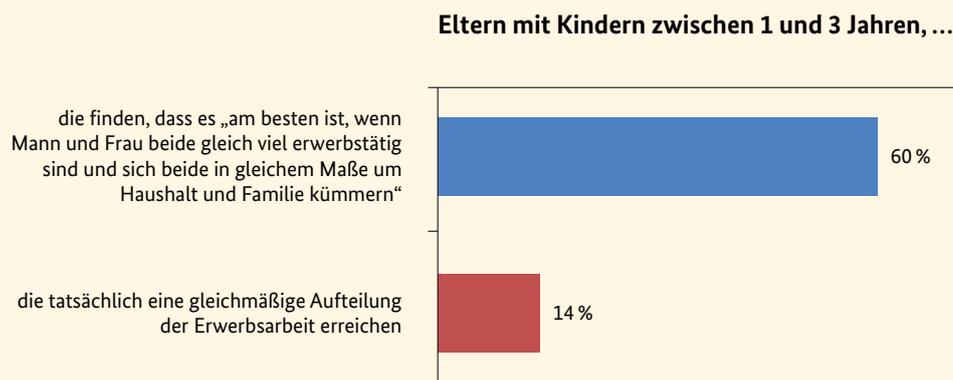
3 WZB/Statistisches Bundesamt (2013): *Datenreport 2013*, S. 386 ff.

4 Ebd., S. 388. Angaben bezogen auf die Zustimmung zur Aussage „Es ist für alle Beteiligten besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“

Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat 2012 in der Bevölkerung einen deutlich höheren Stellenwert als noch 1991. So sind 2012 nur noch 19 Prozent der Ost- und Westdeutschen der Ansicht, dass es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. 1991 stimmte dem noch jeweils ein Drittel der Bevölkerung zu. Über die Hälfte der befragten Eltern möchten ihren Kindern die Berufstätigkeit als normal vermitteln (Mütter zu rund 49 Prozent, Väter zu rund 58 Prozent). Auch für Kinder sind berufstätige Eltern heute selbstverständlich und sie stehen einer Berufstätigkeit der Eltern grundsätzlich positiv gegenüber. Rund 60 Prozent der sechs- bis 14-jährigen Kinder sind froh, dass ihre Eltern berufstätig sind. Insgesamt zeigen die sechs- bis 14-jährigen Kinder großes Verständnis dafür, dass ihre berufstätigen Eltern weniger Zeit mit ihnen verbringen können.⁵

Fakt ist aber auch: Nur wenige Eltern mit kleinen Kindern leben schon heute ihren Wunsch, dass beide im gleichen Umfang erwerbstätig sind. 60 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren fänden es ideal, wenn sich beide gleichermaßen in Familie und Beruf einbringen können (Abb. 2).

Abbildung 2: Wunsch und Wirklichkeit der partnerschaftlichen Aufgabenverteilung



Quelle: Berechnungen auf Basis von „Familien in Deutschland“ (FiD), SOEP. Zitiert nach: DIW Wochenbericht Nr. 46/2013

Neben diesen Idealvorstellungen würden von jedem dritten Paar mit Kindern unter drei Jahren (32 Prozent) derzeit persönlich am liebsten beide in Teilzeit (mit etwa 30 Stunden pro Woche) oder in Vollzeit (7 Prozent) arbeiten und sich Familien- und Hausarbeit teilen.⁶ Aber nur 9 Prozent von ihnen können eine gleiche Aufgabenteilung derzeit realisieren.⁷ Familien- und Berufsaufgaben sind nach wie vor ungleich verteilt auf Frauen und Männer und das oft nicht nur in bestimmten Lebensabschnitten, sondern über den gesamten Lebensverlauf. Die Hauptlast des familiären Vereinbarkeits- und Zeitmanagements tragen nach wie vor die Mütter. Für die Kinderbetreuung und die Übernahme von Sorgearbeit in der Familie brauchen Eltern jedoch Zeit. Und dies ist für die Erwerbstätigkeit von Eltern mit Nachteilen verbunden,

⁵ GEolino-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014.

⁶ IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

⁷ IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

die sich in den Familien, in der Verantwortung für Sorgearbeit, in der Familienplanung und in der Lebenszufriedenheit und schließlich auch in den wirtschaftlichen Chancen von Familien insgesamt und Müttern im Besonderen nachdrücklich bemerkbar machen.

Eine neue Qualität in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist deshalb der Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen Familienpolitik, die die gleichen Chancen für Mütter und Väter und gute Entwicklungschancen für die Kinder im Blick hat.

Neues Leitbild der Familienpolitik: partnerschaftliche Vereinbarkeit

Die Bundesregierung orientiert sich an den Lebenswünschen und den Lebenswirklichkeiten von Familien. Sie will Familien bei einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung unterstützen und eine neue Qualität in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen. Das Elterngeld-Plus mit Partnerschaftsbonus und flexiblerer Elternzeit ist eine Gestaltungsvariante des Elterngeldes und ein erster Schritt zu mehr Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Familien- und Berufsaufgaben. Erkenntnisse aus der Evaluierung des Elterngeldes und aus der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen lieferten die Grundlagen für die Gestaltung des neuen ElterngeldPlus. Die Gesamtevaluation hat das Elterngeld und die öffentlich subventionierte Kinderbetreuung als die Leistungen mit den besten Wirkungen in Bezug auf die Vereinbarkeit identifiziert. Zugleich verbessert der Bund im Zusammenspiel mit den Ländern und Kommunen die Rahmenbedingungen für eine partnerschaftliche Vereinbarkeit auch im Bereich der Kinderbetreuungsinfrastruktur. Nicht zuletzt geht es um mehr Zeit für Familie durch förderliche Arbeitsbedingungen. Es geht um moderne Arbeitszeiten und Arbeitskulturen, die Müttern **und** Vätern Zeit für Familie ermöglichen und berufliche Nachteile verhindern. Nicht in allen, aber in vielen Berufsfeldern eröffnen sich durch die Digitalisierung Chancen für mehr Familienfreundlichkeit, die es zu nutzen gilt. Mit diesem Ziel richtet das Bundesfamilienministerium die Zusammenarbeit mit Unternehmen neu aus, denn von einer partnerschaftlichen Vereinbarkeit profitieren die Unternehmen und die Wirtschaft insgesamt.

Ein partnerschaftliches Engagement von Müttern und Vätern im Erwerbsleben und in der Familie eröffnet Vätern bessere Möglichkeiten, sich intensiver um ihre Kinder zu kümmern und eine gute Vater-Kind-Beziehung zu leben. Müttern wird eine Erwerbstätigkeit in größerem Umfang ermöglicht, so wie sie es sich wünschen. Dies verbessert die wirtschaftliche Situation von Familien, verschafft ihnen flexiblere Zeitmanagements und stärkt die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Müttern. Kinder profitieren von Müttern und Vätern, die sich beide um Erziehung und Betreuung kümmern. In einem familienfreundlichen Umfeld mit guten Rahmenbedingungen können sich junge Frauen und Männer zudem leichter für (weitere) Kinder entscheiden, ohne Nachteile in der beruflichen Entwicklung in Kauf nehmen zu müssen.

II.

Familienleben in Deutschland

2.1 Werte und Einstellungen zu Familie

Wert von Familie ungebrochen hoch

Familie und Kinder haben für die Bevölkerung ungebrochen eine hohe Bedeutung. 2012 fanden 81 Prozent der Ostdeutschen und 75 Prozent der Westdeutschen Familie und Kinder sehr wichtig.⁸ Familie war auch für 97 Prozent der 6- bis 14-Jährigen wichtig bzw. total wichtig.⁹ Für mehr als 90 Prozent der Bevölkerung war es die größte Freude im Leben zu beobachten, wie Kinder groß werden (93 Prozent West- und 96 Prozent Ostdeutschland).¹⁰ Für über 80 Prozent der 20- bis 39-Jährigen war es sehr wichtig bzw. wichtig, eigene Kinder zu haben.¹¹ Mit ihrem Familienleben waren mehr als 50 Prozent der Ost- und Westdeutschen völlig bzw. sehr zufrieden.¹² Für mehr als drei Viertel der Eltern stand die Familie auch für Zusammenhalt in schwierigen Zeiten (79 Prozent).¹³

Breites Familienverständnis in der Bevölkerung

Familien werden heute in vielfältigen Konstellationen gelebt. Im familienpolitischen Verständnis ist Familie dort, wo Menschen verschiedener Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, füreinander einstehen und gegenseitige Fürsorge leisten. Das schließt verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern ebenso ein wie Alleinerziehende, Stief- und Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien sowie Familien, die sich um pflege- und hilfsbedürftige Angehörige kümmern.

Auch in der Bevölkerung ist ein breites Familienverständnis verankert. Familie ist für die Mehrheit dort, wo auch Kinder sind – unabhängig von der Lebensform der Eltern. So sehen alle 20- bis 39-Jährigen ein verheiratetes heterosexuelles Elternpaar als Familie. Daneben finden aber vor allem auch andere Eltern-Kind-Konstellationen eine hohe Akzeptanz von über 80 Prozent. So sehen 88 Prozent der 20- bis 39-Jährigen auch ein homosexuelles Paar mit Kindern als Familie und für 85 Prozent sind auch Stief- und Patchworkkonstellationen Familie. Die Paarkonstellationen mit Kindern gelten für die allermeisten als Familie. Doch auch

8 WZB/Statistisches Bundesamt (2013): Datenreport 2013, S. 65.

9 GEOLino-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014.

10 WZB/Statistisches Bundesamt (2013): Datenreport 2013, S. 65, 67.

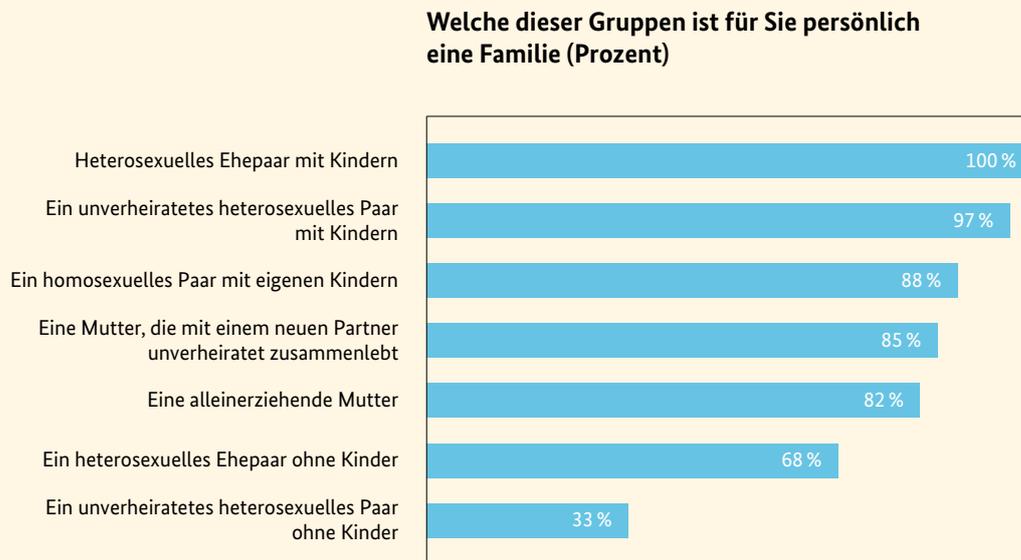
11 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen, Altersgruppe 20-39 Jahre.

12 Ebd., S. 67.

13 IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

Alleinerziehende gelten zunehmend als Familie, vor allem bei den Jüngeren. 2000 fanden nur 40 Prozent der Bevölkerung, dass Alleinerziehende eine Familie sind. 2012 war es schon mehr als die Hälfte (58 Prozent) und bei den jüngeren Befragten zwischen 20 und 40 Jahren waren es 2013 schon 68 Prozent, für die Alleinerziehende persönlich auch Familie sind (Abb. 3).

Abbildung 3: Familienverständnis von 20- bis 39-Jährigen, 2013



Datenquelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, FLB (2012), gewichtete Daten

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen. Altersgruppe 20–39 Jahre

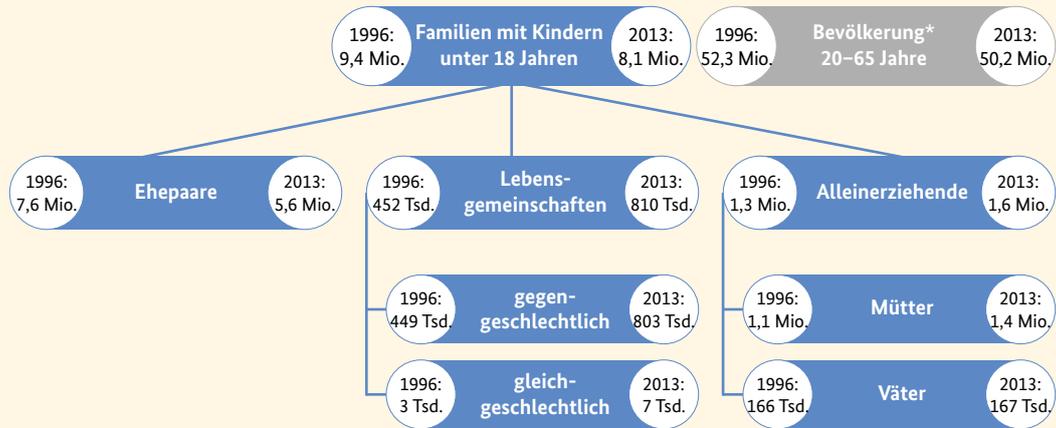
2.2 Familien in Deutschland

Verheiratete Eltern sind nach wie vor häufigste Familienform

2013 gab es 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Das waren 1,3 Millionen Familien weniger als noch 1996. Verheiratete Eltern waren 2013 mit 5,6 Millionen die häufigste Familienform (70 Prozent an allen Familien), auch wenn ihre Anzahl seit 1996 zurückgegangen ist. Im Vergleich dazu hat seit 1996 insbesondere die Anzahl der Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden zugenommen. 2013 gab es 810.000 Lebensgemeinschaften (10 Prozent an allen Familien) und 1,6 Millionen Alleinerziehende (20 Prozent an allen Familien). Das sind etwa 300.000 Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mehr als noch 16 Jahre zuvor (Abb. 4). Im gleichen Zeitraum nahm die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren um ca. 2 Millionen ab.¹⁴ Die Anzahl und Entwicklung von Familien spiegelt damit die demografische Entwicklung der Bevölkerung insgesamt wider.

¹⁴ Bevölkerungszahlen für 2013: Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für Bevölkerung vorläufige Zahlen. Für weitere Informationen zum Zensus 2011 siehe www.zensus2011.de

Abbildung 4: Familien* und Bevölkerung* 1996 und 2013



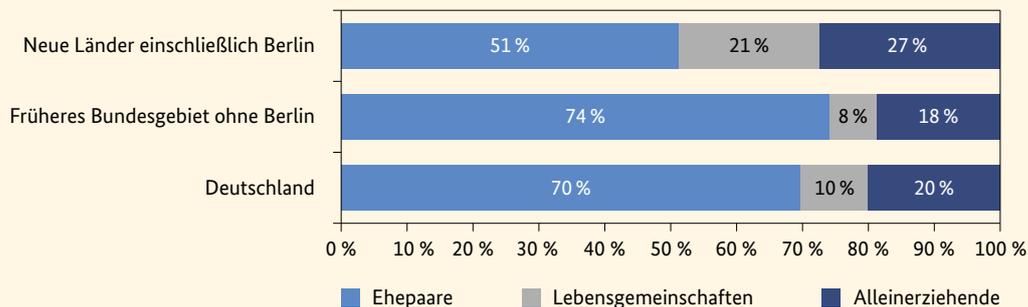
* Zahlen für Familie und Bevölkerung 2013: ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für Bevölkerung vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

2013 gab es 7.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, die mit minderjährigen Kindern im Haushalt („Regenbogenfamilien“) lebten: Das entspricht einem Anteil von weniger als 1 Prozent an allen Familien.

Die Familienformen unterscheiden sich in ihrer Häufigkeit nach wie vor in den neuen und alten Bundesländern. In West- wie Ostdeutschland sind verheiratete Eltern zwar die häufigste Familienform. In den neuen Ländern sind jedoch lediglich etwas mehr als die Hälfte der Eltern verheiratet, während es in den alten Bundesländern knapp drei Viertel der Eltern sind. Entsprechend ist der Anteil an Lebensgemeinschaften (21 Prozent) und Alleinerziehenden (27 Prozent) in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, wo lediglich 8 Prozent der Eltern nicht verheiratet und 18 Prozent der Familien alleinerziehend sind (Abb. 5).

Abbildung 5: Familienformen in den neuen und alten Bundesländern, 2013, in Prozent

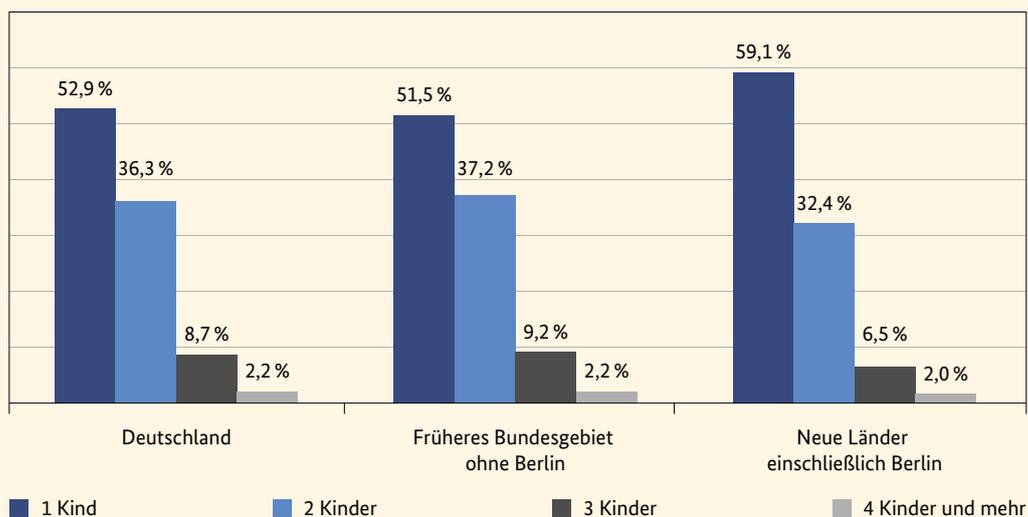


Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Mehrzahl der Familien hat ein bis zwei Kinder

Mehr als die Hälfte der Familien in Deutschland hatte 2013 ein Kind (53 Prozent), mehr als jede dritte Familie hatte 2013 zwei Kinder (36 Prozent) und 11 Prozent der Familien hatten drei und mehr Kinder. Die neuen und alten Bundesländer unterscheiden sich hier nicht grundsätzlich, allerdings haben in Ostdeutschland etwas mehr Familien ein Kind (59 Prozent) als in Westdeutschland (52 Prozent) (Abb. 6). Daraus lassen sich jedoch keine Rückschlüsse auf die Kinderzahlen von Frauen insgesamt ziehen, da es sich um eine Momentaufnahme handelt und Frauen noch weitere Kinder im Laufe der Zeit bekommen können (vgl. auch Kapitel II. 2.7 „Geburten in Deutschland“).

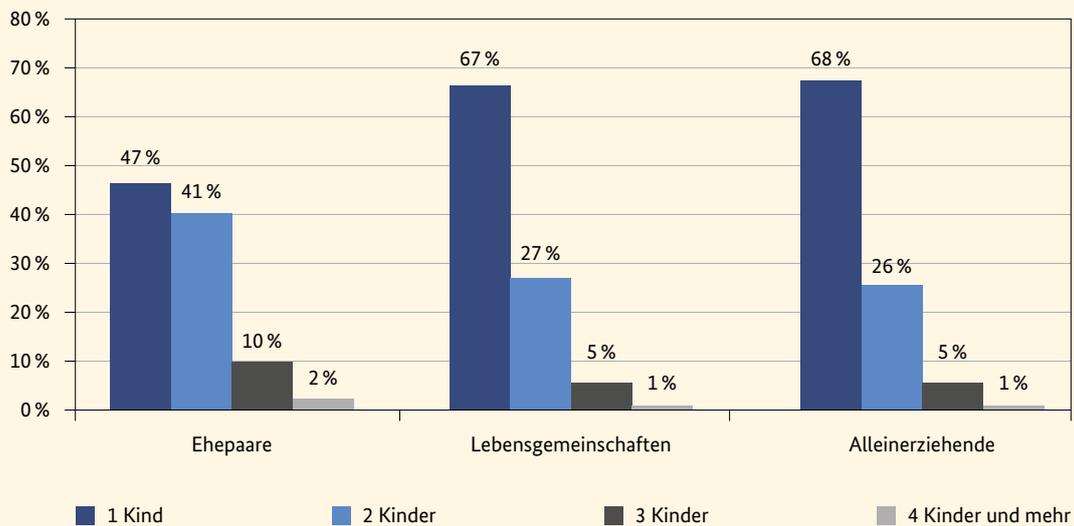
Abbildung 6: Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren und Region, 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Differenziert nach der jeweiligen Familienform, haben verheiratete Eltern häufiger mehr Kinder als unverheiratete Paare bzw. Alleinerziehende. 2013 hatten 41 Prozent der verheirateten Eltern zwei Kinder, während nur etwas mehr als ein Viertel der unverheirateten Eltern bzw. Alleinerziehenden zwei Kinder hatten (Abb. 7). Entsprechend häufiger hatten 2013 Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende ein Kind.

Abbildung 7: Familienformen nach Anzahl der minderjährigen Kinder, 2013



Anmerkung: Alle Kinder sind unter 18 Jahren

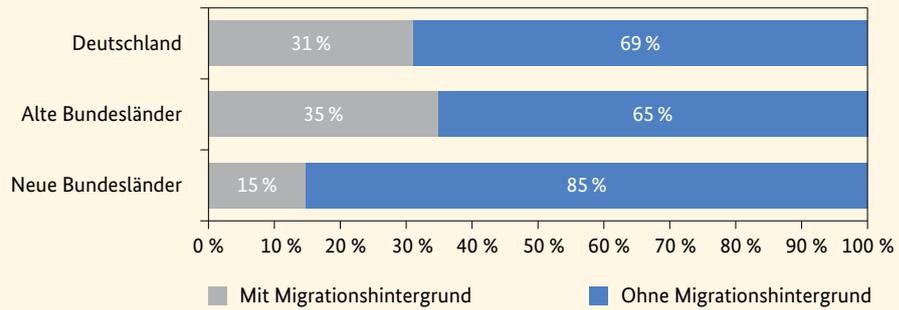
Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Jede dritte Familie hat Migrationshintergrund

In Deutschland hatte 2013 jede dritte Familie mit minderjährigen Kindern im Haushalt einen Migrationshintergrund.¹⁵ Dabei zeigte sich, dass Familien mit Migrationshintergrund häufiger in den alten Bundesländern leben. Hier hatte jede dritte Familie Migrationshintergrund (35 Prozent), während es in den neuen Bundesländern knapp jede siebte Familie (15 Prozent) war (Abb. 8).

15 Definition Migrationshintergrund analog zum statistischen Bundesamt: Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte, sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Abbildung 8: Familien mit minderjährigen Kindern nach Migrationshintergrund, 2013

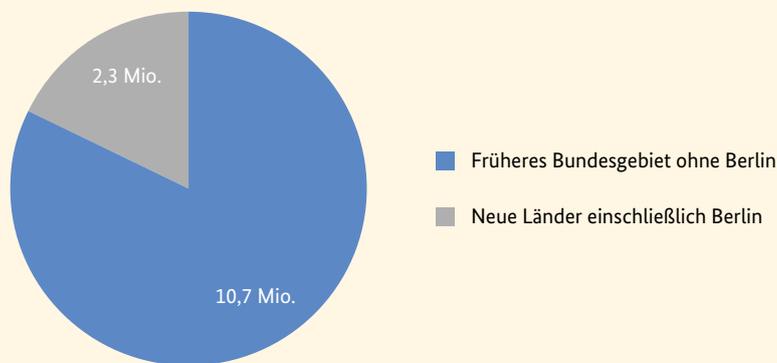


Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

2.3 Kinder in Familien

In Deutschland lebten 2013 13 Millionen minderjährige Kinder, davon 2,3 Millionen in den neuen Bundesländern (18 Prozent) und 10,7 Millionen in den alten Bundesländern (82 Prozent) (Abb. 9)

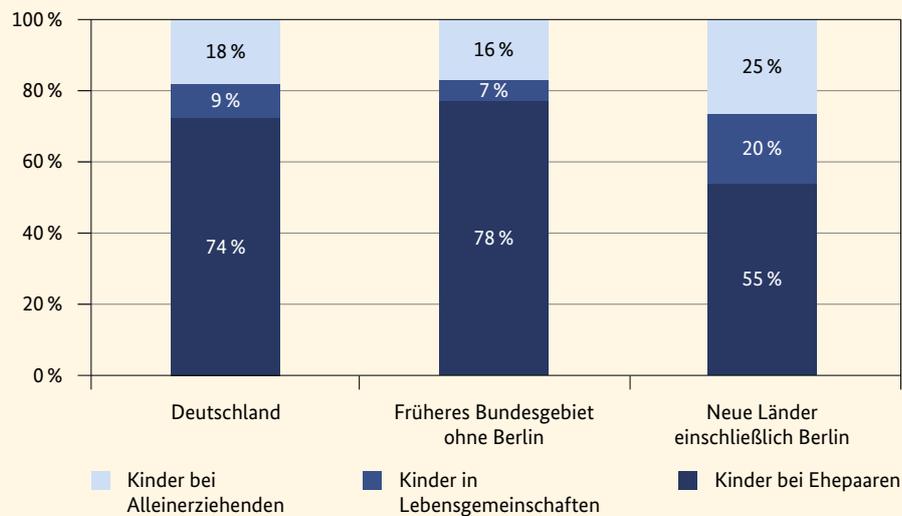
Abbildung 9: Anzahl der minderjährigen Kinder in Deutschland, in Millionen, 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Fast drei Viertel der minderjährigen Kinder in Deutschland lebten gemeinsam mit verheirateten Eltern im Haushalt, 18 Prozent wuchsen bei Alleinerziehenden und 9 Prozent bei Lebensgemeinschaften auf. Damit hat sich der Anteil der Kinder, die bei verheirateten Eltern aufwachsen, in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. In den alten Bundesländern waren die Eltern von minderjährigen Kindern mehrheitlich verheiratet: 78 Prozent der minderjährigen Kinder lebten bei verheirateten Eltern, in den neuen Bundesländern waren es lediglich 55 Prozent. In den neuen Ländern wuchsen Kinder häufiger bei Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden auf als in den alten Bundesländern (Abb. 10).

Abbildung 10: Minderjährige Kinder nach Familienform, 2013, in Prozent



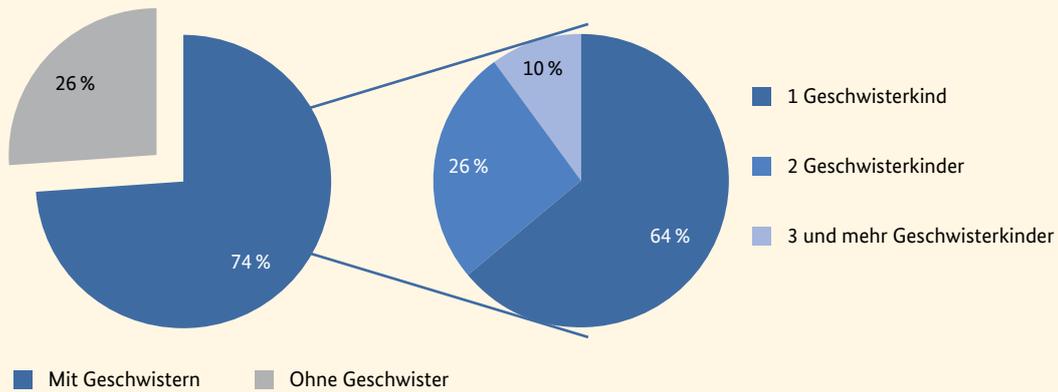
Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Zwar hatte etwas mehr als die Hälfte der Familien im Jahr 2013 nur ein Kind (vgl. auch Abb. 6), allerdings wuchsen insgesamt drei Viertel der Kinder mit mindestens einer Schwester oder einem Bruder auf (Abb. 11). Nur ein Viertel hatte (noch) keine Geschwister. Denn im Zeitverlauf betrachtet, haben Familien in Deutschland nach wie vor durchschnittlich zwei Kinder. 1996 lebten durchschnittlich 1,65 minderjährige Kinder in Familien, 2013 waren es durchschnittlich 1,61 Kinder¹⁶.

Von den 74 Prozent der Kinder mit Geschwistern hatten knapp zwei Drittel eine Schwester oder einen Bruder, ein Viertel hatte zwei Geschwister und zehn Prozent hatten drei und mehr Geschwister.

¹⁶ Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

Abbildung 11: Minderjährige Kinder nach Anzahl der Geschwister, 2013, in Prozent



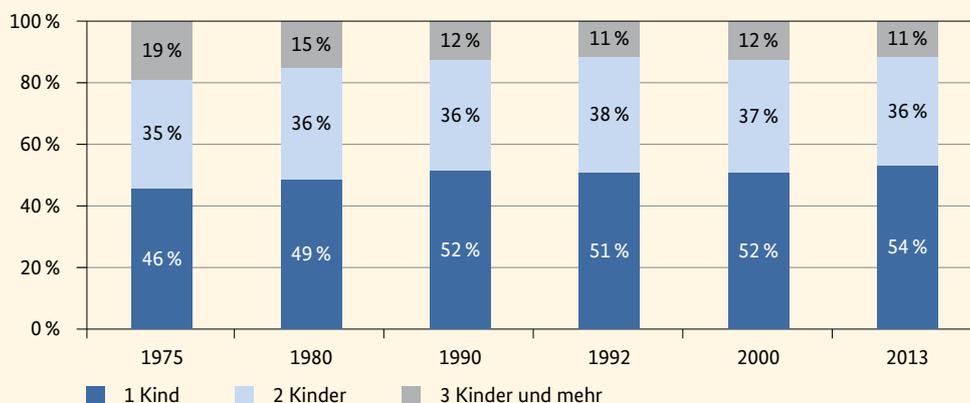
Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

2.4 Exkurs: Mehrkindfamilien

Der Anteil der Mehrkindfamilien in Deutschland ist seit der Wiedervereinigung nahezu unverändert geblieben und liegt im europäischen Durchschnitt. Im Jahr 1975 lebten noch in 19 Prozent der Familien drei oder mehr minderjährige Kinder, darunter in 6 Prozent der Familien vier oder mehr Kinder. Bis zum Jahr 1990 ist der Anteil der Mehrkindfamilien im früheren Bundesgebiet auf ein mit dem heutigen gesamtdeutschen Durchschnitt vergleichbares Niveau gesunken (Abb. 12).

2013 lebten in etwa jeder neunten Familie mehr als zwei Kinder (873.000). Überwiegend hatten diese Familien drei minderjährige Kinder (700.000 Familien). In knapp 2 Prozent aller Familien mit minderjährigen Kindern lebten vier minderjährige Kinder (128.000 Familien), in knapp 1 Prozent fünf oder mehr (45.000 Familien).¹⁷ In Westdeutschland gab es mit 11 Prozent anteilig mehr Mehrkindfamilien als in Ostdeutschland (9 Prozent) (vgl. auch Abb. 7).

Abbildung 12: Familien nach Anzahl der minderjährigen Kinder, 1975–2013, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus. Bis 1990 sind die Werte für das frühere Bundesgebiet ausgewiesen, ab 1992 für das wiedervereinigte Deutschland. Ab 2011 auf Basis des Zensus 2011.

17 BMFSFJ (Hrsg.) (2014): Mehrkindfamilien in Deutschland. Dossier.

In Mehrkindfamilien leben häufig auch kleinere Kinder. In mehr als der Hälfte der Familien mit drei Kindern war 2012 das jüngste Kind unter sechs Jahren (in 71 Prozent der Familien mit vier und mehr Kindern).¹⁸ 11 Prozent aller Mehrkindfamilien waren Familien mit alleinerziehendem Elternteil.

Mehrkindfamilien sind sozial heterogen

2012 befanden sich 36 Prozent aller Mehrkindfamilien in der gesellschaftlichen Mitte. Das bedeutet, sie verfügten über mittlere Bildungsniveaus und lebten in einer durchschnittlich guten wirtschaftlichen Situation. 30 Prozent der Mehrkindfamilien waren ressourcenreich im Hinblick auf Bildung und Einkommen und 23 Prozent waren ressourcenarm.¹⁹ Eltern mit drei oder mehr minderjährigen Kindern waren alles in allem ebenso zufrieden mit ihrem Leben wie Eltern mit weniger Kindern.

Aber Mehrkindfamilien sind häufiger armutsgefährdet als der Durchschnitt. Im Vergleich zu Paarfamilien mit nur einem oder zwei Kindern sind Familien mit drei Kindern bereits doppelt so häufig armutsgefährdet (16 Prozent). Leben vier oder mehr Kinder in der Familie, ist mehr als jede vierte Familie vom Armutsrisiko betroffen (28 Prozent).

Dabei haben Mehrkindfamilien in der Regel nicht geringere Einkommen als kleinere Familien. Bei ihnen ist das erhöhte Armutsrisiko bedingt durch die höhere Personenzahl im Haushalt, die bei der Berechnung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens berücksichtigt wird. Pro Kopf steht Mehrkindfamilien ein geringeres Einkommen zur Verfügung als Paarhaushalten mit weniger Kindern. Bei einer Verteilung verschiedener Familientypen nach Einkommen und unter Berücksichtigung der Zahl der Haushaltsmitglieder zeigt sich: 70 Prozent der Mehrkindfamilien haben weniger als das mittlere Einkommen aller Familien zur Verfügung.²⁰

Paarhaushalte mit drei Kindern beziehen mit 12 Prozent etwa doppelt so häufig SGB-II-Leistungen wie kleinere Paarfamilien. Unter den Familien mit vier und mehr Kindern bezieht jede fünfte Familie Grundsicherungsleistungen.²¹

2.5 Exkurs: Alleinerziehende

2013 gab es 1,6 Millionen Alleinerziehende, das waren 1,4 Millionen alleinerziehende Mütter und 167.000 alleinerziehende Väter. Neun von zehn Alleinerziehenden sind weiblich.²² Damit lebt in jeder fünften Familie ein Elternteil allein mit Kindern im Haushalt. Alleinerziehende gehören heute zur Vielfalt des Familienlebens. Alleinerziehende werden in der Statistik definiert als Haushalte, in dem ein Elternteil allein mit Kindern lebt. Hinter dieser Haushaltsform können sich jedoch unterschiedliche Lebensformen verbergen.

18 BMFSFJ (Hrsg.) (2014): Mehrkindfamilien in Deutschland. Dossier.

19 Ebd.

20 BMFSFJ (Hrsg.) (2014): Dossier Mehrkindfamilien in Deutschland. Dossier, S. 47 ff.

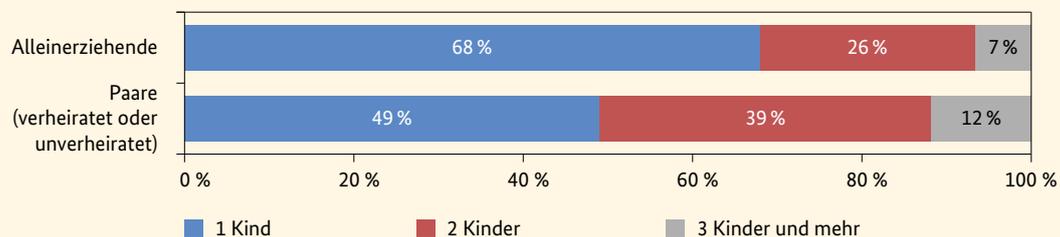
21 BMFSFJ (Hrsg.) (2014): Dossier Mehrkindfamilien in Deutschland. Dossier, S. 25 ff.

22 Die Anzahl der alleinerziehenden Väter ist damit vergleichsweise gering. Um differenzierte Auswertungen ermöglichen zu können, wird im Folgenden insbesondere die Situation der alleinerziehenden Mütter betrachtet.

Die Familienform „alleinerziehend“ ist dabei zunehmend in Bewegung. Nur für wenige Frauen ist es ein unveränderlicher Teil des Selbstkonzepts, alleinerziehend zu sein. Für die allermeisten Alleinerziehenden ist „alleinerziehend sein“ eine Lebensphase mit einem Beginn und einem Ende, wobei sie diese Phase auch mehrmals im Laufe des Lebens durchlaufen können. So verlässt ein Viertel der Alleinerziehenden innerhalb der ersten drei Jahre den Status „alleinerziehend“, oft durch neue Partnerschaften.²³ Mehr als ein Drittel der alleinerziehenden Mütter hat eine (neue) feste Beziehung. Überwiegend betrachten sie die Phase des Alleinerziehens als einen Prozess mit offenem Ausgang.²⁴ Auch das subjektive Verständnis von Alleinerziehendsein ist weniger an die Haushaltssituation gekoppelt, sondern vielmehr an die tatsächliche Verantwortungsverteilung im Alltag. Alleinerziehende Mütter leben zwar ohne Partner im Haushalt, sie sind aber nicht immer allein für das Kind oder die Kinder zuständig. 63 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden geben an, dass ihnen der Vater sehr wichtig bzw. wichtig ist.²⁵ Mehr als die Hälfte der Väter hat Kontakt zu den eigenen Kindern. Insgesamt hat eine große Mehrheit der Kinder bis zum Beginn des Schulalters Kontakt zum leiblichen Vater.²⁶

In Haushalten mit alleinerziehenden Eltern lebt häufiger nur ein minderjähriges Kind²⁷ (68 Prozent) als in Paarhaushalten (49 Prozent). Bei einem Viertel der Alleinerziehenden wachen zwei Kinder, bei 7 Prozent drei oder mehr Kinder im Haushalt auf (Abb. 13).²⁸ Damit hat jede dritte Alleinerziehende zwei oder mehr minderjährige Kinder.

Abbildung 13: Alleinerziehende und Paarhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren, 2013, nach Zahl der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

23 BMFSFJ (2012): Monitor Familienforschung: Alleinerziehende in Deutschland – Lebenssituationen und Lebenswirklichkeiten von Müttern und Kindern. Ausgabe 28.

24 Vgl. BMFSFJ (2011): Lebenswelten und Lebenswirklichkeiten von Alleinerziehenden, S. 7.

25 BMFSFJ (2012): Monitor Familienforschung: Alleinerziehende in Deutschland – Lebenssituationen und Lebenswirklichkeiten von Müttern und Kindern. Ausgabe 28.

26 Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), „Familien in Deutschland“, FiDv1.2, Berechnung Sinus Sociovision.

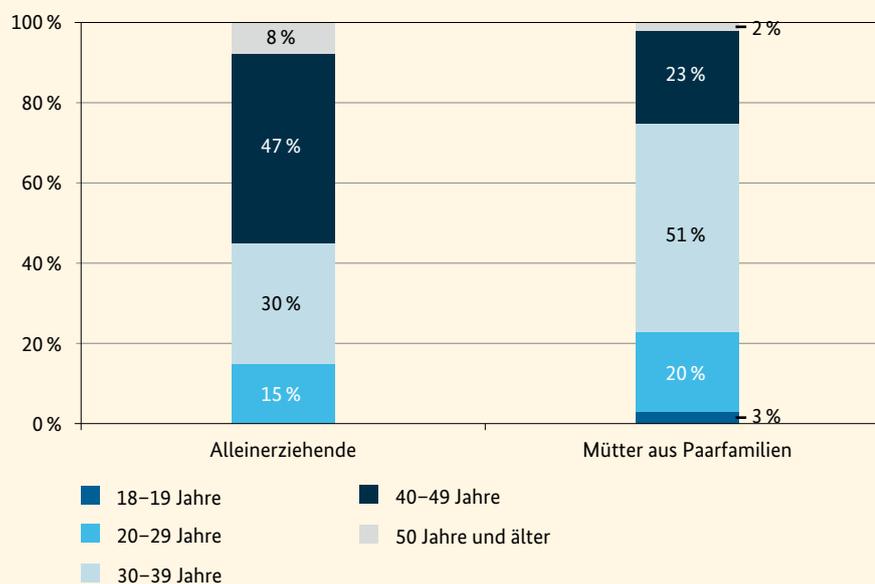
27 Sofern keine anderslautenden Angaben gemacht werden, beziehen sich die folgenden Auswertungen immer auf Alleinerziehende mit mindestens einem minderjährigen Kind.

28 Mikrozensus-Angaben aus: Statistisches Bundesamt (2013): Fachserie 1 Reihe 3: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2012.

In den Haushalten von Alleinerziehenden lebten 2013 zudem häufiger Kinder, die bereits zehn Jahre oder älter waren (46 Prozent). Mütter aus Paarfamilien betreuten demgegenüber etwas häufiger Kleinkinder im Alter von bis zu drei Jahren (25 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent).

In der Regel führt eine Trennung oder Scheidung dazu, dass Frauen (vorübergehend) alleinerziehend sind. Dementsprechend sind etwa zwei Drittel der alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern über 35 Jahre alt: 41 Prozent sind in der Altersgruppe zwischen 35 und unter 45 Jahren, 27 Prozent sind bereits 45 Jahre oder älter. Nur rund ein Viertel der Alleinerziehenden ist zwischen 25 und unter 35 Jahren (26 Prozent) alt, 6 Prozent sind jünger als 25 Jahre (Abb. 14).

Abbildung 14: Alleinerziehende Mütter und Mütter aus Paarfamilien 2011, nach Altersgruppen

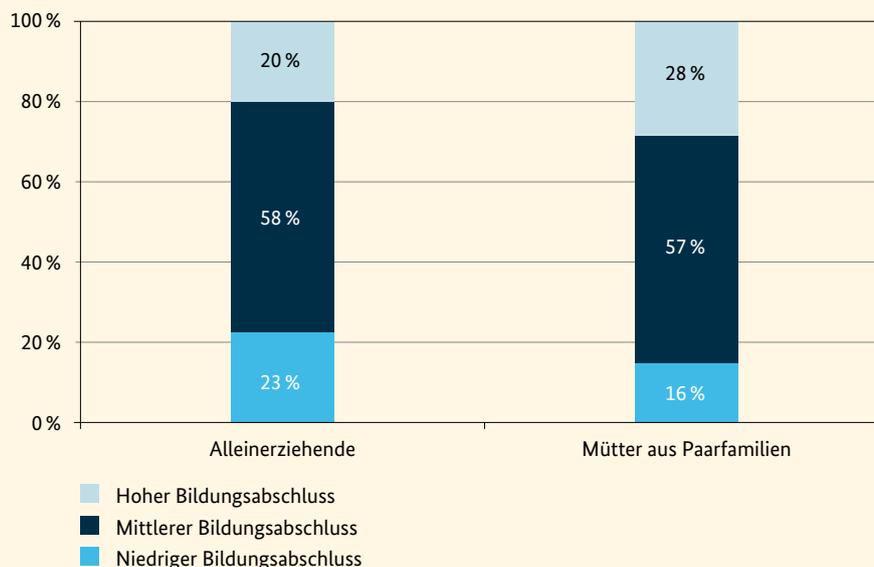


Quelle: Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), „Familien in Deutschland“, FiDv1.2, Berechnung Sinus Sociovision.

Alleinerziehende sind überwiegend gut ausgebildet

78 Prozent verfügen über einen mittleren oder hohen Bildungsabschluss. 2013 hatte knapp ein Viertel der alleinerziehenden Mütter einen niedrigen Bildungsabschluss, allerdings nur 16 Prozent der Mütter aus Paarfamilien (Abb. 15). Je älter die alleinerziehenden Mütter sind, desto häufiger verfügen sie über einen hohen Bildungsabschluss. Nur etwa 4 Prozent der alleinerziehenden Mütter unter 25 Jahren, aber 28 Prozent im Alter zwischen 45 und 55 Jahren verfügen über einen hohen Abschluss, wie den (Fach-)Hochschulabschluss, eine Meister-/Technikerausbildung oder eine Promotion.

Abbildung 15: Höchster Bildungsabschluss von Müttern, nach Familienform, 2013



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s14225, Berechnung: Prognos AG.

Trotz hoher Erwerbstätigenquote schlechtere wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden

Zwei Drittel der Alleinerziehenden sind erwerbstätig (vgl. Kapitel III), trotzdem ist die wirtschaftliche Situation der Alleinerziehenden häufiger prekär als die der Paarfamilien mit ein oder zwei Kindern. Bei der Verteilung verschiedener Familientypen nach Einkommen und unter Berücksichtigung der Zahl der Haushaltsmitglieder zeigt sich, dass 80 Prozent der Alleinerziehenden weniger als das mittlere Einkommen aller Familien zur Verfügung haben. Dies spiegelt sich auch in der Armutsgefährdungsquote wider. Rund 40 Prozent der Alleinerziehenden sind armutsgefährdet, Paarfamilien mit ein bis zwei Kindern demgegenüber lediglich zu 10 Prozent.²⁹

Alleinerziehende erzielen teilweise mit ihrer Erwerbstätigkeit kein ausreichendes Einkommen, um einen Transferbezug zu vermeiden. 35 Prozent der Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug sind erwerbstätig. Alleinerziehende beziehen mehr als fünfmal so häufig SGB-II-Leistungen wie Paarfamilien, 39 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren erhalten SGB-II-Leistungen, aber nur 7 Prozent der Paarfamilien³⁰. Insgesamt beziehen 29 Prozent der alleinerziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld.³¹ Besonders hoch ist der Anteil bei Müttern mit relativ jungen Kindern: 45 Prozent aller Mütter, deren jüngstes Kind zwischen einem und drei Jahre alt ist, sind auf die Hilfen angewiesen. Je älter das jüngste Kind ist, desto geringer wird der Anteil der Leistungsbezieherinnen.

29 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 386.

30 Bundesagentur für Arbeit (2013): Analyse des Arbeitsmarktes für Alleinerziehende in Deutschland 2012.

31 Bundesagentur für Arbeit (2013): Analyse des Arbeitsmarktes für Alleinerziehende in Deutschland 2012.

Um allen Alleinerziehenden die Chance zu eröffnen, durch Erwerbstätigkeit wirtschaftlich unabhängig zu sein, sind sie auf ein gut funktionierendes Netz aus flexiblen und passgenauen Betreuungsangeboten für ihre Kinder, auf kontinuierliche und frühzeitige Vermittlungsarbeit, bedarfsgerechte Qualifizierung und auf eine familienfreundliche Arbeitswelt angewiesen.

2.6 Kinderwünsche in Deutschland

Die Kinderwünsche in Deutschland sind nach wie vor hoch und im Vergleich zu 2001 gestiegen. 2011 fanden die 20- bis 39-Jährigen durchschnittlich 2,26 Kinder persönlich ideal. Berücksichtigten junge Menschen ihre realistischen Lebensumstände, wünschten sie sich 2011 durchschnittlich noch 1,77 Kinder (Abb. 16).

Abbildung 16: Kinderwünsche der 20- bis 39-Jährigen

	2001	2006	2011
Individuelle ideale Kinderzahl	1,57*	2,06*	2,26**
		2005	2011
Realistischer Kinderwunsch		1,44***	1,77**

* Datenquelle Eurobarometer (Altersgruppen 20–39 Jahre); ** Datenquelle pairfam (Altersgruppen 20, 26–30, 36–39 Jahre); *** Datenquelle: GGS (Altersgruppe 20–39 Jahre)

Anmerkung: Beim **idealen Kinderwunsch** wird in der Regel gefragt, wie viele Kinder sich die Befragten unter der Vorstellung idealer persönlicher Lebensumstände wünschen. Beim **realistischen Kinderwunsch** wird in der Regel gefragt, wie viele Kinder sich die Befragten unter der Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Lebensumstände wünschen.

Quelle: Dorbritz/Naderi (2013)³²

Insbesondere junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren finden mehrere Kinder ideal. 2013 fanden 26 Prozent der 16- bis 24-Jährigen drei und mehr Kinder persönlich ideal.³³ 2007 waren es nur 11 Prozent.

Im Vergleich zu Frankreich – dem Land mit einer deutlich höheren Geburtenrate – unterscheiden sich die Kinderwünsche der unter 30-Jährigen in beiden Ländern wenig voneinander. Nur weniger als 5 Prozent der unter 30-Jährigen schließen in beiden Ländern Kinder für sich prinzipiell aus. In Frankreich aber halten 82 Prozent der 16- bis 49-jährigen Bevölkerung das eigene Land für kinderfreundlich. Deutschland gilt für die meisten der 16- bis 49-jährigen Bevölkerung nach wie vor als wenig kinderfreundlich. Das finden 52 Prozent von ihnen. Nur ein Drittel hält Deutschland dagegen für kinderfreundlich.³⁴

32 Dorbritz/Naderi (2013): Trendwende beim Kinderwunsch?, in: Bevölkerungsforschung Aktuell, Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Ausgabe 4/2013, S. 2–7.

33 BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“ und IfD Allensbach (2015): Familienbilder in Deutschland und Frankreich.

34 Ebd.

Lücke zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl

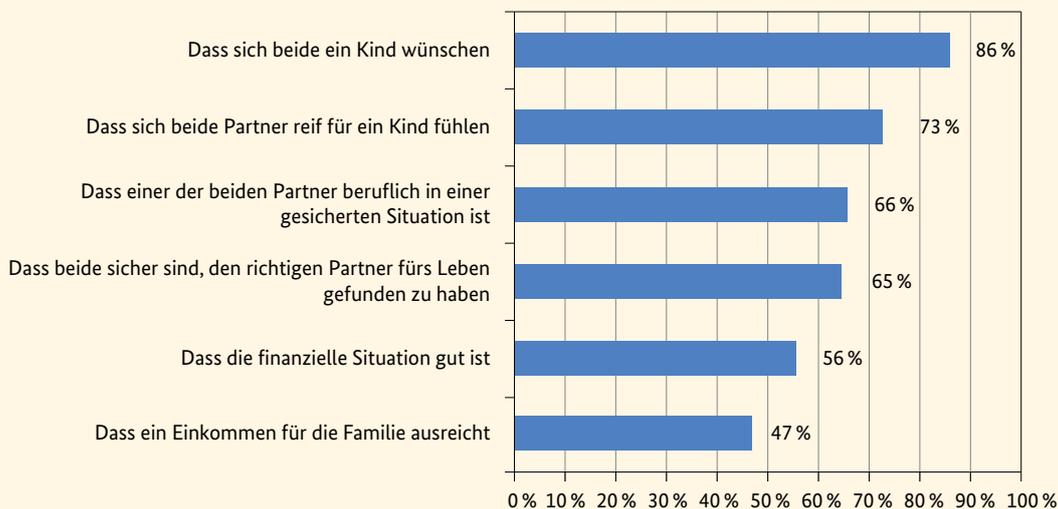
Dennoch bleiben die realen Kinderzahlen häufig hinter den idealen Kinderwünschen zurück. In Deutschland finden Eltern im Alter zwischen 40 und 49 Jahren durchschnittlich 2,2 Kinder ideal. Real haben sie durchschnittlich 1,9 Kinder und ein Viertel ist kinderlos.

Gegen weitere Kinder spricht am häufigsten das eigene Alter. 56 Prozent der Mütter in Deutschland sagen, dass sie sich zu alt für weitere Kinder fühlen. Bei den 35- bis 39-jährigen sagen dies 40 Prozent. In Frankreich sagen 42 Prozent der Mütter insgesamt bzw. 27 Prozent der 35- bis 39-jährigen Mütter, dass sie sich zu alt für weitere Kinder fühlen. Umgekehrt fühlt sich jede dritte kinderlose Frau im Alter von 25 bis 29 Jahren in Deutschland noch zu jung für Kinder – in Frankreich sind es 9 Prozent. Das subjektive Zeitfenster für Kinder ist damit in Deutschland weitaus enger als in Frankreich.

Zwingende Voraussetzung für Kinder ist für die meisten Befragten, dass sich beide Partner ein Kind wünschen und sich reif für Kinder fühlen (86 Prozent bzw. 73 Prozent) (Abb. 17). Auch eine beruflich gesicherte Situation eines Partners ist für zwei Drittel eine wichtige Voraussetzung. Knapp die Hälfte findet es wichtig, dass ein Einkommen ausreicht. 2007 war dies noch für 57 Prozent eine unbedingte Voraussetzung. Für Kinderlose ist der noch fehlende passende Partner der häufigste Grund gegen Kinder. Die meisten Kinderlosen fühlen sich zudem noch zu jung für Kinder.³⁵

Abbildung 17: Voraussetzungen, die vor der Geburt eines Kindes erfüllt sein sollten, 16- bis 49-jährige Bevölkerung in Deutschland, 2013, in Prozent

Diese Voraussetzung sollte unbedingt erfüllt sein



Quelle: BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“ und IfD Allensbach (2015): Familienbilder in Deutschland und Frankreich, eigene Darstellung

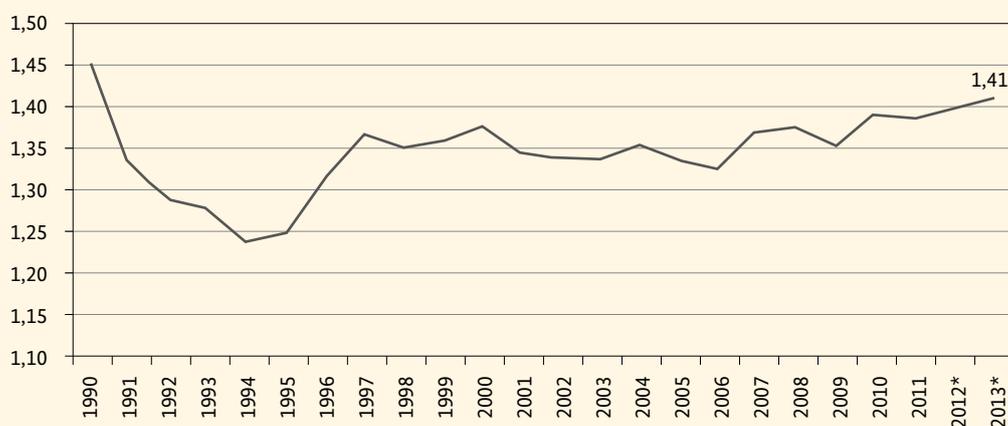
35 BMFSFJ (2015): Monitor Familienforschung Nr. 34 „Familienbilder in Deutschland und Frankreich“ und IfD Allensbach (2015): Familienbilder in Deutschland und Frankreich.

2.7 Geburten in Deutschland

2013 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer („Geburtenrate“) für Deutschland 1,41 Kinder je Frau (Abb. 18). Damit war sie geringfügig höher als im Vorjahr 2012 (1,40). Allerdings sagt die zusammengefasste Geburtenziffer nur wenig über das tatsächliche Geburtenverhalten aus, da sie nur ein Kalenderjahr beschreibt und nicht das Geburtenverhalten von Frauen im Lebensverlauf (vgl. auch Abb. 24 „Durchschnittliche Kinderzahl von Müttern“, in diesem Kapitel).³⁶

Da die Geburtenrate abhängig von der Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren ist, hat auch die neue Bevölkerungszählung im Rahmen des Zensus 2011 Auswirkungen auf die Geburtenrate. So lag vor dem Zensus die Geburtenrate 2012 bei 1,38 und für das gleiche Jahr nach den Ergebnissen des Zensus 2011 bei durchschnittlich 1,40 Kindern pro Frau.

Abbildung 18: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer („Geburtenrate“) 1990–2013, Deutschland



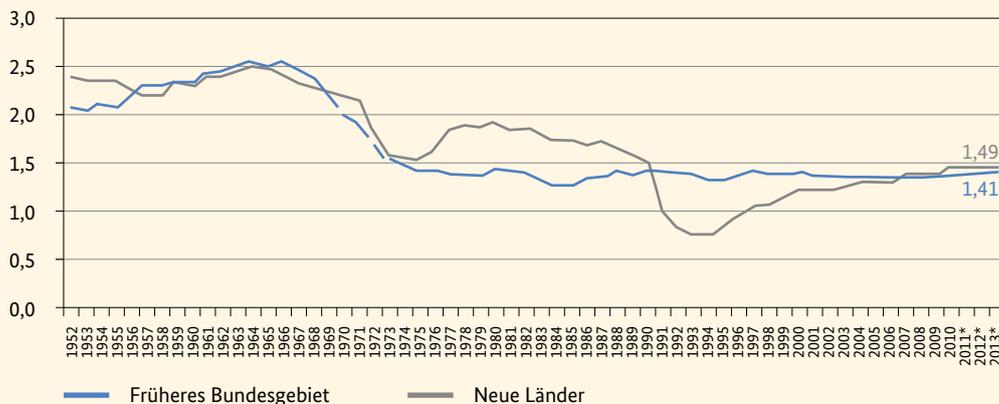
* ab 2011 Ergebnis des Zensus 2011 berücksichtigt, 2011: auf Basis der Bevölkerung zum Zensusstichtag 09.05.2011

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015): Statistik der Geburten

Die Geburtenrate ab 2011, die auf Basis des Zensus 2011 berechnet wurde, ist damit nur eingeschränkt mit den vorherigen Jahren vergleichbar. Im Folgenden wird die Entwicklung für Ost- und Westdeutschland bis 2011 ohne die Ergebnisse des Zensus 2011 dargestellt, nach 2011 mit den neuen Ergebnissen aus dem Zensus (Abb. 19).

³⁶ Siehe auch Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland sowie BMFSFJ (2012): Geburten in Deutschland.

Abbildung 19: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer („Geburtenrate“) 1990–2013, neue und alte Bundesländer



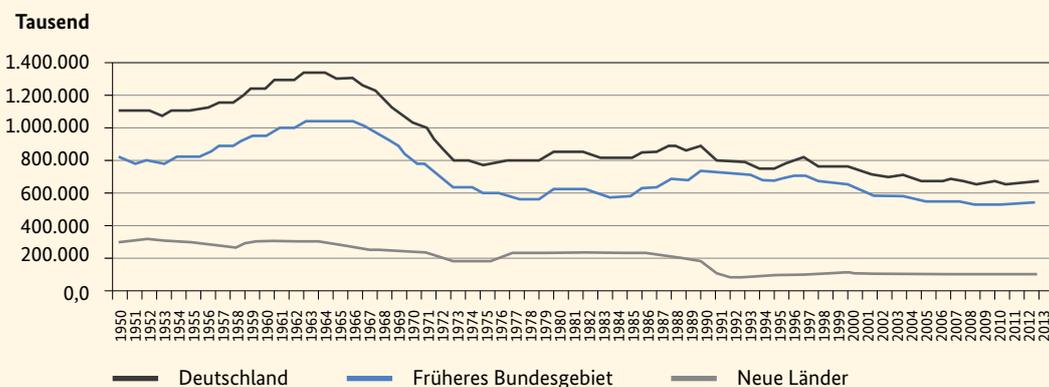
* Ergebnis auf Basis der Bevölkerung zum Zensusstichtag 09.05.2011. 2012 und 2013 vorläufige Werte

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2015

Lebendgeborene in Deutschland

2013 wurden in Deutschland 682.069 Kinder geboren (Abb. 20), halb so viel wie 1964 – dem Jahr mit den meisten Neugeborenen in Deutschland (rund 1,4 Millionen), aber 8.500 Kinder mehr als im Vorjahr.

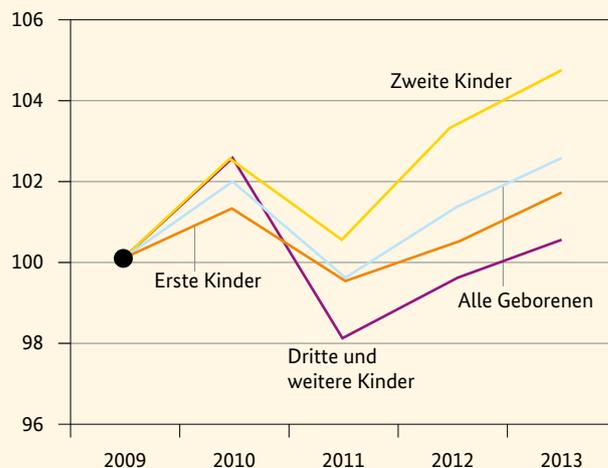
Abbildung 20: Lebendgeborene 1950–2013, in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Statistik der Geburten, neue und alte Bundesländer jeweils ohne Berlin

49 Prozent der Lebendgeborenen waren Erstgeburten, bei 34 Prozent handelte es sich um das zweite Kind und bei 16 Prozent um das dritte oder weitere Kind. Auf die Geburtenzahl insgesamt hat sich damit vor allem die Zahl der Zweitgeborenen positiv ausgewirkt, die seit 2009 angestiegen ist (Abb. 21).

Abbildung 21: Relative Veränderung der Geburtenzahlen, nach Geburtenfolge, im Vergleich zu 2009 (2009 = 100)



Quelle: © Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014

Die Anzahl der Kinder, die pro Jahr geboren werden, hängt wesentlich von der Anzahl der Mütter im gebärfähigen Alter (in der amtlichen Statistik sind es meistens die 15- bis 45- bzw. 49-jährigen Frauen) und der durchschnittlichen Anzahl der Geborenen pro Frau ab.³⁷ Verändert sich die Altersstruktur und/oder die Anzahl der weiblichen Bevölkerung, beeinflusst das auch die Geburtenzahl.³⁸ Während in der damaligen DDR die Anzahl der 25- bis 45-jährigen Frauen zwischen 1946 und 1960 um fast eine Million sank, nahm der Anteil der Frauen im früheren Bundesgebiet durch Zuwanderung (u. a. aus der DDR) und der demografischen Entwicklung um 1,2 Millionen Frauen im reproduktiven Alter zu.³⁹ 1960 war in der ehemaligen DDR der Anteil der Frauen im Alter von 18- bis 45 Jahren bereits um ein Viertel geschrumpft. Dies führte dazu, dass sich der Babyboom der 1950er-/1960er-Jahre in Westdeutschland beschleunigte und in Ostdeutschland abschwächte.⁴⁰ Dennoch gingen die Geburtenzahlen in Ostdeutschland nicht im gleichen Maß zurück.

Grund dafür ist die gestiegene Geburtenhäufigkeit, also die höhere Kinderzahl pro Frau. Heute ist bei den jüngeren Frauenjahrgängen (unter 20 Jahren) fast jeder Jahrgang kleiner als der vorherige.⁴¹ Seit einigen Jahren schrumpft daher die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Dennoch ist die Geburtenrate relativ konstant.

37 Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland.

38 Ebd., S. 11.

39 Nowossadeck (2010): Die Herkunftsfamilien der Babyboomer, in: DZA (Hrsg): Report Altersdaten, Heft 3/2010, S. 9 ff.

40 Ebd.

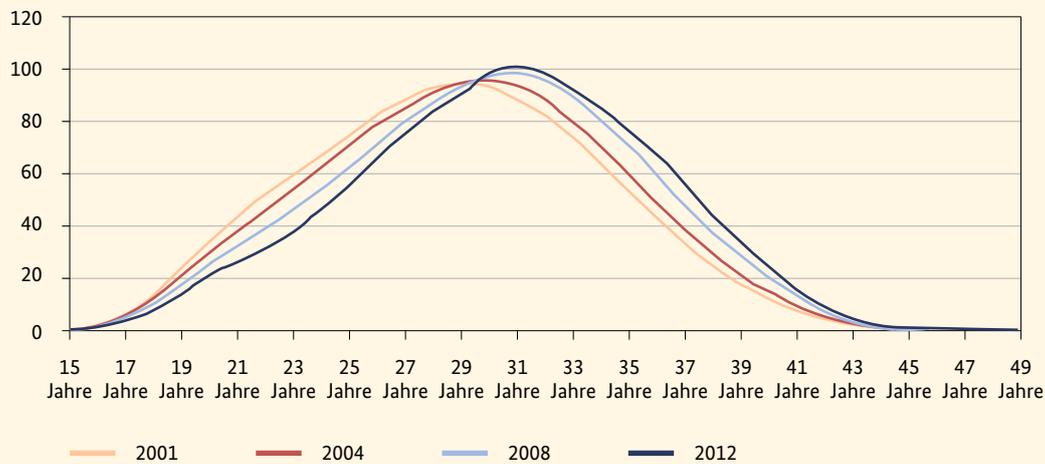
41 Ebd.

Mütter sind beim ersten Kind durchschnittlich 29 Jahre alt

Im Jahr 2013 sind Frauen mit durchschnittlich 29 Jahren erstmals Mutter geworden. Der Trend zur späteren Geburt setzt sich damit fort. 1970 waren Mütter bei der Erstgeburt in Westdeutschland noch gut 24 Jahre alt, in der ehemaligen DDR waren Mütter im Durchschnitt 22–23 Jahre alt bei der ersten Geburt. Mehr als die Hälfte der Erstgeborenen hatten dabei Mütter im Alter zwischen 26 und 33 Jahren (55 Prozent). 3 Prozent der Erstgeborenen hatten eine Mutter, die älter als 40 Jahre war.

2012 hatten Frauen im Alter zwischen 26 und 36 Jahren die höchste Geburtenhäufigkeit (Abb. 22) – im Jahr 1964 beispielsweise waren es die 21- bis 30-jährigen Frauen.⁴² Diese Entwicklung gibt es in vielen europäischen Ländern, beispielsweise in Frankreich.

Abbildung 22: Lebendgeborene pro 1.000 Frauen, nach Altersjahren der Frauen

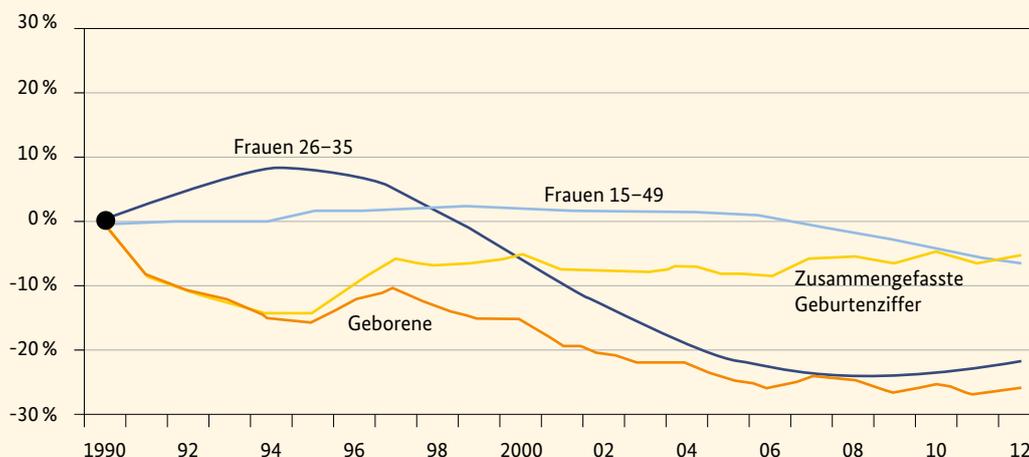


Quelle: Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Natürliche Bevölkerungsbewegung 2012, Geburtsjahrmethode

Seit Ende der 1990er-Jahre ging zugleich die Anzahl der Frauen in dieser Altersgruppe (26–36 Jahre) deutlich zurück, weshalb auch bei gleichen Kinderzahlen pro Frau die Gesamtzahl der Geburten zurückging (Abb. 23).

⁴² Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland, S. 13. Zahlen beziehen sich für 1964 nur auf das frühere Bundesgebiet.

Abbildung 23: Entwicklung einzelner Geburtenindikatoren im Vergleich zum Jahr 1990 – Veränderung in Prozent (1990 = 100 %)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland, S. 14

Die Hälfte der zweiten Kinder folgte innerhalb von 3,3 Jahren nach der ersten Geburt.⁴³ 18 Prozent der 2012 geborenen zweiten Kinder kamen innerhalb von zwei Jahren nach der ersten Geburt zur Welt, innerhalb von drei Jahren waren es 44 Prozent. Zwischen dem zweiten und dritten Kind liegen etwa 3,9 Jahre.⁴⁴

Von den bis 1977 geborenen Frauen bekommen Mütter im Laufe ihres Lebens durchschnittlich zwei Kinder (Abb. 24).⁴⁵ Fast die Hälfte der Mütter hat zwei Kinder und jede fünfte Mutter hat mehr als zwei Kinder.

Abbildung 24: Durchschnittliche Kinderzahl je Mutter¹, 2012

Geburtsjahrgang	Im Jahr 2012 erreichtes Alter	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder ²
1983–1987	25–29 Jahre	1,5	1,5	1,4
1978–1982	30–34 Jahre	1,7	1,7	1,6
1973–1977	35–39 Jahre	1,9	1,9	1,8
1968–1972	40–44 Jahre	2,0	2,0	1,8
1963–1967	45–49 Jahre	2,0	2,0	1,8
1958–1962	50–54 Jahre	2,0	2,1	1,9
1953–1957	55–59 Jahre	2,0	2,0	2,0
1948–1952	60–64 Jahre	2,0	2,0	1,9
1943–1947	65–69 Jahre	2,1	2,1	2,0
1937–1942	70–75 Jahre	2,3	2,3	2,2

¹ Nur Mütter mit Angaben zur Zahl der geborenen Kinder

² Ohne Berlin-West bzw. ohne Berlin-Ost

Quelle: Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland, S. 25 ff., Ergebnisse des Mikrozensus 2012

43 Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland, S. 23–25.

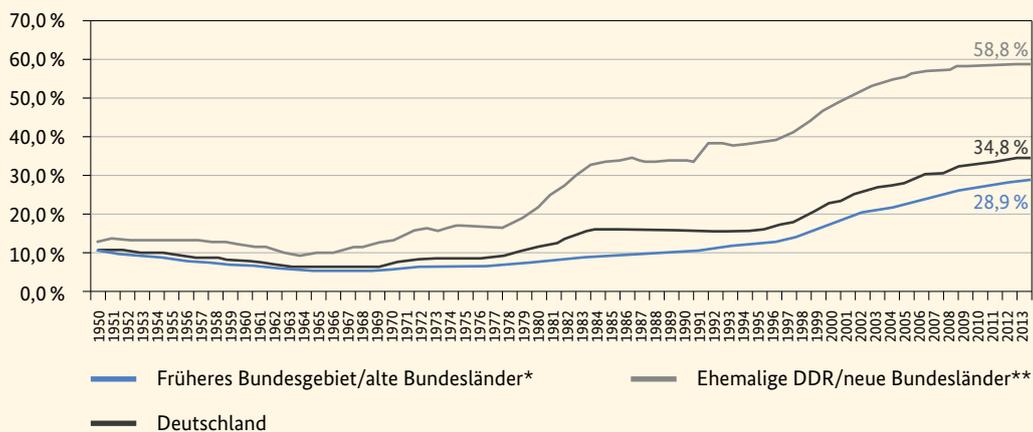
44 Ebd.

45 Ebd., S. 25.

Mehr als ein Drittel nichteheliche Geburten

Ein Blick auf die Lebendgeborenen 2013 zeigt, dass 35 Prozent aller Neugeborenen nicht verheiratete Eltern hatten. In Ostdeutschland war der Anteil an nichtehelichen Lebendgeburten mit 59 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland (29 Prozent) (Abb. 25).⁴⁶ Regional variieren die Nichtehelichenquoten stark. So hatte 2012 der baden-württembergische Alb-Donau-Kreis mit 17 Prozent den niedrigsten Anteil und der brandenburgische Landkreis Ostprignitz-Ruppin mit 71 Prozent den höchsten Anteil an nichtehelich Geborenen.⁴⁷

Abbildung 25: Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen des jeweiligen Jahres in Deutschland, 1950–2013, Angaben in Prozent



* ab 1990 ohne Berlin

** ab 1990 einschließlich Berlin

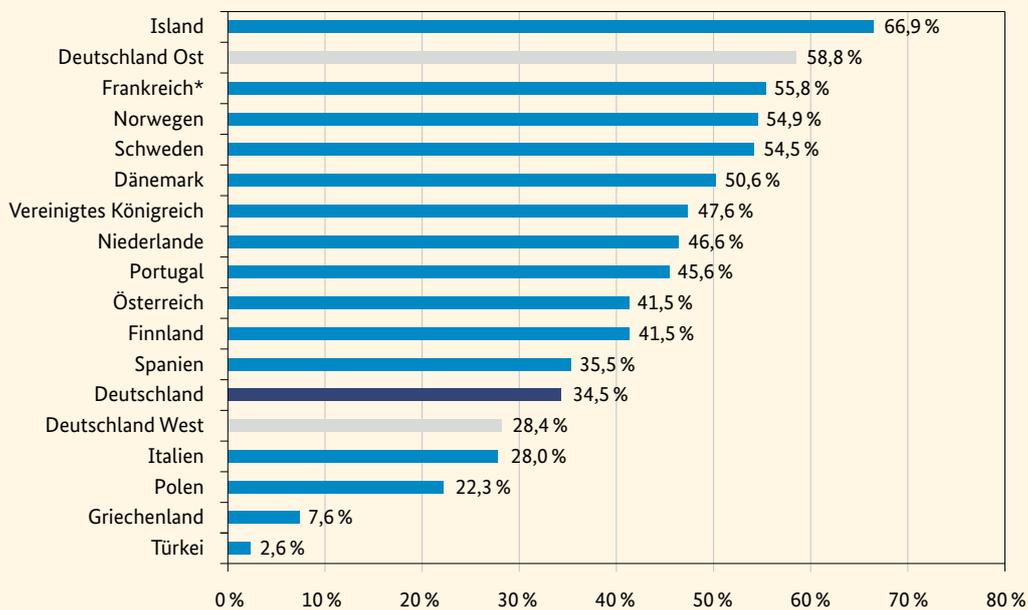
Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2014

Im europäischen Vergleich ist dabei eher Westdeutschland die Ausnahme. Denn in den meisten europäischen Ländern steigt der Anteil der nichtehelichen Lebendgeborenen kontinuierlich an. Nach Ostdeutschland hat nur noch Island einen höheren Anteil an nichtehelichen Lebendgeburten mit 67 Prozent. In Ländern wie Frankreich, Norwegen und Schweden hat mittlerweile jedes zweite Neugeborene unverheiratete Eltern (Abb. 26)

46 Statistisches Bundesamt, 2014, und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2014, Wiesbaden.

47 Max-Planck-Institut für demografische Forschung (2014): Sebastian Klüsener, http://www.demogr.mpg.de/de/news_presse/pressemitteilungen_1916/nichteheliche_geburten_deutschland_auf_dauer_geteilt_3771.htm

Abbildung 26: Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen 2012 im europäischen Vergleich, in Prozent



* Daten für 2011

Datenbasis: Eurostat 2015, Deutschland Ost mit Berlin

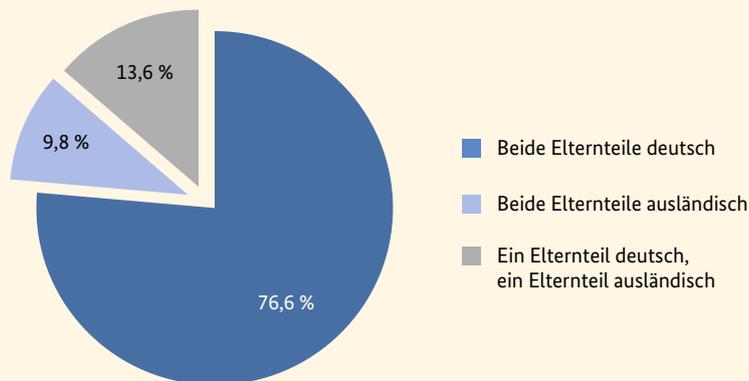
Die hohen Anteile an nichtehelichen Geburten in Ostdeutschland sind dabei kein Ergebnis der deutschen Teilung. Bereits vor der deutschen Teilung im Jahr 1949 gab es regionale Unterschiede in Deutschland.⁴⁸ So gibt es Unterschiede bereits seit dem 18. und 19. Jahrhundert. 1920 beispielsweise lag der Anteil der nichtehelich Geborenen in der Region der künftigen DDR bei 18 Prozent und im Westen bei 9 Prozent.⁴⁹

Neun von zehn Lebendgeborenen hatten 2012 mindestens einen deutschen Elternteil. Während mehr als drei Viertel der Lebendgeborenen Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit hatten, hatten knapp 10 Prozent Eltern mit ausländischer Staatsbürgerschaft (Abb. 27).

48 Max-Planck-Institut für demografische Forschung (2014): Pressemitteilung vom 24.07.2014, Sebastian Klüsener, http://www.demogr.mpg.de/de/news_presse/pressemitteilungen_1916/nichteheliche_geburten_deutschland_auf_dauer_geteilt_3771.htm

49 Ebd.

Abbildung 27: Lebendgeborene 2012 nach der Staatsangehörigkeit der Eltern



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Natürliche Bevölkerungsbewegung 2012

2.8 Kinderlosigkeit in Deutschland

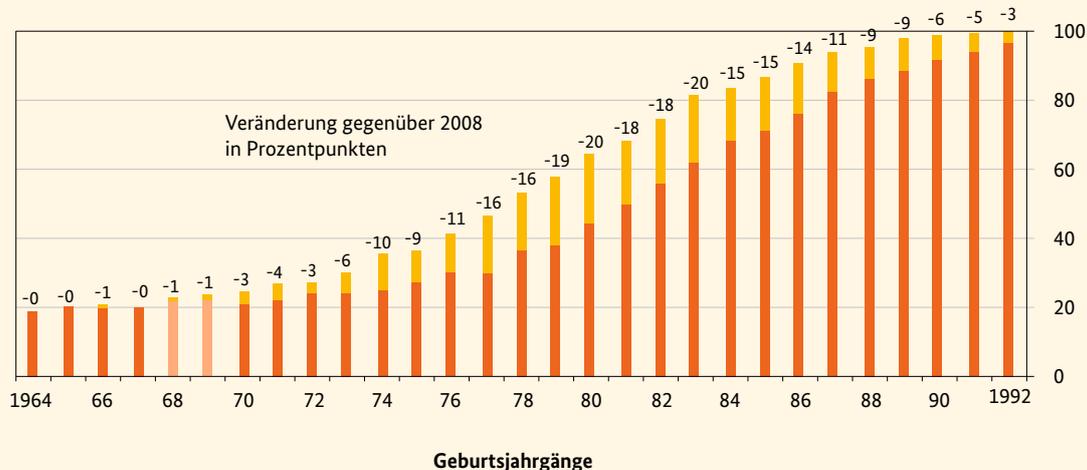
Im Jahr 2012 waren 22 Prozent der 40- bis 44-jährigen Frauen kinderlos. Die Kinderlosigkeit war damit 2012 fast doppelt so hoch wie 1990 – allerdings stieg sie in den vergangenen Jahren nur noch minimal an. Die Kinderlosenquote der 40-bis 44-jährigen Frauen ist in Ostdeutschland mit 15 Prozent niedriger als in Westdeutschland mit 23 Prozent.⁵⁰

Während insgesamt die Kinderlosenquote zugenommen hat, sank sie im Vergleich zu 2008 vor allem bei den Geburtsjahrgängen 1979–1983 (im Jahr 2012 29–33 Jahre alt) und 1974–1978 (im Jahr 2012 34–38 Jahre alt) deutlich (Abb. 28). Seit 2008 ist die Kinderlosigkeit bei den 29- bis 33-Jährigen um 18 und 20 Prozentpunkte und bei den 34- bis 38-Jährigen um 9–16 Prozentpunkte zurückgegangen.⁵¹ Umgekehrt bedeutet dies, dass Frauen dieser Geburtsjahrgänge seit 2008 damit häufiger als andere Jahrgänge Kinder bekommen haben.

⁵⁰ Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland, S. 32.

⁵¹ Ebd., S. 33.

Abbildung 28: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs, 2012, und Veränderung gegenüber der Kinderlosenquote im Jahr 2008, in Prozent

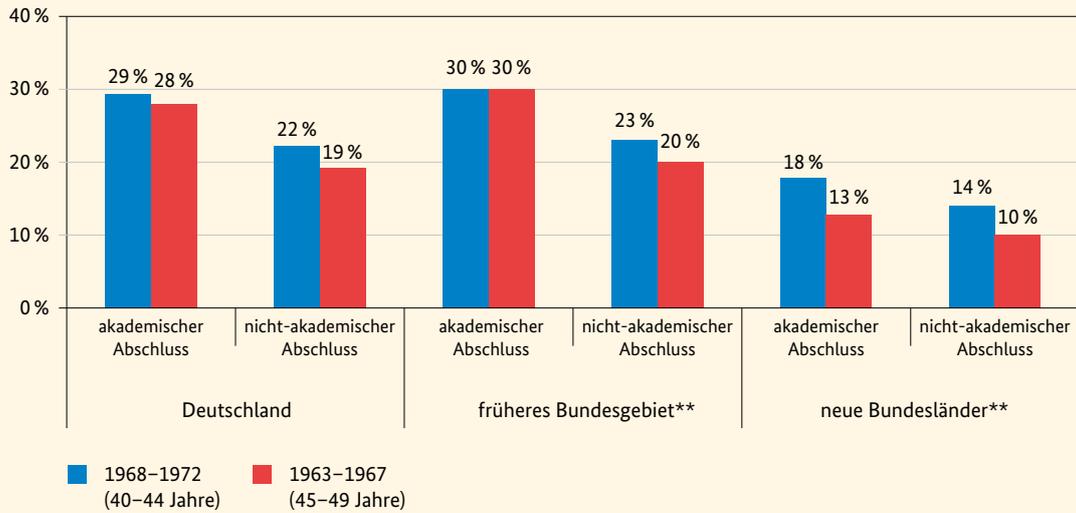


Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2013): *Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland*, S. 32

Die Kinderlosigkeit ist bei Akademikerinnen höher als bei Frauen mit mittlerer und niedriger Bildung. Allerdings lässt sich dies nur für Frauen in Westdeutschland beobachten (Abb. 29). 2012 waren in Westdeutschland 30 Prozent der 45- bis 49-jährigen Frauen mit akademischem Bildungsabschluss kinderlos, während es bei Nichtakademikerinnen 20 Prozent waren. Die Kinderlosigkeit ist nicht weiter angestiegen. Der Anteil an kinderlosen Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren ist nicht höher als bei den 45- bis 49-Jährigen. Beide Altersgruppen haben eine Kinderlosenquote von etwa 30 Prozent. Neuere Studien zeigen ebenfalls, dass die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen nicht mehr steigt und in den vergangenen Jahren sogar leicht zurückgegangen ist.⁵²

52 Vgl. M. Bujard (2012): Talsohle bei Akademikerinnen durchschritten? Kinderzahl und Kinderlosigkeit in Deutschland nach Bildungs- und Berufsgruppen. Expertise für das BMFSFJ, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, auch erschienen als: BiB Working Paper 4/2012 und vgl. auch BMFSFJ (2012): Familienreport 2012.

Abbildung 29: Anteil der Frauen* ohne Kind an allen Frauen der Jahrgänge, nach dem höchsten beruflichen Bildungsabschluss, 2012



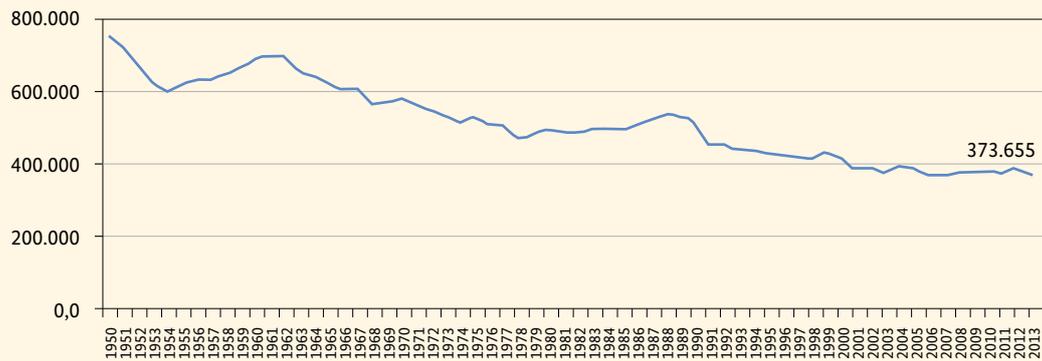
* nur Frauen mit Antwort auf die Frage zur Geburt
 ** jeweils ohne Berlin

Quelle: Auszug und eigene Darstellung aus Statistisches Bundesamt (2013): Geburtenverhalten und Familiensituation in Deutschland, S. 36

2.9 Eheschließungen

Im Jahr 2013 haben sich rund 373.655 Paare trauen lassen. Das sind 13.768 weniger im Vergleich zum Vorjahr (Abb. 30).

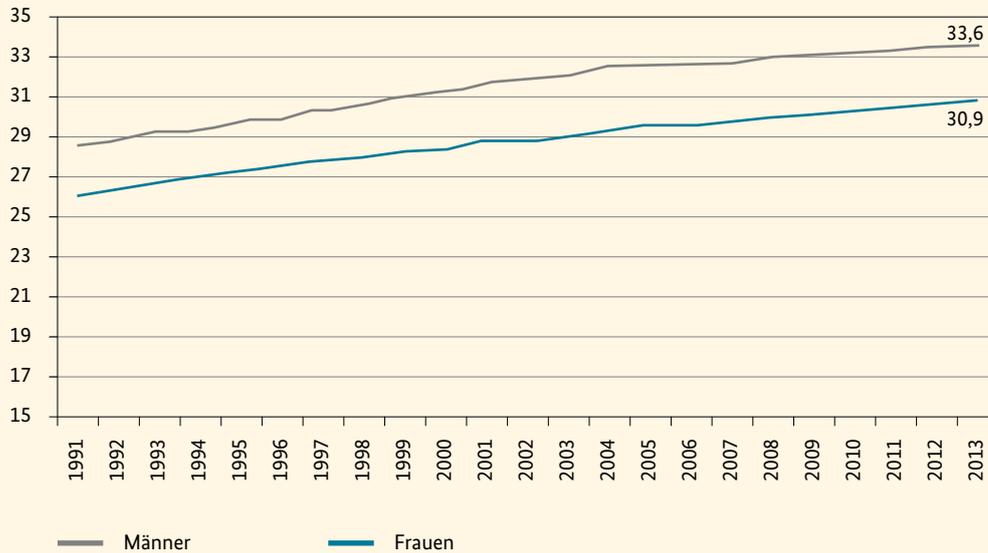
Abbildung 30: Eheschließungen in Deutschland, 1950-2013, absolut



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2014): Statistik der Eheschließungen

2013 war es dabei für zwei Drittel der Eheschließenden die erste Ehe, für 16 Prozent war es die Zweit- oder Folgeehe. Das Alter bei der Erstehe betrug in Deutschland im Jahr 2013 für Männer 33,6 Jahre, für Frauen 30,9 Jahre (Abb. 31).⁵³

Abbildung 31: Durchschnittliches Alter lediger Frauen und Männer bei Eheschließung, Deutschland 2013

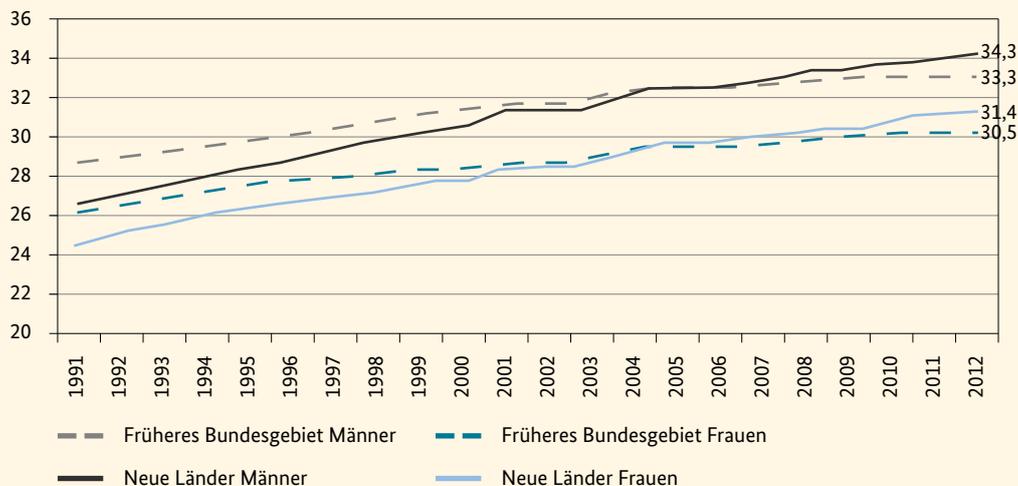


Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2014): Statistik der Eheschließungen

Dabei hat sich das Erstheiratsalter zwischen den neuen und den alten Bundesländern im Zeitverlauf angeglichen. Vor allem bei Frauen und Männern aus den neuen Bundesländern nimmt das Erstheiratsalter stetig zu. Dabei sind Heiratende aus den neuen Ländern sogar etwas älter bei der ersten Eheschließung als Heiratende aus den alten Bundesländern (Abb. 32).

53 Statistisches Bundesamt (2014): Statistik der Eheschließungen.

Abbildung 32: Durchschnittliches Alter lediger Frauen und Männer bei Eheschließung in West- und Ostdeutschland, Deutschland 1991–2012



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2014): Statistik der Eheschließungen

Bei 87 Prozent der Eheschließungen besaßen 2012 beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit (Abb. 38). Bei 11 Prozent besaß mindestens eine oder einer der Eheschließenden eine ausländische Staatsbürgerschaft (binationale Ehe bzw. gemischte Ehe) und in zwei Prozent der Eheschließungen besaßen beide Eheschließende eine ausländische Staatsbürgerschaft. Damit sind die binationalen Ehen im Vergleich zu 2011 nahezu konstant geblieben (12 Prozent).

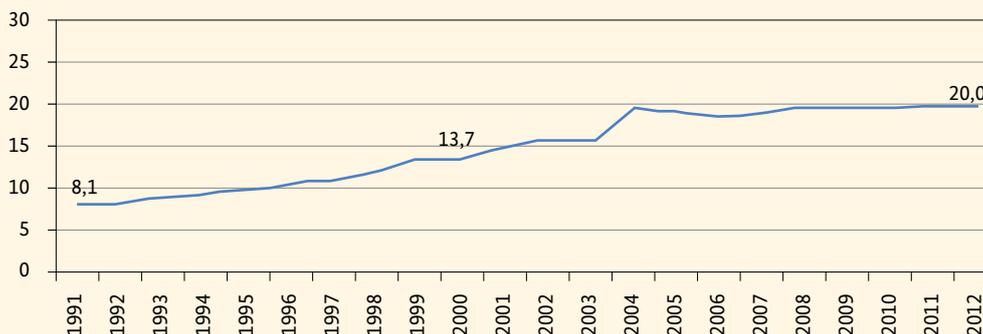
Abbildung 33: Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner, 2012



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2014; Berechnungen Anteile: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

In 20 Prozent aller 2012 geschlossenen Ehen gab es voreheliche Kinder. Dieser Anteil hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt (Abb. 34). Dabei betrug der Anteil in Westdeutschland 17 Prozent, und in Ostdeutschland gab es bei mehr als jeder dritten Heirat zum Zeitpunkt der Heirat bereits Kinder (34 Prozent).

Abbildung 34: Anteil der vorehelichen Kinder bei Eheschließung, 2012, in Prozent



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, 2014

2.10 Ehescheidungen

Die meisten Menschen heiraten nach wie vor mindestens einmal in ihrem Leben, auch wenn Ehen heute nicht mehr als notwendige Voraussetzung für die Familiengründung oder als lebenslange Verbindungen gesehen werden.⁵⁴ Die Ansprüche an eine Ehe und an Partnerschaft haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Stand vor einigen Jahren noch der Versorgungsaspekt einer Ehe im Vordergrund, ist es heute vielmehr der Anspruch und Wunsch nach partnerschaftlichem Zusammensein.⁵⁵ Die Erwartungen an eine Ehe nehmen zu. Erfüllen sich diese Erwartungen nicht, entscheiden sich Menschen heute eher für eine Scheidung als vor zehn oder 20 Jahren.⁵⁶ Dies wirkt sich auch auf das Scheidungsverhalten aus.

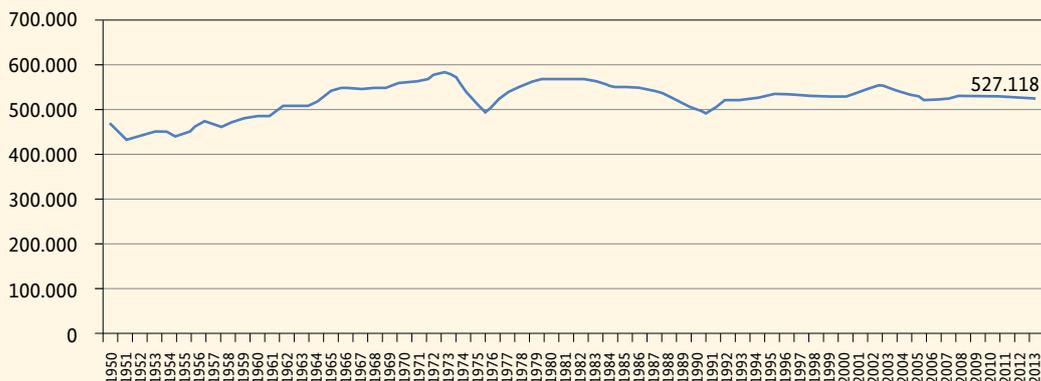
2013 gab es insgesamt 527.118 Ehelösungen (Abb. 35). Die meisten Ehen werden nach wie vor durch den Tod eines Partners gelöst. Dies war 2012 bei 68 Prozent Ehelösungen der Fall, 169.833 Ehen wurden gerichtlich geschieden („Ehescheidungen“): Das entspricht etwa einem Drittel an den Ehelösungen. 2013 wurden 5,2 Prozent weniger Ehen geschieden als 2012.

54 Grünheid, E. (2013): Ehescheidungen in Deutschland: Entwicklungen und Hintergründe, BiB Working Paper 1/2013, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

55 Ebd., S. 7.

56 Ebd.

Abbildung 35: Anzahl der Ehelösungen 1950–2013, absolut



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2015): Statistik der Ehescheidungen

Damit beträgt der Anteil an gerichtlichen Ehescheidungen an allen Ehelösungen 32 Prozent (Abb. 36). Von den etwa 18 Millionen Ehen, die 2012 insgesamt bestanden, wurde 2012 somit 1 Prozent gerichtlich geschieden und 3 Prozent wurden gelöst.

Abbildung 36: Anteil der Ehescheidungen an allen Ehelösungen, in Prozent

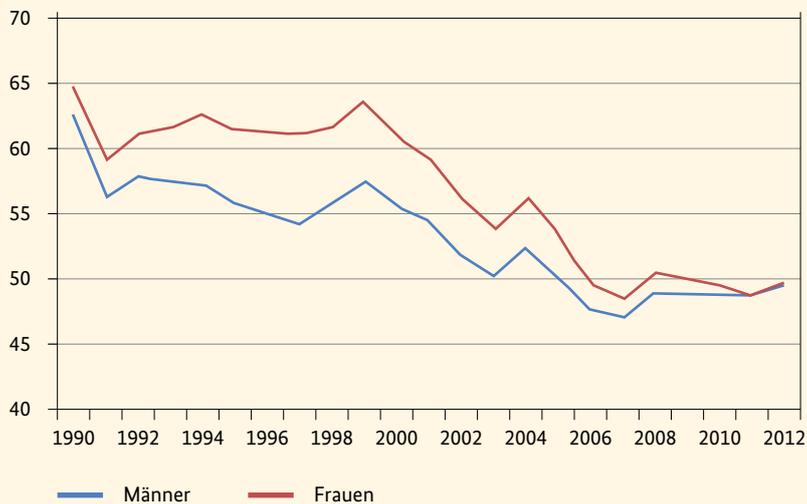


Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2015): Statistik der Ehescheidungen

Die durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung lag 2013 bei 14 Jahren und acht Monaten. Damit setzt sich der Trend zu längeren Ehen weiter fort. Vor 20 Jahren lag die durchschnittliche Ehedauer noch bei 11,7 Jahren. Nach den derzeitigen Scheidungsverhältnissen werden etwa 36 Prozent aller in einem Jahr geschlossenen Ehen im Laufe der nächsten 25 Jahre geschieden. Die meisten Ehen werden dabei nach sechs Jahren wieder geschieden. Damit einher geht auch das steigende durchschnittliche Alter der Frauen und Männer bei einer Scheidung. 2013 waren bei der Scheidung Männer im Durchschnitt 45,7 Jahre und Frauen 42,8 Jahre alt, zehn Jahre zuvor waren Frauen noch 36,3 Jahre und Männer durchschnittlich 39,2 Jahre

alt.⁵⁷ Knapp die Hälfte der geschiedenen Frauen und Männer in Deutschland heiratet gegenwärtig nochmals. Das Wiederverheiratungsniveau liegt bei den Frauen etwas höher als bei den Männern (Abb. 37).

Abbildung 37: Zusammengefasste Wiederverheiratungsziffer Geschiedener* in Deutschland, 1990–2012



Quelle und Berechnung: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 2014

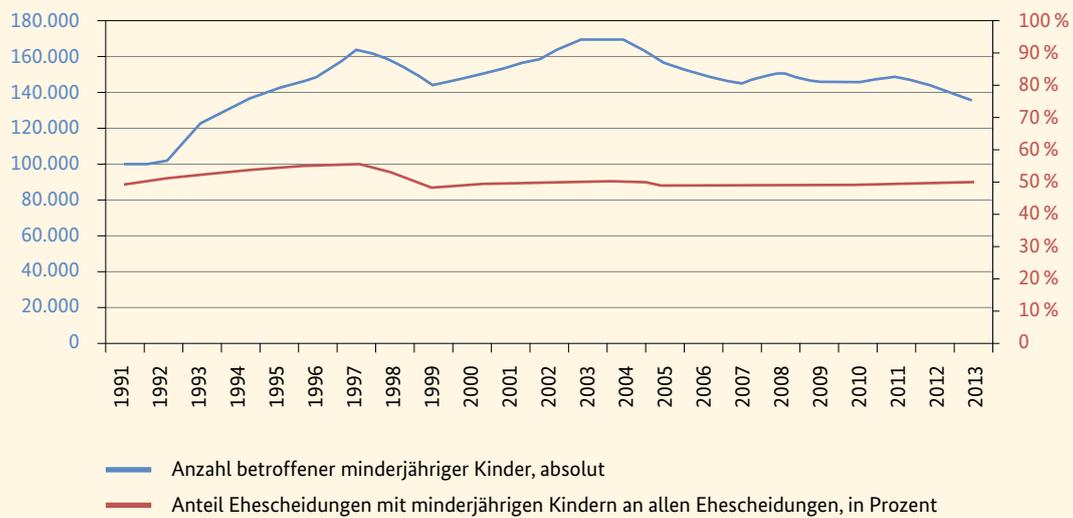
* Anmerkung: Bei der Berechnung der zusammengefassten Wiederverheiratungsziffer Geschiedener werden die Eheschließenden, die vor der neuen Eheschließung den Familienstand „geschieden“ aufwiesen, auf die Zahl der Scheidungen des Jahres bezogen, in dem sie geschieden wurden. Das Aufsummieren der Wiederverheiratungsziffern der einzelnen Scheidungskohorten über die letzten 30 Kalenderjahre ergibt die zusammengefasste Wiederverheiratungsziffer der Geschiedenen.

Etwa bei der Hälfte aller Scheidungen sind gemeinsame minderjährige Kinder betroffen (Abb. 38). Insgesamt waren 2013 in 88.863 Ehescheidungen gemeinsame minderjährige Kinder betroffen, das sind 50 Prozent der Ehescheidungen (Abb. 38, rechte Achse). Insgesamt sind 2013 136.064 Minderjährige von Scheidung betroffen gewesen (Abb. 38, linke Achse). Im Vergleich zum Vorjahr waren es rund 7.000 Kinder weniger, die von Ehescheidung ihrer Eltern betroffen waren.⁵⁸

57 Statistisches Bundesamt (2014): Ehescheidungen.

58 Statistisches Bundesamt (2014): Ehescheidungen.

Abbildung 38: Anteil der gemeinsamen minderjährigen Kinder bei Ehescheidungen in Prozent und Anzahl der Ehescheidungen in Tausend, 1991–2013



Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2015): Statistik der Ehescheidungen

III.

Neue Qualität in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Partnerschaftlichkeit

3.1 Neue Trends: Mütter sind häufiger erwerbstätig

Nicht nur die Einstellungen zum Familienleben und zur Partnerschaft haben sich verändert, sondern auch das Erwerbsverhalten von Müttern. Im Vergleich von 2000 bis 2013 stieg die Müttererwerbstätigkeit von 59 Prozent auf 67 Prozent (Abb. 39). Diese Zunahme der Erwerbstätigkeit ist vor allem auf einen Anstieg von Tätigkeiten im mittleren Teilzeitumfang zwischen 15 und 32 Wochenstunden zurückzuführen; der Anteil der geringfügig Beschäftigten sowie der Anteil der Vollzeitbeschäftigten ist hingegen stabil geblieben. Erwerbstätige Mütter arbeiten im Durchschnitt in Deutschland 25 Wochenstunden. Dabei gibt es deutliche Ost-West-Unterschiede: In Westdeutschland arbeiten Mütter im Durchschnitt 24 Wochenstunden; in Ostdeutschland im Durchschnitt 34 Wochenstunden.

Abbildung 39: Erwerbstätige Mütter (ausgeübte Erwerbstätigkeit) nach Arbeitszeitmuster, Anteile an allen Müttern, Deutschland, 2000–2013, in Prozent



* Hochgerechnet auf Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011

Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s14225, Berechnung: Prognos AG. Bei dem Erwerbsvolumen sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden berücksichtigt.

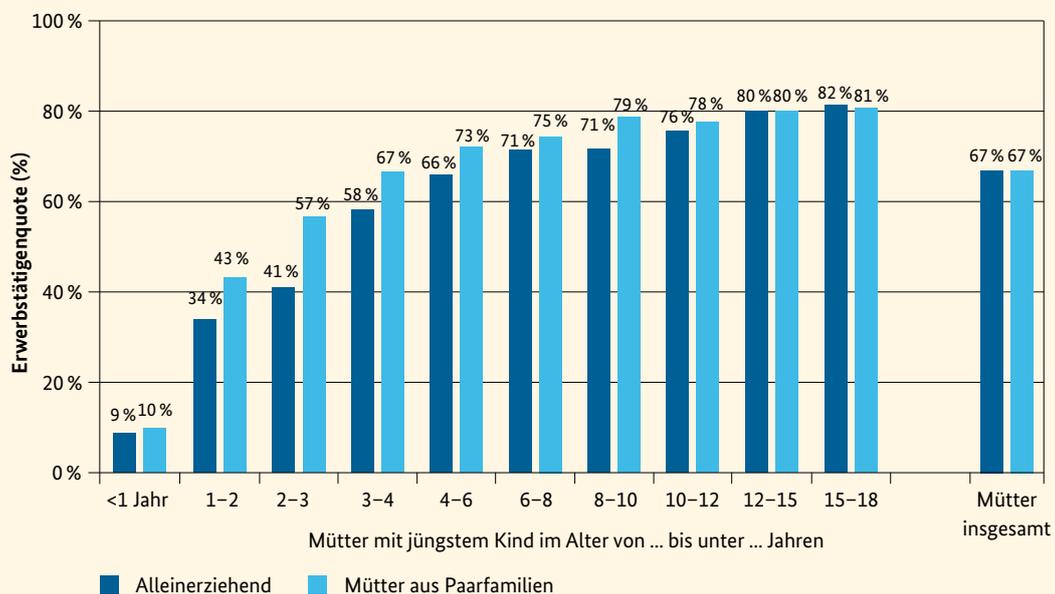
Seit 2006 ist der deutliche Anstieg der Erwerbstätigkeit bei allen Familienformen zu verzeichnen. Trotzdem bleiben die bekannten Muster gültig: Höher qualifizierte Mütter sind häufiger erwerbstätig; Mütter in Ostdeutschland arbeiten häufiger und auch häufiger in Vollzeit als

Mütter in Westdeutschland. Je mehr Kinder im Haushalt sind und je jünger die Kinder sind, desto weniger Mütter sind berufstätig. Aber auch die Mütter mit drei und mehr Kindern und Alleinerziehende sind in den letzten Jahren immer häufiger berufstätig geworden.

Exkurs: Alleinerziehende

Der Anteil der erwerbstätigen Alleinerziehenden steigt – genau wie bei Müttern in Paarhaushalten – mit dem Alter des jüngsten Kindes: Von den alleinerziehenden Müttern mit jüngstem Kind im Alter von zwei bis drei Jahren geben etwas mehr als 41 Prozent an, dass sie derzeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ab dem Kindergartenalter von drei Jahren sind mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden erwerbstätig. Schließlich sind mehr als 71 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern im Schulalter (6 Jahre und älter) erwerbstätig (Abb. 40).

Abbildung 40: Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit) von Müttern nach Familienform und Alter des jüngsten Kindes, 2013



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s14225, Darstellung Prognos AG

Dabei sind von den erwerbstätigen alleinerziehenden Müttern 42 Prozent in Vollzeit erwerbstätig und 47 Prozent in Teilzeit. 11 Prozent arbeiten geringfügig mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von unter 15 Stunden.

Der Wunsch nach Erwerbsarbeit ist bei den Alleinerziehenden insgesamt größer als bei Müttern in Paarhaushalten⁵⁹ und größer als die tatsächliche Erwerbstätigkeit. 61 Prozent der nicht erwerbstätigen alleinerziehenden Mütter möchten in Zukunft ganz sicher (wieder) eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.⁶⁰ Im Vergleich zu Müttern aus Paarfamilien streben Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig eine Vollzeiterwerbstätigkeit an. Mit dieser wollen sie berufliche Nachteile vermeiden, da sie allein für das Familieneinkommen aufkommen müssen.

59 Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), „Familien in Deutschland“, FiDv1.2, Berechnung Sinus Sociovision.

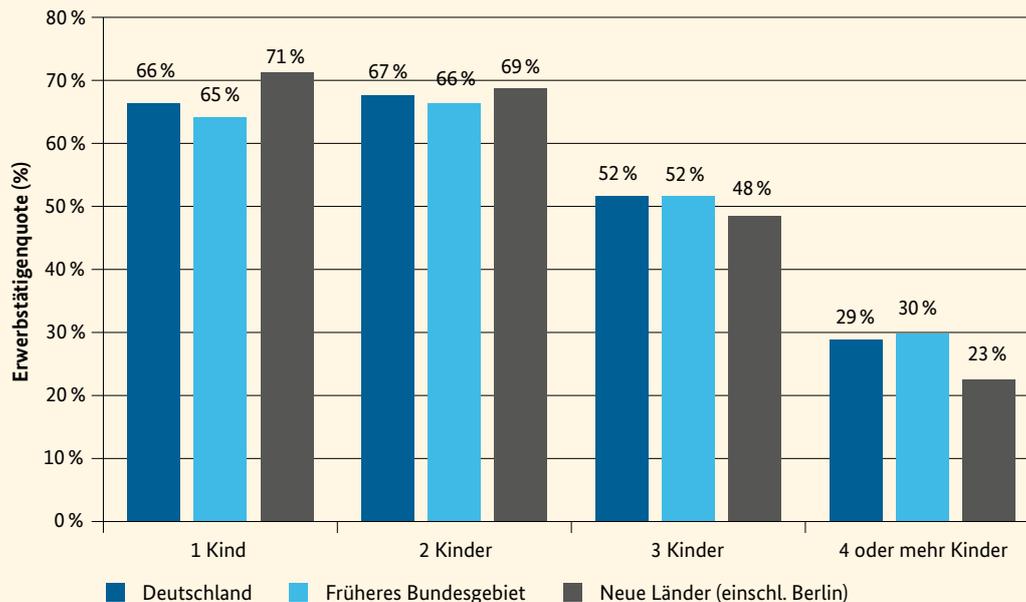
60 Ebd.

Unabhängig von den Wünschen und Interessen der alleinerziehenden Mütter schätzt die Mehrzahl es nach wie vor als schwierig ein, eine geeignete Stelle zu finden. Gründe dafür liegen eher in der Inkompatibilität mit diversen Familienaufgaben (auch wenn die Kinder schon im Schulalter sind), nicht unbedingt in der Verfügbarkeit von Stellen. Insbesondere die Diskrepanz zwischen dem Wunsch und der Notwendigkeit nach Erwerbstätigkeit – heute oft verbunden mit gesellschaftlich erwarteter Flexibilität und Mobilität (z. B. Anforderungen seitens der Arbeitgeber) und gleichzeitig als unflexibel empfundenen Infrastrukturen (z. B. Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen) wird als zentrales Problem wahrgenommen. Die als schwierig eingeschätzten Jobaussichten gehen einher mit einer generellen ökonomischen Unsicherheit in der Lebenssituation.⁶¹

Exkurs: Mehrkindfamilien

In jeder zweiten Familie mit drei Kindern ist die Mutter erwerbstätig; jede dritte Mutter in Familien mit vier und mehr Kindern (Abb. 41).⁶²

Abbildung 41: Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit) von Müttern mit jüngstem Kind unter 15 Jahren, nach Zahl der minderjährigen Kinder, 2012, in Prozent



Quelle: BMFSFJ (2013): Dossier Müttererwerbstätigkeit. Erwerbstätigkeit, Erwerbsumfang und Erwerbsvolumen 2012, S. 28

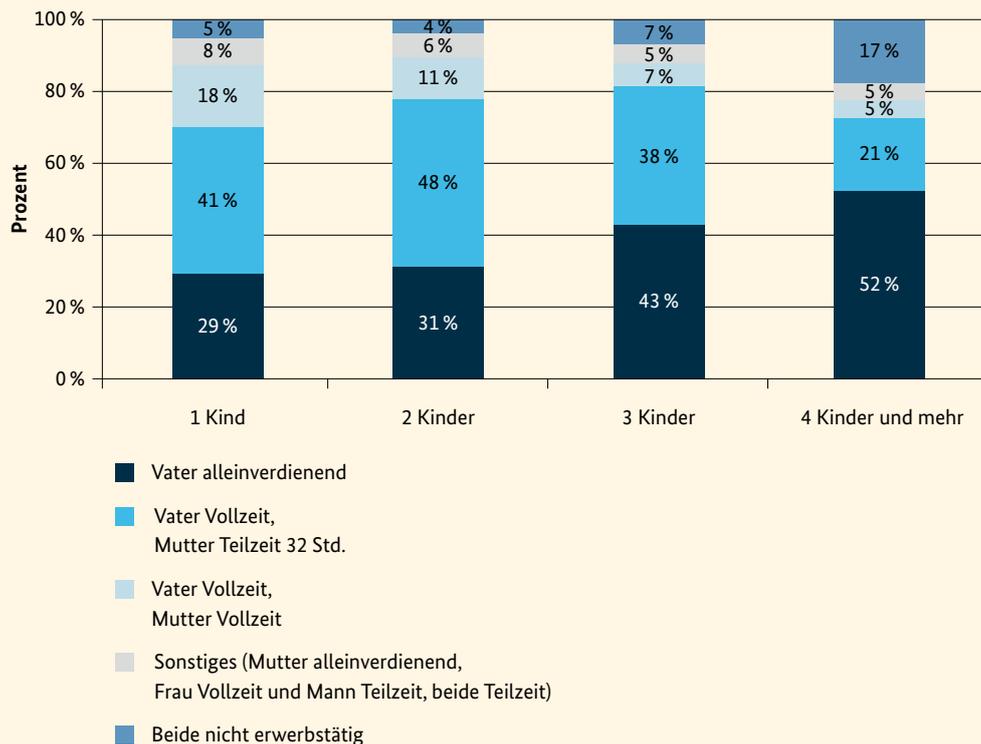
Die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit drei und mehr Kindern nehmen mit steigendem Alter des jüngsten Kindes kontinuierlich zu. Sobald das jüngste Kind zehn Jahre oder älter ist, sind mehr als zwei Drittel der Mütter erwerbstätig (fast acht von zehn Müttern mit ein oder zwei Kindern). Bei Vätern hat die Anzahl der Kinder einen geringeren Einfluss auf die Erwerbs-

61 Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), „Familien in Deutschland“, FiDv1.2, Berechnung Sinus Sociovision.

62 BMFSFJ (2013): Dossier Müttererwerbstätigkeit 2012.

tätigkeit. Unabhängig von der Kinderzahl sind neun von zehn Vätern mit drei Kindern erwerbstätig und acht von zehn Vätern mit vier und mehr Kindern.⁶³ In 43 Prozent der Familien mit drei Kindern und in jeder zweiten Familie mit vier und mehr Kindern ist der Vater alleinverdienend (Abb. 42). Dies hängt auch damit zusammen, dass in Mehrkindfamilien häufig sehr junge Kinder leben.

Abbildung 42: Erwerbskonstellationen von Paaren mit jüngstem Kind unter 15 Jahren nach Zahl der minderjährigen Kinder, 2011



Quelle: BMFSFJ (2014): Mehrkindfamilien in Deutschland. Dossier; Datenbasis: Mikrozensus-Sonderauswertung s13045, Berechnungen: Prognos

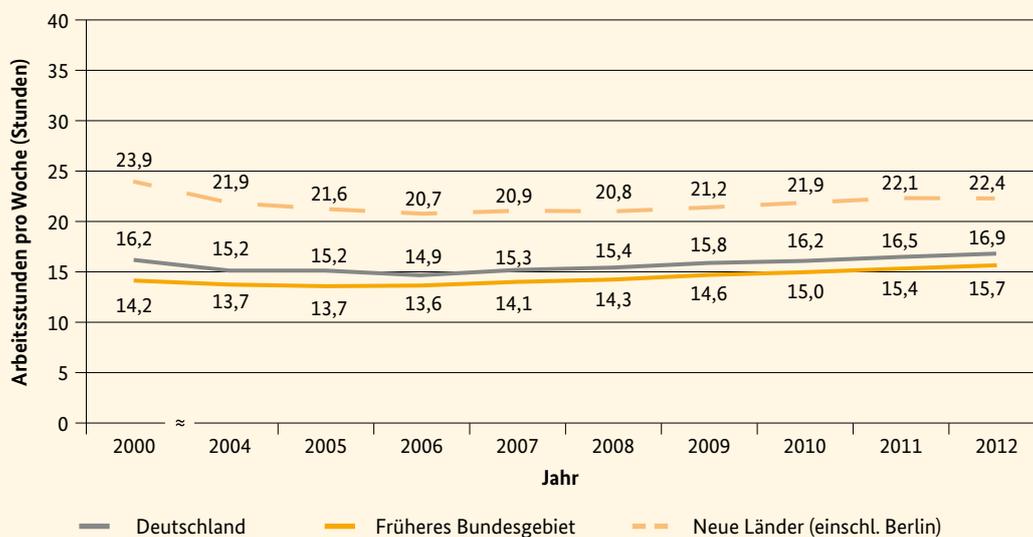
Dabei wird das Alleinverdienermodell von Mehrkindfamilien deutlich seltener als ideal angesehen, als es gelebt wird: Nur ein Drittel der Mehrkindfamilien, in denen der Vater alleinverdienend ist, wünscht sich diese Erwerbskonstellation. Vor diesem Hintergrund wird es auch für Mehrkindfamilien immer wichtiger, partnerschaftliche Arrangements treffen zu können.

63 BMFSFJ (Hrsg.) (2014): Mehrkindfamilien in Deutschland. Dossier.

Großes ökonomisches Potenzial durch mehr Müttererwerbstätigkeit

Die Müttererwerbstätigkeit insgesamt stellt ein großes ökonomisches Potenzial dar. Neben der gestiegenen Erwerbstätigkeit ist seit 2006 auch das Erwerbsvolumen von Müttern wieder angestiegen, nachdem es vorher rückläufig war. Das Erwerbsvolumen bildet die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsstunden von Müttern ab. Viele Jahre wurde das vorhandene Erwerbsvolumen zwischen den Müttern „umverteilt“. Es gab zwar mehr Beschäftigte, aber auch eine Zunahme von Teilzeitarbeit mit immer geringeren Stunden. Dieser Trend scheint jedoch gebrochen zu sein: Denn das Erwerbsvolumen in West- und Ostdeutschland steigt langsam an (Abb. 43).

Abbildung 43: Entwicklung des durchschnittlichen Erwerbsvolumens von Müttern, Deutschland, früheres Bundesgebiet und neue Länder, 2000–2012



Quelle: BMFSFJ (2013): Dossier Müttererwerbstätigkeit. Erwerbstätigkeit, Erwerbsumfang und Erwerbsvolumen 2012, S. 43.

Daten: Mikrozensus-Sonderauswertung s13129, Berechnung Prognos AG. Beim Erwerbsvolumen sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden berücksichtigt.

Der Anstieg des Erwerbsvolumens von Müttern von 2006 bis 2012 führte insgesamt zu einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 4,7 Mrd. Euro. Hinzu kommen langfristige Einkommensgewinne bei den Müttern, die kürzer aus dem Beruf aussteigen und dadurch langfristig bessere Verdienstmöglichkeiten, berufliche Entwicklungschancen und eine bessere Alterssicherung erwerben.

Über drei Viertel der nicht erwerbstätigen Mütter mit einem Kind bis 16 Jahre wären gerne berufstätig; über die Hälfte ist arbeitslos gemeldet oder strebt eine Berufstätigkeit innerhalb des nächsten Jahres an. Dies betrifft insgesamt über 1,2 Mio. Mütter. Zusätzlich würde ein großer Teil der Mütter gerne seine Arbeitszeiten erhöhen. Ein Teil der Mütter kann derzeit nicht oder nur in geringem Umfang arbeiten, weil sie keine ausreichende Kinderbetreuung haben. Bei 22 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter mit Kindern bis 12 Jahre scheitert eine Arbeitsaufnahme an der Kinderbetreuung. Dies trifft auch auf 7 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit Kindern bis 12 Jahre zu, die gerne ihre Arbeitszeiten erhöhen würden, dies aber wegen der fehlenden Betreuung nicht realisieren.

Würden alle diese Erwerbswünsche verwirklicht, so könnten knapp 700.000 Mütter eine Arbeit aufnehmen oder ihre Stunden ausweiten. Dies würde zu einem zusätzlichen Erwerbstätigenvolumen im Umfang von ca. 350.000 Vollzeitäquivalenten⁶⁴ führen.⁶⁵ In Zeiten des Fachkräftemangels ist dies eine bedeutende Größe.

Neben der Kinderbetreuung und einer betrieblichen Vereinbarkeitspolitik kann eine stärkere Unterstützung des Partners Müttern eine Berufstätigkeit in größerem Umfang ermöglichen. Denn bisher zeigt sich: Die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Mütter hat nicht in gleichem Maße zu einem Anstieg der Beteiligung von Vätern bei der Kinderbetreuung geführt. Wenn aber Väter Elterngeld beanspruchen, kehren ihre Partnerinnen früher wieder in den Beruf zurück. Wenn Väter sogar länger als die zwei „Partnermonate“ Elterngeld nehmen, ist dieser Effekt nochmals deutlich stärker. Ihre Partnerinnen sind im dritten Quartal nach der Geburt wieder zu knapp 60 Prozent berufstätig, im vierten Quartal sind es knapp 80 Prozent.⁶⁶

3.2 Erfolgsmodell Elterngeld

Das Elterngeld hat vielfach positive Wirkungen auf Mütter, Väter und auf die Zeit für Familie. Als Einkommensersatzleistung und mit dem Angebot der zwei zusätzlichen Partnermonate bietet es insbesondere auch den Vätern mehr Möglichkeiten, sich stärker an der Betreuung ihrer Kinder zu beteiligen bzw. diese ganz zu übernehmen. Väter gewinnen eine engere Bindung zum Kind. Sie stärken damit nachweislich auch die kindliche Entwicklung. Mütter kehren früher in die Erwerbstätigkeit zurück und haben mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Im Gegenzug übernehmen sie mehr Verantwortung für das Einkommen. Die Familie wird wirtschaftlich stabiler, wenn es zwei Erwerbstätige gibt; und Väter werden ein Stück weit von der Verantwortung für das Einkommen entlastet.

Wer familienbedingt Arbeitszeiten reduziert, darf nicht automatisch vor dem Ende der Karriere stehen – weder Männer noch Frauen. Hier sind die Erfahrungen mit dem Elterngeld und den Partnermonaten bisher positiver als gedacht: Studien zeigen, dass zwei Drittel der Väter keine beruflichen Nachteile durch die Elternzeit erfahren haben.⁶⁷ Und eine frühere Berufsrückkehr von Müttern bedeutet zum Beispiel, dass ihre Qualifikation erhalten bleibt. Dies kommt den Müttern in ihren Einkommensmöglichkeiten bis hin zu ihrer Alterssicherung zugute. Es profitieren aber auch die Betriebe, die qualifizierte Arbeitskräfte mit Know-how und vielseitigen Erfahrungen an sich binden.

3.2.1 Mütter kehren früher in den Beruf zurück

Mütter steigen nach der Geburt eines Kindes früher wieder in den Beruf ein. Im Durchschnitt kehrten Mütter 19 Monate nach einer Geburt zwischen 2008 und 2010 in den Beruf zurück und arbeiteten 24 Wochenstunden. Mehr Mütter kehrten direkt nach Ablauf des Elterngeldes

64 Ein Vollzeitäquivalent bezeichnet den Zeitwert einer Vollzeitarbeitskraft.

65 Zukunftsrat Familie (2014): Sonderauswertung „Erwerbspotenzial“ mit dem Datensatz „Familie in Deutschland“ 2012.

66 SowiTra (2013): Der Beitrag der Väter zum beruflichen Wiedereinstieg ihrer Partnerinnen. Vortrag auf der WSI Gleichstellungstagung Berlin, 26.09.2013.

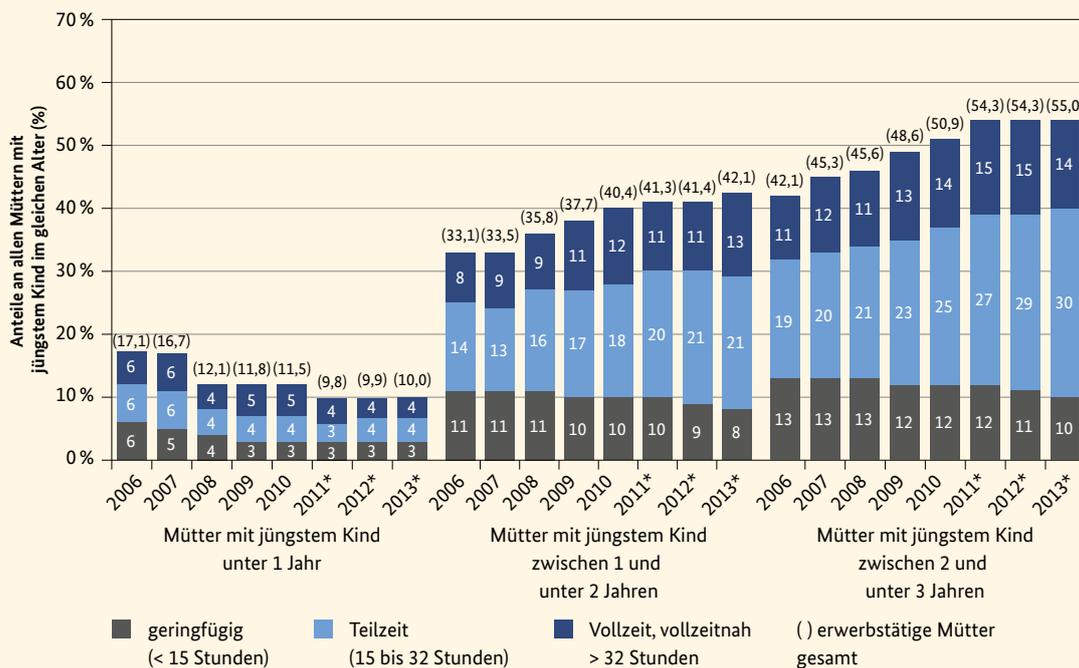
67 Väter gGmbH (2013): Trendstudie – moderne Väter, Hamburg.

wieder in Vollzeitbeschäftigung zurück. Kürzere Berufsausstiege als der Durchschnitt hatten Mütter mit Vollzeitarbeit vor der Geburt, höher qualifizierte Frauen, Selbstständige sowie Frauen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen. Das Elterngeld wirkt dabei wie ein Anker auch für Frauen, die bislang weniger stark an den Arbeitsmarkt gebunden waren.⁶⁸ Die gestiegene Müttererwerbstätigkeit ist, das zeigen Evaluationen, teilweise kausal auf die Einführung des Elterngeldes und des Betreuungsausbaus zurückzuführen.⁶⁹

Über die Hälfte aller Mütter wäre gerne bereits früher wieder erwerbstätig geworden oder hätte gerne in höherem Umfang gearbeitet, wenn sie geeignete Rahmenbedingungen gehabt hätten.⁷⁰ Dies sind eine geeignete Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten oder Unterstützung durch ihren Partner. Knapp 9 Prozent der Mütter wären früher wieder erwerbstätig geworden, wenn sie eine andere Aufteilung mit ihrem Partner realisiert hätten oder ihr Partner Elterngeld bezogen hätte.

Durch die frühere Berufsrückkehr von Müttern zeigt sich bereits jetzt eine große Änderung im Erwerbsverhalten. Nach Einführung des Elterngeldes 2007 stieg zwischen 2006 und 2013 auch die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren deutlich: Im zweiten Lebensjahr nach Geburt eines Kindes arbeiteten 10 Prozent mehr Mütter; im dritten Lebensjahr eines Kindes waren es 13 Prozent mehr (Abb. 44).

Abbildung 44: Entwicklung der Erwerbstätigenquote (ausgeübte Erwerbstätigkeit) und Arbeitszeitmuster von Müttern mit Kindern unter 3 Jahren, 2006–2013, in Prozent



* Hochgerechnet auf Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011

Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung s13129, Berechnung: Prognos AG. Bei dem Erwerbsvolumen sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden berücksichtigt.

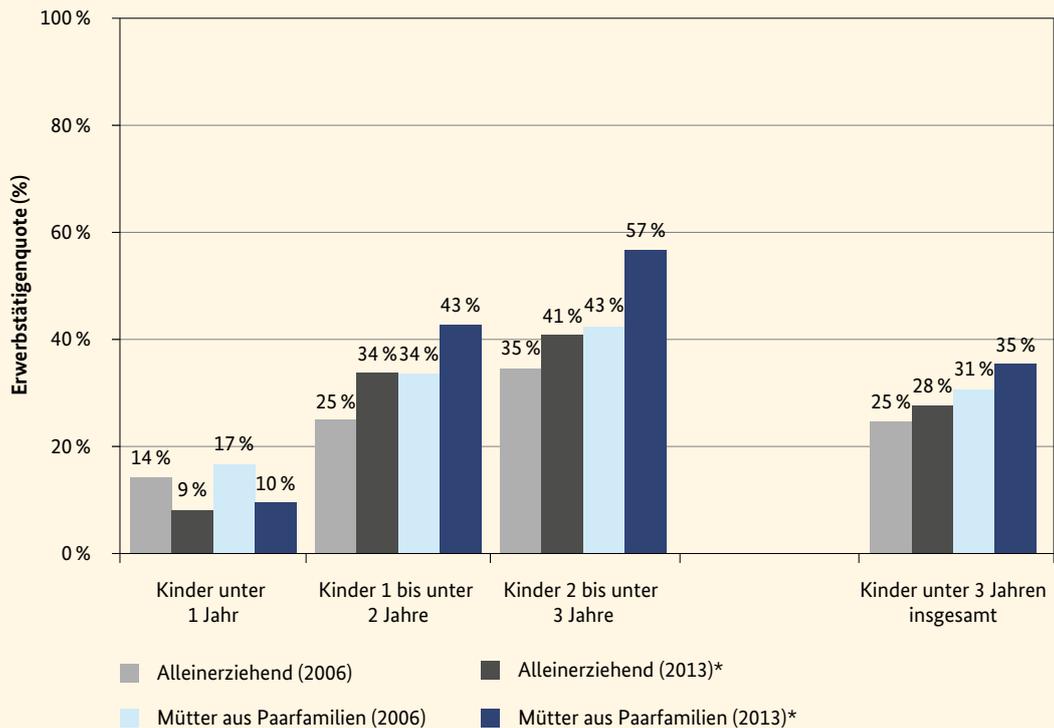
68 Vgl. Kluwe/Schmitz (2014): Mittelfristige Effekte der Elterngeldreform in Ost- und Westdeutschland. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, S. 163–181.

69 BMFSFJ (2012): Elterngeld-Monitor. Berlin; vgl. DIW (2013): Endbericht des Moduls „Förderung und Wohlergehen von Kindern“, Berlin.

70 Vgl. IGES (2014): Einfluss ehe- und familienbezogener Maßnahmen und Leistungen auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern.

Diese Trends sind unabhängig von der Familienform. Auch Alleinerziehende mit kleinen Kindern sind seit 2006 zunehmend erwerbstätig. So waren 2006 noch 25 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, 2013 bereits 35 Prozent (Abb. 45). Alleinerziehende mit Kindern zwischen zwei und drei Jahren waren im Jahr 2013 ebenfalls deutlich häufiger erwerbstätig als 2006 (41 Prozent im Vergleich zu 35 Prozent).

Abbildung 45: Entwicklung der Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit) von Müttern mit Kindern unter 3 Jahren nach Familienform, 2006 und 2013

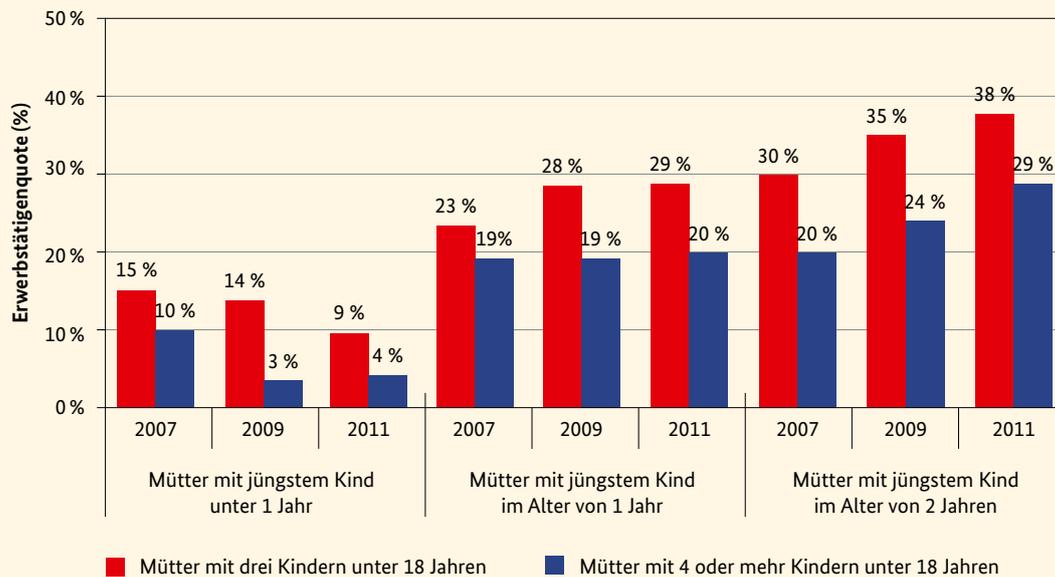


* Werte basieren auf der Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011

Datenbasis: Mikrozensus-Sonderauswertung s14225, Berechnungen: Prognos AG

Im Zeitverlauf ist in Mehrkindfamilien seit Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 ebenfalls ein deutlicher Anstieg bei der Erwerbstätigkeit von Müttern zu verzeichnen (Abb. 46). Waren 2007 noch 30 Prozent der Mütter mit drei Kindern und jede fünfte Mutter mit vier und mehr Kindern erwerbstätig, waren es 2011 bereits 35 Prozent der Mütter mit drei Kindern und fast jede dritte Mutter mit vier und mehr Kindern.

Abbildung 46: Entwicklung der Erwerbstätigenquoten (ausgeübte Erwerbstätigkeit) von Müttern mit drei oder mehr minderjährigen Kindern, 2007–2011



Datenbasis: Mikrozensus-Sonderauswertung s13083, Berechnungen: Prognos AG

Im Vergleich zum Erziehungsgeld zeigte sich zudem, dass gerade Mütter mit geringeren Einkommen ihre Berufstätigkeit im zweiten Jahr nach Geburt eines Kindes ausweiten.⁷¹ Auch drei bis fünf Jahre nach Geburt eines Kindes lassen sich noch positive Effekte des Elterngeldes (im Vergleich mit dem Erziehungsgeld) nachweisen: Mehr Mütter sind erwerbstätig, dabei arbeiten sie vor allem in Teilzeit. Es steigt aber auch der Anteil der vollzeitbeschäftigten Mütter mit einem Kind in Westdeutschland. Die zusätzliche Beschäftigung geht in stärkerem Maße auf höher qualifizierte Mütter mit mittleren Einkommen zurück.

Die Kontinuität der Beschäftigung von Müttern hat sich signifikant erhöht: Mütter arbeiten länger bei einem Arbeitgeber. Dies könnte nach Einschätzung einer Studie langfristig auch zur Verringerung von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern führen.⁷²

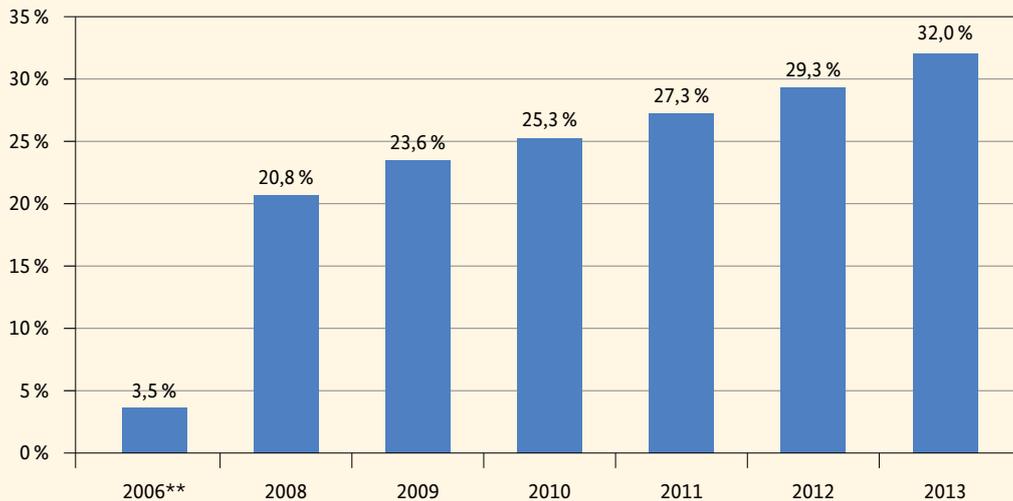
71 DIW (2012): Monitoring Elterngeld.

72 Vgl. Kluge/Schmitz (2014): Mittelfristige Effekte der Elterngeldreform in Ost- und Westdeutschland. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, S. 163–181.

3.2.2 Väter engagieren sich stärker in der Familie

Seit der Einführung des Elterngeldes zeigt sich ein ungebrochener Trend, dass immer mehr Väter auch Elterngeld beziehen und sich eine Auszeit für die Familie nehmen. Inzwischen sind dies 32 Prozent der Väter (Abb. 47).

Abbildung 47: Entwicklung der Väterbeteiligung* beim Elterngeld



* Anteil der geborenen Kinder, deren Väter Elterngeld bezogen haben, nach Geburtszeitraum des Kindes

** Männeranteil Leistungsbezieher

Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2009–2015): Statistiken zum Elterngeld. Gemeldete beendete Leistungsbezüge, Wiesbaden

Von den Vätern, die Elterngeld in Anspruch genommen haben, haben 78 Prozent das Elterngeld für zwei Monate und 21,8 Prozent für mehr als zwei Monate genutzt. Durchschnittlich haben die Väter für 3,2 Monate das Elterngeld in Anspruch genommen. Die Väter, die das Elterngeld nutzen, sind im Durchschnitt etwas höher qualifiziert und sie haben etwas höhere berufliche Positionen als Väter, die kein Elterngeld beziehen. Väter in Ostdeutschland beziehen häufiger Elterngeld als Väter in Westdeutschland. Väter mit Elternzeiterfahrung stimmen stärker modernen Familienbildern zu als Väter ohne Elterngeldbezug.⁷³

Die Motive für Väter, Elterngeld zu nutzen, sind vielfältig. Eines haben sicher alle Elterngeldväter gemeinsam: Sie möchten mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen. Derzeit sagen 54 Prozent der Väter mit minderjährigen Kindern, die Zeit, die sie mit dem Kind verbringen, sei nicht ausreichend.⁷⁴ Die meisten Väter, die Elterngeld bezogen haben, beschreiben diese Zeit auch als eine wertvolle und bereichernde Erfahrung. Sie wissen, gerade in den ersten Jahren wird die Grundlage für die Beziehung zum Kind gelegt, und diese Zeit kommt nicht wieder.

73 DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin.

74 Forsa (2013): Meinungen und Einstellungen der Väter in Deutschland, Berlin.

Das zunehmende Engagement der Väter fördert nicht nur die Bindung zwischen Vater und Kind, sondern hilft auch den Müttern, leichter in den Beruf zurückzukehren. Wenn beide Elternteile erwerbstätig sind, vor allem, wenn die Frau in Vollzeit arbeitet oder ein höheres Einkommen hat, bezieht der Partner häufiger Elterngeld. Dieses Bild scheint nahezu liegen, dass eher die Väter Elterngeld beziehen, deren Familien ein gesichertes Einkommen haben und eher auf einen Teil des Einkommens des Vaters verzichten können oder bei denen Väter beruflich in einer guten Verhandlungsposition sind, sodass sie sich Elternzeit eher „leisten“ können. Es gibt aber auch Väter, die den Wiedereinstieg ihrer Partnerin unterstützen wollen. Dies erklärt vor allem, dass Männer eher Elterngeld beanspruchen, wenn ihre Partnerin einen befristeten Arbeitsvertrag hat, selbstständig oder noch in der Ausbildung ist.

Wichtiger Hinderungsgrund für die Nutzung von Elternzeit bei Vätern ist teilweise noch die Angst vor Karriereeinbußen. Die Akzeptanz in den Betrieben scheint jedoch gewachsen zu sein. 40 Prozent der Väter in Deutschland glauben nicht, dass sich Elternzeit auf die Karrierechancen der Männer auswirken, 10 Prozent gehen sogar von positiven Auswirkungen aus. Väter, die bereits Elternzeit genommen haben, sagen sogar zu 58 Prozent, dies habe keine Auswirkungen auf die Karriere.⁷⁵ Auch die Reaktionen bei den Kolleginnen und Kollegen auf die Elternzeit von Vätern seien überwiegend positiv: In einer Umfrage berichteten 57 Prozent der Väter mit Elternzeiterfahrung von positiven und nur 15 Prozent von negativen Erfahrungen mit den Kolleginnen und Kollegen.⁷⁶

Die meisten Väter nutzen die zwei Partnermonate im Elterngeld

Etwa drei Viertel der Väter, die Elterngeld beziehen, nutzen nur zwei Partnermonate. Bezogen auf alle Väter sind dies etwa 24 Prozent. Sechs Prozent der Väter beziehen für mehr als zwei Monate Elterngeld. Der Anteil dieser Väter, die „länger“ Elterngeld beziehen, ist seit 2009 etwa konstant geblieben; in absoluten Zahlen ist er sogar etwas angestiegen. Da sich aber der Anteil der Väter, die „nur“ zwei Partnermonate beziehen, stetig erhöht hat, sinkt in der Statistik die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter. Faktisch ist es aber so: Der Anteil der Väter, die für zwei Monate Elterngeld beziehen, ist so stark angestiegen, dass die durchschnittliche Elternzeitdauer der Väter stetig gesunken ist. Es ist aber nicht zutreffend, dass die Väter immer kürzer Elternzeit nehmen, sondern es gibt mehr Väter, die für einen kurzen Zeitraum Elterngeld beziehen.

Wie lässt sich erklären, dass die Väter überwiegend nur zwei Monate Elterngeld beanspruchen? In einer Online-Umfrage gaben 63 Prozent der Väter an, ihre Partnerin wolle auf jeden Fall die zwölf Monate für sich nehmen. Rund ein Drittel der Männer wusste überhaupt nicht, dass sie mehr als zwei Monate Elterngeld nehmen können oder war sich darüber unsicher.⁷⁷ Des Weiteren zeigt sich, dass auch in Unternehmen die zwei Partnermonate zunehmend als neue Norm akzeptiert werden. Die Väter haben eine gute Verhandlungsbasis, da sie argumentieren können, die Leistung würde sonst verfallen, wenn sie sie nicht nutzen.

75 Forsa (2013): Meinungen und Einstellungen der Väter in Deutschland, Berlin.

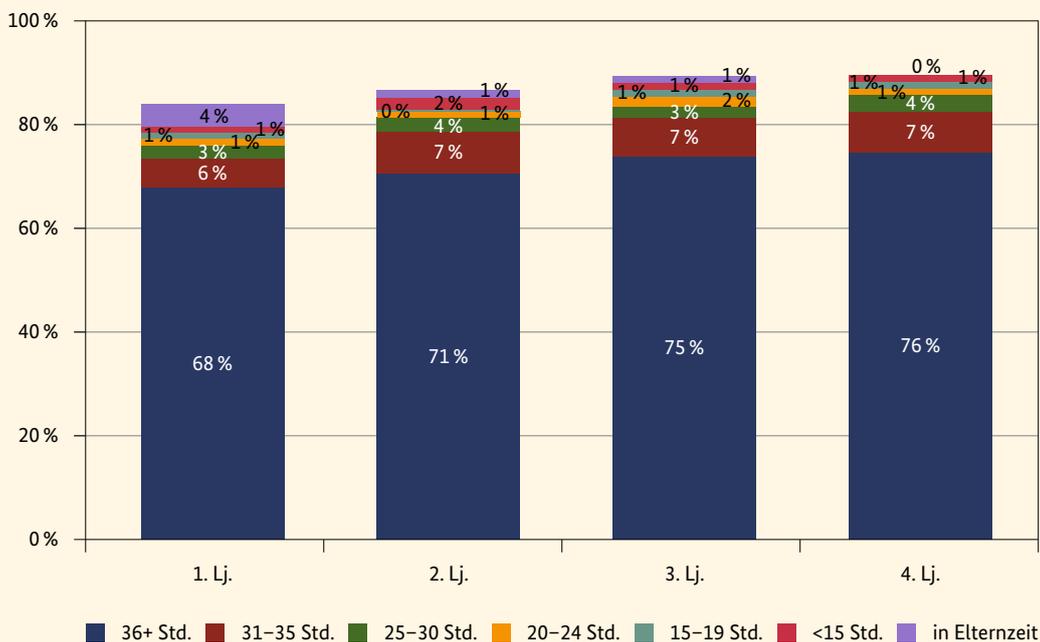
76 Väter gGmbH (2013): Trendstudie – moderne Väter, Hamburg, S. 70.

77 Väter gGmbH (2013): Trendstudie – moderne Väter, Hamburg, S. 46.

Erwerbsarbeit von Vätern verändert sich

Die Ergebnisse zeigen, dass sich auch die Erwerbsarbeit von Vätern nach der Geburt eines Kindes verändert: Nur knapp 80 Prozent der Väter sind im ersten Lebensjahr eines Kindes erwerbstätig und nur zwei Drittel arbeiten in Vollzeit, während Väter mit Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren zu 90 Prozent erwerbstätig sind und zu drei Vierteln in Vollzeit arbeiten. Zudem sind 4 Prozent der Väter zum Befragungszeitpunkt in Elternzeit und nicht erwerbstätig. Im ersten Jahr arbeiten 9 Prozent der Väter in Teilzeit mit einem Umfang von 25 bis 35 Wochenstunden; auch in den Folgejahren arbeitet etwa jeder zehnte Vater in einem höheren Teilzeitumfang. Zudem sind etwa jeweils 3 Prozent der Väter in einem Teilzeitumfang unter 25 Wochenstunden erwerbstätig⁷⁸ (Abb. 48).

Abbildung 48: Erwerbsumfang Väter nach Lebensjahr des jüngsten Kindes, in Prozent



Anmerkung: Elternzeit: Momentan in Elternzeit mit null Stunden Erwerbstätigkeit

Quelle: DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, S. 16

Datenbasis: „Familien in Deutschland“ (FiD), v4.0, Wellen 2010–2013

Die intensive Zeit mit dem Kind scheint zudem das Vater-Kind-Verhältnis langfristig zu prägen. Eine aktuelle Studie zeigt, dass Väter, die Elternzeit genommen haben, nach der Elternzeit täglich etwa eine Stunde mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen und dafür auch häufiger in Teilzeit arbeiten.⁷⁹ Von den Vätern, die Erfahrung mit Elternzeit haben, arbeiten 14 Prozent in einem Teilzeitumfang von 25 bis 35 Wochenstunden, wenn ihr Kind zwei bis drei Jahre alt ist. Von den Vätern ohne Elternzeiterfahrung tun dies nur 8 Prozent. Allerdings arbeiten auch drei

78 DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, Datenbasis: „Familien in Deutschland“ (FiD), v4.0, Wellen 2010–2013.

79 WZB (2014): „Mehr väterlicher Familiensinn“, Pressemitteilung vom 22.07.2014.

Viertel der Väter mit Elternzeiterfahrung in Vollzeit mit über 36 Wochenstunden. Für die meisten bedeutet die Rückkehr aus der Elternzeit den Übergang in ein mehr oder weniger traditionelles Erwerbsarrangement.

3.2.3 Mehr Zeit für Kinder und für die Familie

Insgesamt beziehen etwa zwei Drittel der Paare Elterngeld parallel oder teilweise parallel, etwa ein Drittel der Paare bezieht Elterngeld nur nacheinander.⁸⁰ Etwa 40 Prozent der Paare nutzen die Elternzeit des Vaters als „Familienzeit“, in der beide Elternteile nicht erwerbstätig sind und viel Zeit für die Familie haben. Dies kann vor allem dann hilfreich sein, wenn es bereits ältere Geschwister gibt. Die Väter, die Elterngeld beziehen, sind in dieser Zeit überwiegend nicht erwerbstätig. Nur 30 Prozent der Väter arbeiten parallel zu ihrer Elternzeit. Ihre Partnerinnen sind während der Elternzeit der Väter zu 60 Prozent erwerbstätig, 40 Prozent arbeiten mehr als 25 Wochenstunden. Für die Mutter ist die Elternzeit ihres Partners häufig die notwendige Unterstützung, um wieder in den Beruf zurückzukehren. Viele Väter begründen auch ihre Elternzeit genau damit, dass sie den beruflichen Wiedereinstieg ihrer Partnerin ermöglichen wollen. Bei 60 Prozent der Familien nutzt die Mutter die Elternzeit des Vaters für den beruflichen Wiedereinstieg. Während der Vater Elterngeld bezieht, verbringt er an einem Werktag im Durchschnitt knapp acht Stunden täglich mit Kinderbetreuung.⁸¹

Eine aktive Beteiligung des Vaters an der Kindererziehung beeinflusst die Entwicklung eines Kindes positiv. Väter berichten von einer intensiveren Beziehung zu ihrem Kind.⁸² Internationale Studien zeigten, dass eine stärkere Väterbeteiligung die kognitive Entwicklung der Kinder, die Problemlösungskompetenzen, die Sprachentwicklung und auch die Schulleistungen positiv beeinflusst. Positive Einflüsse des väterlichen Engagements auf die Schulleistungen konnten auch für Deutschland nachgewiesen werden. Zudem entwickeln sich Kinder sozial und emotional besser, wenn der Vater sich aktiv an der Erziehung beteiligt.

Das stärkere Engagement von Vätern wirkt sich auch positiv auf die Mutter und auf die Partnerschaft aus. Mütter sind zufriedener mit ihrem Familienleben, wenn die Väter sich stärker an der Kinderbetreuung beteiligen. Wenn Väter stärker bei der Erziehung unterstützen, sind die Mütter gelassener und geduldiger. Dies verbessert auch die Qualität der Mutter-Kind-Interaktionen. Mütter und Väter sind tendenziell zufriedener mit der Partnerschaft, wenn sich der Vater stärker beteiligt; dies stärkt schließlich die Beziehung und fördert die Beziehungsstabilität.⁸³

80 Vgl. Bundestagsdrucksache 17/1594: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jörn Wunderlich, Diana Golze, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Entwicklung beim Elterngeld, S. 4.

81 DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, Datenbasis: „Familien in Deutschland“ (FiD), v4.0, Wellen 2010–2013.

82 Possinger (2013): Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben, Wiesbaden.

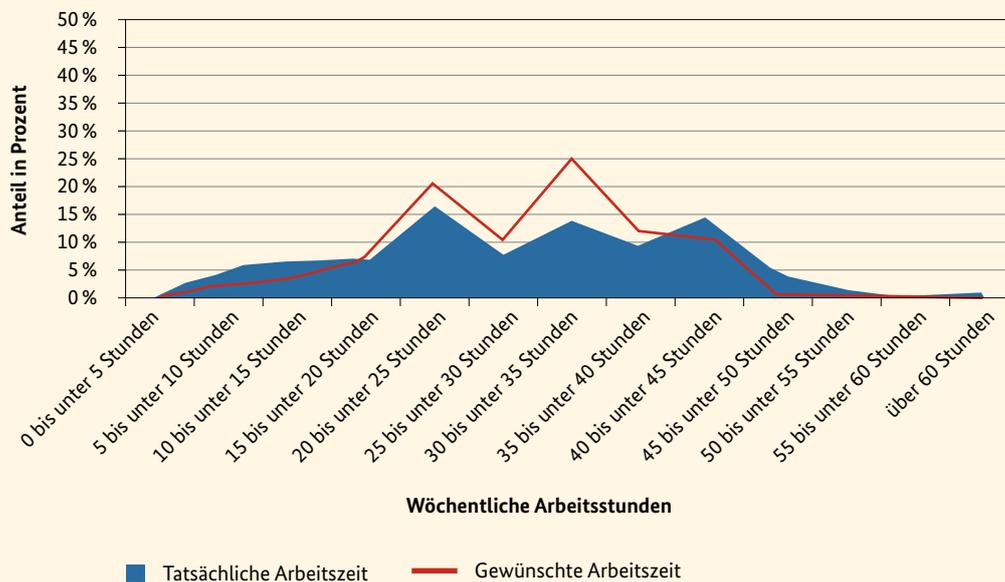
83 Allen, S. M./Daly, K. J. (2007): The effects of father involvement: An updated research summary of the evidence. Centre for Families, Work & Well-Being, University of Guelph; Agache, Alexandru/Leyendecker, Birgit/Schäfermeier, Esther/Schölmerich, Axel (2014): Paternal involvement elevates trajectories of life satisfaction during transition to parenthood, *European Journal of Developmental Psychology*, 11:2, S. 259–277.

Und nicht zuletzt gewinnen die Väter selbst, wenn sie sich stärker in die Erziehung einbringen: Weil sie einen intensiveren Kontakt und eine bessere Beziehung zum Kind entwickeln, sind sie zufriedener mit ihrem Leben: Ihre Zufriedenheitswerte steigen nach der Geburt stärker an als die der Männer, die sich weniger stark engagieren.⁸⁴ Auch Väter mit zwei- bis dreijährigen Kindern sind zufriedener mit ihrem Familienleben, wenn sie mehr Zeit mit den Kindern verbringen.⁸⁵ Insgesamt zeigt sich: Je länger die Väter ausgestiegen sind, desto langfristiger zeigen sie auch in späteren Jahren ein stärkeres Engagement in der Kinderbetreuung. Auch wenn die Beziehung getrennt wird, haben Väter, die sich mehr engagieren, langfristig mehr Kontakt zu ihren Kindern.⁸⁶

3.2.4 Neue Trends: Arbeitszeitwünsche von Müttern und Vätern

Eltern wünschen sich heute stärker ausgeglichene Arbeitszeiten, wie viele Untersuchungen zeigen (Abb. 49 und 50). Mütter wünschen sich häufiger Arbeitszeiten im Umfang von 25 bis 35 Wochenstunden. Wenn sie weniger als 20 Wochenstunden arbeiten, würden sie häufig gerne etwas länger arbeiten; wenn sie mehr als 35 Wochenstunden arbeiten, würden sie häufig gerne etwas reduzieren. Bei den Vätern, die überwiegend in Vollzeit oder mehr arbeiten, würde ein großer Teil gerne die Arbeitszeit etwas reduzieren. Ein Teil der Väter wünscht sich eine Arbeitszeit von 30 bis 35 Wochenstunden oder möchte wenigstens die Überstunden reduzieren.

Abbildung 49: Gewünschte und tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit erwerbstätiger Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt, 2012



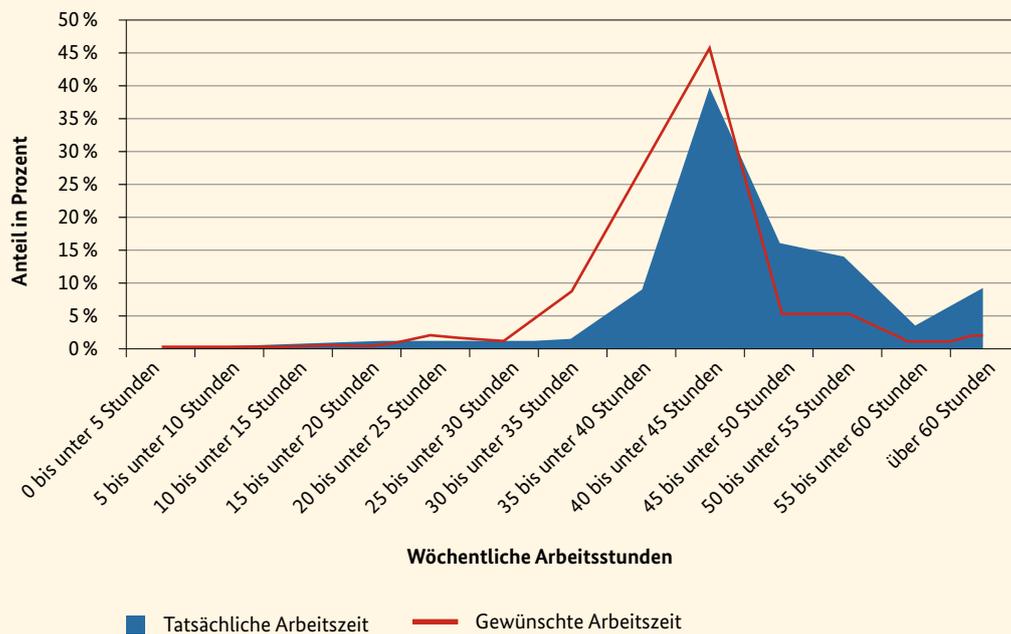
Quelle: SOEP v29, Berechnung: Prognos AG, 2014.

84 Vgl. ebenda; Possinger (2013): Vaterschaft im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familienleben, Wiesbaden.

85 DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, Datenbasis: „Familien in Deutschland“ (FiD), v4.0, Wellen 2010–2013.

86 Duvander/Jans (2009): Consequences of fathers' parental leave use: evidence from Sweden. Finnish Yearbook of Population Research, S. 51–62.

Abbildung 50: Gewünschte und tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit erwerbstätiger Väter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt, 2012



Quelle: SOEP v29, Berechnung: Prognos AG, 2014

Je höher die Mutter qualifiziert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass beide Eltern in Vollzeit arbeiten. Wenn beide Eltern einen Hochschulabschluss haben, oder die Mutter mindestens eine qualifizierte Angestellte ist, wird auch ein doppeltes Teilzeitmodell für die Eltern wahrscheinlicher. Partnerschaftliche Arrangements finden sich zudem häufiger bei den Müttern mit stärker egalitären Einstellungen und bei Familien in Ostdeutschland.⁸⁷

Von jedem dritten Paar mit Kindern unter drei Jahren würden derzeit am liebsten beide in Teilzeit (mit etwa 30 Stunden pro Woche) arbeiten und sich Familien- und Hausarbeit teilen.⁸⁸ In einer Befragung aller Väter mit minderjährigen Kindern sagte etwa ein Drittel, sie wollten gerne in Teilzeit arbeiten (Abb. 51).⁸⁹

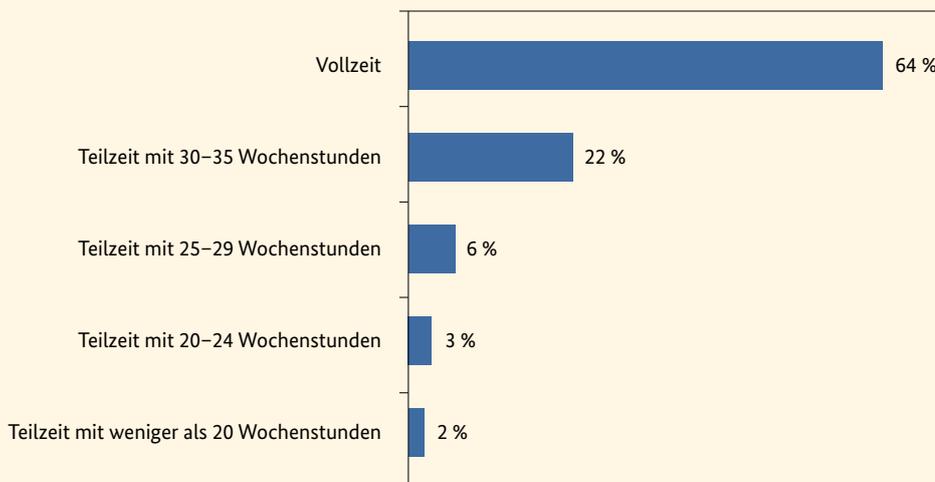
87 DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, S. 56 f.

88 IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

89 Forsa (2013): Meinungen und Einstellungen der Väter in Deutschland, Berlin.

Abbildung 51: Teilzeitwünsche von Vätern

„Welches Arbeitszeitmodell ist bzw. wäre Ihnen persönlich am liebsten?“



Quelle: ELTERN-Studie „Väter in Deutschland“, 2014

Basis: Väter, die aktuell oder vor Antritt der Elternzeit als Angestellte/Beamte/Arbeiter/Auszubildende beschäftigt sind bzw. waren (n = 864)

Sogar wenn man Väter bittet, in Rechnung zu stellen, dass sich bei einer Veränderung der Arbeitszeiten auch das Einkommen entsprechend ändern würde, will noch knapp jeder fünfte Vater mit Kindern im Vorschulalter gerne seine Arbeitszeit verringern. Dies betrifft vor allem Paare, in denen der Vater in Vollzeit arbeitet und auch die Mutter erwerbstätig ist.⁹⁰

Vereinbarkeit ist Thema für Familien mit Migrationshintergrund

Das Erwerbsverhalten ist auch ein Resultat der Lebensplanung in Familien mit Migrationshintergrund: So waren 25 Prozent der nicht erwerbstätigen Mütter vor der Elternphase nie erwerbstätig. Dies ist nicht als mangelnde Erwerbsorientierung zu interpretieren, sondern Ergebnis einer sehr frühen Familiengründung vor oder in der Ausbildung. Mit steigendem Alter des jüngsten Kindes nähert sich die Erwerbsbeteiligung wieder an.

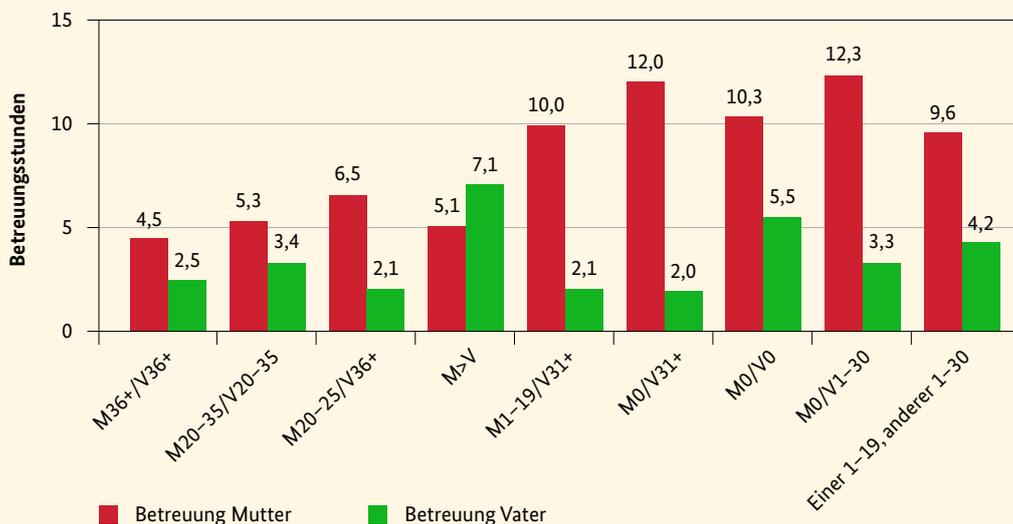
Die meisten Eltern mit Migrationshintergrund wünschen sich wie Eltern ohne Migrationshintergrund kürzere Arbeitszeiten, Mütter im gleichen Umfang (45 Prozent zu 46 Prozent), Väter in etwas geringerem Umfang (62 Prozent zu 75 Prozent). Eltern mit Migrationshintergrund favorisieren, wie viele Eltern in Deutschland, eine Vollzeit-/Teilzeit-Kombination mit Vollzeittätigkeit des Mannes, Mütter mit Migrationshintergrund sehen jedoch signifikant häufiger Vereinbarkeitsprobleme als Väter (60 Prozent vs. 47 Prozent); insgesamt sehen Eltern mit Migrationshintergrund aber etwas weniger Vereinbarkeitsprobleme als Eltern ohne Migrationshintergrund. Etwa die Hälfte der Mütter mit Migrationshintergrund wünscht sich im Haushalt und mit den Kindern mehr Unterstützung durch den Partner (74 Prozent gegenüber 31 Prozent der Mütter ohne Migrationshintergrund).

⁹⁰ DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, S. 56 f.

Steigende Erwerbsbeteiligung der Mütter erhöht Erwartungen an partnerschaftliche Arbeitsteilung

Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Mütter geht nicht nur mit veränderten Arbeitszeitwünschen von Müttern und Vätern einher, sondern auch mit steigenden Erwartungen an eine partnerschaftliche Arbeitsteilung (Abb. 52).

Abbildung 52: Betreuungszeit von Müttern und Vätern nach partnerschaftlichen Erwerbskonstellationen, jüngstes Kind im 2.-3. Lebensjahr



Anmerkung: M – Erwerbsumfang der Mutter, V – Erwerbsumfang des Vaters

Quelle: DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen der Partner, Berlin, S. 590 ff.

Datenbasis: „Familien in Deutschland“ (FiD), v4.0, Wellen 2010–2013

Betrachtet man die Zeiten für Kinderbetreuung insgesamt, so zeigt sich, dass Mütter nach wie vor den größten Anteil der Betreuungszeit übernehmen. Zwischen den Vätern gibt es dagegen große Unterschiede. Eltern mit einem egalitären Erwerbsarrangement haben auch stärker ausgeglichene Betreuungszeiten. Wenn beide Eltern in Vollzeit oder beide in höherem Teilzeitumfang arbeiten, haben sie die am stärksten angeglichenen Betreuungszeiten, wenn das Kind ein bis zwei Jahre alt ist. In diesen Lebensmodellen übernimmt die Mutter „nur“ etwa 1,5-mal so viel Betreuung wie der Vater. Diese Erwerbs- und Betreuungsarrangements werden jedoch nur von nur etwa 10 Prozent der Eltern mit Kindern in diesem Alter praktiziert. In einem sogenannten Zuverdienermodell, in dem der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit arbeitet, übernimmt die Mutter dreimal so viel Betreuungszeit wie der Vater; auch wenn sie mit 20–25 Wochenstunden arbeitet. Nur wenn die Mutter mehr arbeitet als der Vater, übernimmt er mehr Betreuungszeiten.

Für die Betreuungszeiten des Vaters gibt es unterschiedliche Erklärungen: Zum einen nehmen Väter, die höher qualifiziert sind, eher Elternzeit. Diese Paare mit höherer Qualifikation haben auch häufiger ein egalitäres Erwerbsarrangement. Väter, die einmal Elternzeit genommen haben, nehmen sich danach auch eher mehr Zeit für ihre Kinder. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass Väter mit einer höheren beruflichen Position im Durchschnitt weniger Zeit mit Kinderbetreuung verbringen als Väter mit einfacheren beruflichen Tätigkeiten. Diese Väter arti-

kulieren eine starke Diskrepanz zwischen ihren Wünschen nach mehr Zeit für die Kinder und den hohen (zeitlichen) beruflichen Anforderungen, die diese Zeit nicht ermöglichen.

In einer aktuellen Befragung lehnen drei Viertel der 25- bis 55-jährigen Männer das Alleinverdienermodell ab.⁹¹ Bisher können wenige Paare ihre Wünsche nach einer egalitären Arbeitsteilung umsetzen. Dies sind derzeit in der Mehrheit Paare mit einer guten Ressourcenausstattung oder besseren beruflichen Positionen, die möglicherweise beruflich bessere Verhandlungspositionen haben. Für die meisten Familien ist es bislang schwierig, die gewünschte partnerschaftliche Aufteilung von Familie und Beruf zu realisieren. Sie wird durch Gesellschaft und Wirtschaft noch wenig unterstützt.

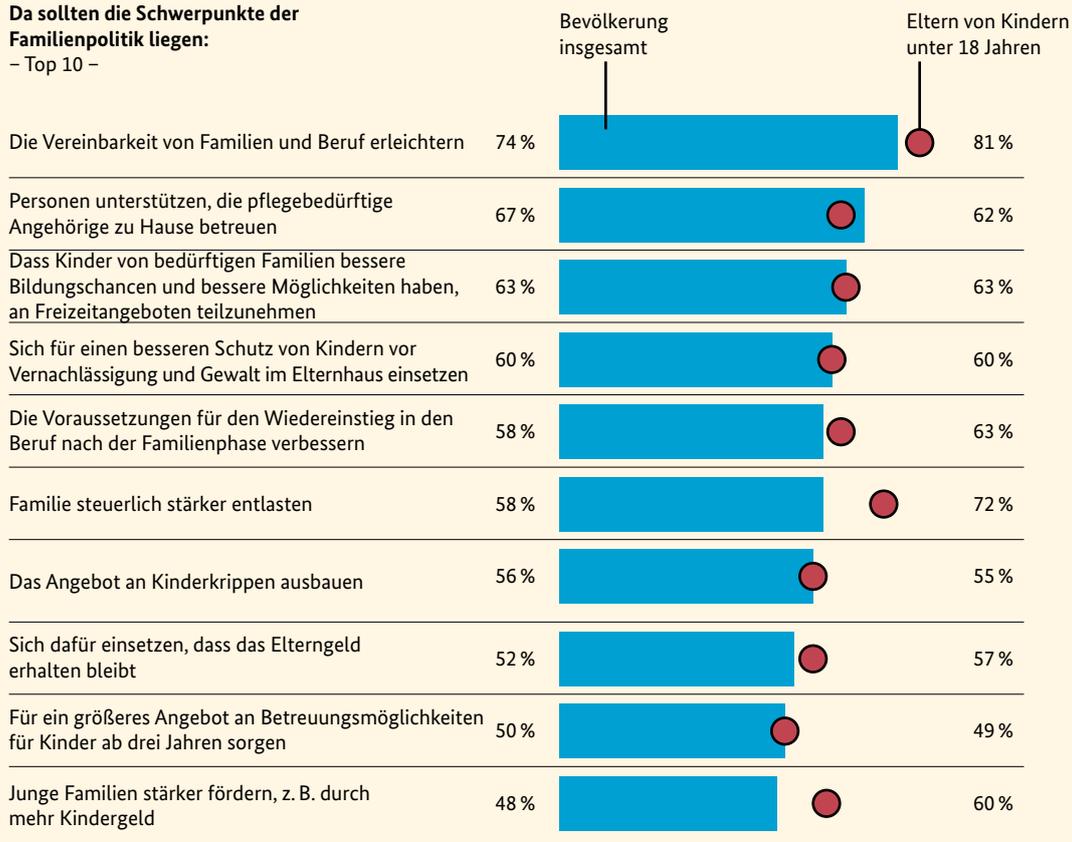
3.3 Vereinbarkeit wichtigste familienpolitische Aufgabe

Für die große Mehrzahl der Bevölkerung und der Eltern bleibt die Erleichterung der Vereinbarkeit die wichtigste Aufgabe der Familienpolitik (Abb. 53).

Abbildung 53: Was Eltern von der Politik erwarten

Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt die wichtigste Aufgabe der Familienpolitik

Da sollten die Schwerpunkte der Familienpolitik liegen:
– Top 10 –



Quelle: IfD Allensbach (2013): Monitor Familienleben 2013, Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

91 A. T. Kearney (2014): Nur Mut! Männer. Väter. Repräsentative Befragung von Arbeitnehmenden, Online-Umfrage, 1.771 Beschäftigte, 25 bis 55 Jahre.

Eltern wollen mehr Zeit für Familie und Fürsorge füreinander und sie wollen zeitliche und strukturelle Flexibilität im Alltag und im Lebensverlauf. Viele junge Menschen wollen sich Beruf und Familie teilen. Überraschend ist hier die Dimension: 91 Prozent der Menschen zwischen 20 und 39 Jahren finden, dass sich beide Elternteile um die Kinderbetreuung kümmern sollten. Und 81 Prozent finden, beide Partner sollten für das Einkommen verantwortlich sein. Von den jungen Eltern befürworteten 60 Prozent ein Lebensmodell, in dem beide Elternteile in gleichem Umfang erwerbstätig sind und sich gleichermaßen um Beruf und Familie kümmern.⁹² Neben diesen Idealvorstellungen würden von jedem dritten Paar mit Kindern unter drei Jahren derzeit persönlich am liebsten beide in Teilzeit (mit etwa 30 Stunden pro Woche) (32 Prozent) oder in Vollzeit (7 Prozent) arbeiten und sich Familien- und Hausarbeit teilen.⁹³ Aber nur 9 Prozent von ihnen können eine gleiche Aufgabenteilung derzeit realisieren.⁹⁴

Der Wunsch nach mehr Zeit für Familie kollidiert allzu oft mit dem Wunsch nach Berufstätigkeit und beruflichem Fortkommen und mit dem Wunsch nach einem festen und ausreichenden Einkommen für beide Partner. Die Vereinbarkeit bleibt bislang vor allem ein Mütterthema. Mütter arbeiten häufig in Teilzeit, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Sie nehmen den überwiegenden Teil der Elternzeit und erledigen – unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit – auch mehr Hausarbeit und Kinderbetreuung als die Väter. Derzeit werden partnerschaftliche Lebensmodelle in Deutschland noch wenig unterstützt. Nur 14 Prozent der Eltern mit Kindern zwischen ein und drei Jahren arbeiten beide in gleichem Umfang, also beide in Teilzeit oder beide in Vollzeit. Dies trifft eher auf höher Qualifizierte und Familien in Ostdeutschland zu. Häufig scheitert eine solche partnerschaftliche Aufteilung an ungleichen Einkommen. Da Väter mehr verdienen und Familien nicht auf einen Teil ihres Einkommens verzichten können, können sie ihre Arbeitszeiten nicht reduzieren. Dabei sind vollzeitnahe Teilzeitmodelle für beide das, was sich viele Eltern wünschen.

3.4 Zeit für Familie: Idee Familienarbeitszeit

Bei der von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig in die Diskussion gebrachten Idee einer Familienarbeitszeit soll die Arbeitszeit für Familien partnerschaftlicher verteilt werden. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die es Eltern ermöglichen, ihre Arbeitszeiten bei 30, 32 oder 35 Stunden anzunähern. Väter würden etwas weniger arbeiten, Mütter etwas mehr. In der Konsequenz hätten beide Partner Zeit für die Erwerbsarbeit, aber auch mehr Zeit für die Familie.

Die Idee der Familienarbeitszeit ist: Mütter und Väter sollen in den ersten Jahren nach der Geburt eine Unterstützung erhalten, wenn sie gleichzeitig vollzeitnah arbeiten und sich Erwerbs- und Fürsorgearbeit partnerschaftlich aufteilen. Das dient dem Zusammenhalt in der Familie und den heutigen Notwendigkeiten einer individuellen Existenzsicherung. Und es folgt dem Auftrag des Grundgesetzes an den Gesetzgeber, einer Verfestigung überkommener Rollenverteilung zwischen Mutter und Vater in der Familie zu begegnen. Davon können die Familien, Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt profitieren.

92 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen, Meinungen, Erwartungen. Wiesbaden; DIW (2013): Wochenbericht Nr. 46/2013, S. 4.

93 IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

94 IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

3.5 ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus als neues Angebot zur partnerschaftlichen Vereinbarkeit

Ein erster Schritt in Richtung einer Familienarbeitszeit ist das ElterngeldPlus. Mit dem Partnerschaftsbonus ist es eine neue Gestaltungskomponente im Elterngeld. Das ElterngeldPlus wurde als eine neue eigenständige Variante des bisherigen Elterngeldes zum 01.01.2015 eingeführt. Die Regelungen gelten für Geburten ab 01.07.2015.

Das ElterngeldPlus kann von allen genutzt werden, die auch Elterngeld beanspruchen können. Es unterstützt aber insbesondere die Eltern, die nach der Geburt ihres Kindes schon während ihres Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten wollen. Diese Eltern werden bisher benachteiligt – denn sie verlieren durch die Berücksichtigung ihres Teilzeiteinkommens einen Teil ihres Elterngeldanspruchs. Das ElterngeldPlus gleicht diesen Nachteil durch eine längere Bezugszeit aus: Aus einem Elterngeldmonat werden zwei ElterngeldPlus-Monate.

Ergänzt wird das ElterngeldPlus durch einen Partnerschaftsbonus: Arbeiten beide Eltern in mindestens vier Monaten parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche, erhält jeder von ihnen nochmals für vier Monate das ElterngeldPlus. Eltern können auf das neue Angebot in einem von ihnen bestimmten Umfang in der frühen Familienphase zugreifen und damit in die Partnerschaftlichkeit bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hineinfließen.

Auch Alleinerziehende profitieren vom ElterngeldPlus

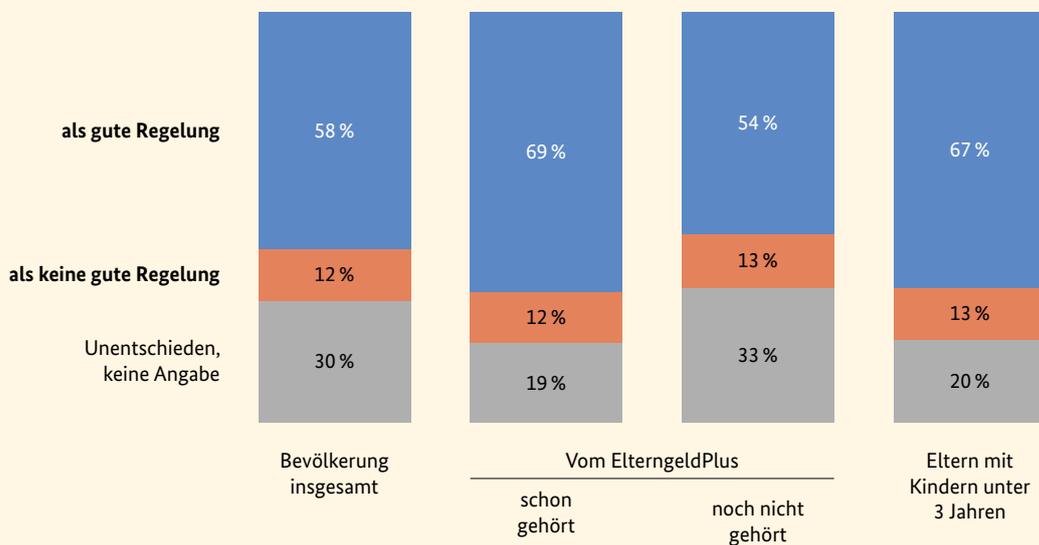
Getrennte Eltern können die neuen Angebote, wenn das Kind bei jedem Elternteil im Haushalt lebt, in gleichem Maße nutzen wie Paare und damit ihre besonderen Herausforderungen in Familie und Beruf flexibler vereinbaren. Elternteile mit alleinigem Sorgerecht können das Elterngeld in Form des ElterngeldPlus einschließlich der zwei Partnermonate länger, nämlich über den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus, in Anspruch nehmen.

Auch den Partnerschaftsbonus können Alleinerziehende, die die Aufgaben ohne partnerschaftliche Unterstützung zu bewältigen haben, allein beziehen: Arbeiten sie für mindestens vier Monate in Teilzeit zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten sie mit dem Partnerschaftsbonus vier weitere Monate ElterngeldPlus. Damit bekommen Alleinerziehende einen ähnlichen Bonus wie Elternpaare, sodass sie für ihr Kind da sein können und gleichzeitig den Anschluss an den Beruf behalten.

Und: Auch Eltern, die vor der Geburt nicht erwerbstätig waren, können das ElterngeldPlus für das Mindestelterngeld nutzen und werden dann in halber Höhe des Mindestbetrags für die doppelte Anzahl von Monaten unterstützt.

In der Bevölkerung wird das ElterngeldPlus bereits vor seiner Einführung überwiegend positiv bewertet (Abb. 54).

Abbildung 54: Bewertung des ElterngeldPlus in der Bevölkerung, 2014



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

3.6 Elternzeit flexibler nutzbar

Die gleichzeitigen Neuregelungen zur Elternzeit sollen Eltern – begleitend zum ElterngeldPlus und zum Partnerschaftsbonus – mehr Flexibilität bei ihrem Wiedereinstieg ermöglichen. Eltern sollen zukünftig eine nicht beanspruchte Elternzeit von bis zu 24 Monaten zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes in Anspruch nehmen können. Eine Zustimmung des Arbeitgebers ist nicht mehr notwendig. Dadurch soll vermieden werden, dass Eltern wegen starrer Regelungen – länger als eigentlich von ihnen gewünscht – auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, um Elternzeitansprüche nicht zu verlieren. Eltern, die eine frühere Rückkehr an den Arbeitsplatz wünschen, wird eine entsprechende Entscheidung erleichtert. Sie haben weitgehend keine Nachteile gegenüber denjenigen Eltern, die die volle Elternzeit unmittelbar nach der Geburt des Kindes in Anspruch nehmen.

Ebenfalls neu ist: Für die Inanspruchnahme von Elternzeit zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes wird die Anmeldefrist von sieben auf 13 Wochen erhöht, ebenso wie die Anmeldefrist für eine Teilzeittätigkeit in diesem Zeitraum. Der Kündigungsschutz wird entsprechend angepasst. So erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Sicherheit und Flexibilität und Arbeitgeber mehr Zeit, um sich auf eine bevorstehende spätere Elternzeit einzustellen. Die Anmeldefristen für eine Elternzeit und eine Teilzeittätigkeit in der Elternzeit zwischen der Geburt und dem dritten Lebensjahr des Kindes bleiben unverändert.

IV.

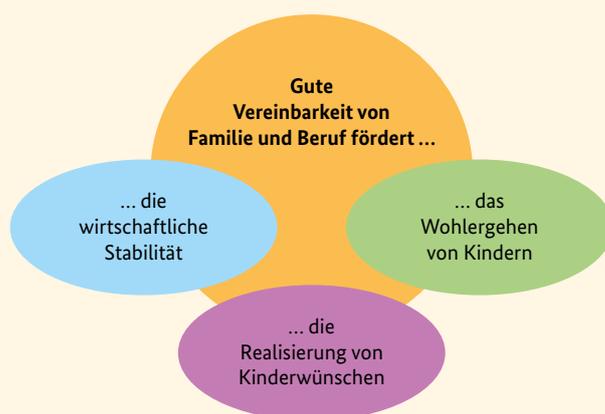
Wirksamkeit staatlicher Familienleistungen: zentrale Erkenntnisse aus der Gesamtevaluation

4.1 Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat zentralen Stellenwert für Familien und die Wirksamkeit von Familienleistungen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat eine zentrale Bedeutung für Familien. 74 Prozent der Gesamtbevölkerung und 81 Prozent der Eltern zählen eine erleichterte Vereinbarkeit zu den wichtigsten familienpolitischen Aufgaben.⁹⁵ Gute Vereinbarkeit heißt aus Sicht der jungen Familien heute vor allem, dass beide Partner für das Familieneinkommen sorgen und es wünschenswert ist, Beruf und Familie partnerschaftlich zu leben.

Auch für die Wirkung von familienpolitischen Leistungen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zentral.⁹⁶ Das ist ein Kernergebnis aus der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen.⁹⁷ Die Evaluation zeigt, dass eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Erreichen der anderen Ziele fördert. Denn danach tragen Leistungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessern, dazu bei, dass Familien wirtschaftlich dauerhaft gesichert sind und es den Kindern gut geht. Sie tragen sogar dazu bei, dass Paare sich eher ihre Kinderwünsche erfüllen (Abb. 55).

Abbildung 55: Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Motor für alle anderen familienpolitischen Ziele



95 IfD Allensbach (2013): Monitor Familienleben 2013.

96 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen und IfD Allensbach (2014), Allensbacher Archiv.

97 Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 218.

Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen

Das bisher international einzigartige Evaluierungsprogramm wurde im gemeinsamen Auftrag des Bundesfamilien- und des Bundesfinanzministeriums von 2009 bis 2014 in zwölf Forschungsmodulen durchgeführt. Die Besonderheit der Gesamtevaluation war, dass alle untersuchten Leistungen an vier übergreifenden politischen Zielen gemessen wurden: wirtschaftliche Stabilität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung und Wohlergehen von Kindern und der Frage, inwieweit ehe- und familienbezogene Leistungen dazu beitragen, dass Paare sich ihre Kinderwünsche erfüllen.

Die Gesamtevaluation hat die Familienforschung in Deutschland insgesamt weiter vorangebracht. Erstmals wurde untersucht, wie das Wohlergehen von Kindern altersspezifisch erfasst werden kann und wie die gesetzlichen Leistungen zum Wohlergehen der Kinder beitragen. Mit der Erhebung „Familien in Deutschland“ wurden die Datengrundlagen über Familien in Deutschland erheblich verbessert, die bereits jetzt von zahlreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern genutzt werden. Mit der Entwicklung neuer Rechenmodelle wurden auch neue Grundlagen geschaffen, um Fragen nach den Wirkungen veränderter Leistungen zu beantworten. Die Ergebnisse fließen in die Überlegungen ein, wie die Familienleistungen weiter an der heutigen Lebensrealität der Familien ausgerichtet werden können.

Neue Qualität der Vereinbarkeit erreichen

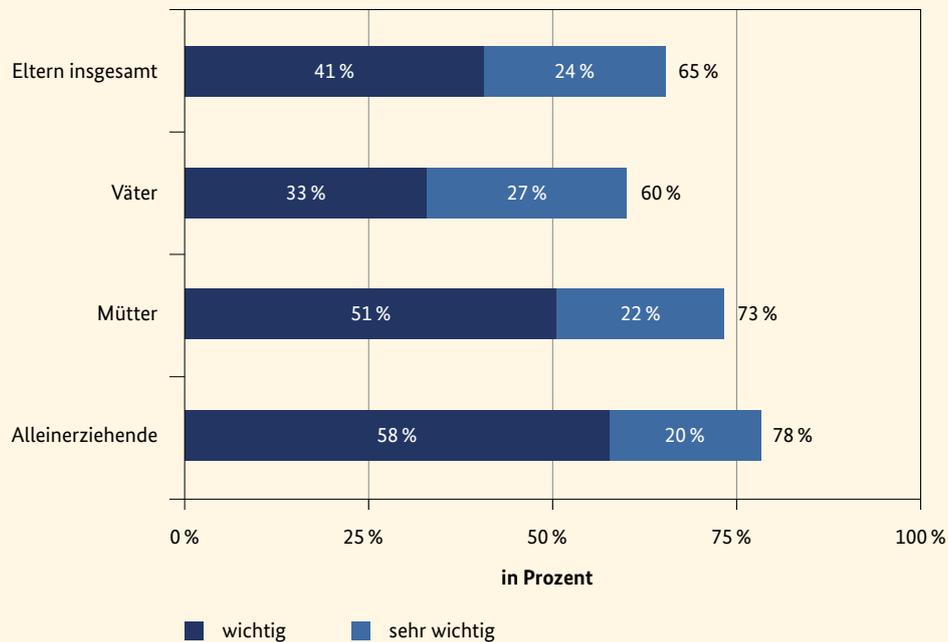
Zu den Leistungen mit den besten Wirkungen hinsichtlich einer guten und partnerschaftlichen Vereinbarkeit gehören das Elterngeld und die öffentlich geförderte Kinderbetreuung. Das Elterngeld mit den Partnermonaten ermöglicht Vätern, ihre Wünsche nach mehr Zeit mit den Kindern tatsächlich umsetzen. Zugleich führt es zu einem früheren beruflichen Wiedereinstieg von Müttern. Damit unterstützt das Elterngeld den Trend einer zunehmenden Müttererwerbstätigkeit, der sich seit 2007, dem Jahr der Einführung des Elterngelds, dynamisch zeigt (siehe Kapitel III. 3.2.1, Abb. 44).

Zudem zeigt die Gesamtevaluation, dass die Familienleistungen gerade die Erwerbstätigkeit der Alleinerziehenden unterstützen. Häufig weiten Alleinerziehende ihre Erwerbstätigkeit aus, um zum Beispiel mit dem Kindergeld und anderen Unterstützungen unabhängig von der Grundsicherung zu leben.

Gutes Kinderbetreuungsangebot für Eltern von herausragender Bedeutung

In besonders positiver Weise wirkt auch die Subventionierung der Kinderbetreuung (Abb. 56): Sie unterstützt nicht nur vornehmlich Mütter darin, eigenes Einkommen zu erwirtschaften, sondern trägt wirksam zur Förderung der Kinder bei, insbesondere dann, wenn diese bereits in jungen Jahren die Betreuungsangebote nutzen. Ohne subventionierte Kinderbetreuung wären 100.000 Mütter mit Kindern unter drei Jahren nicht erwerbstätig.

Abbildung 56: Bedeutung der Betreuung für die Berufstätigkeit aus Sicht von berufstätigen Eltern mit Kindern unter 16 Jahren, die betreut werden, in Prozent



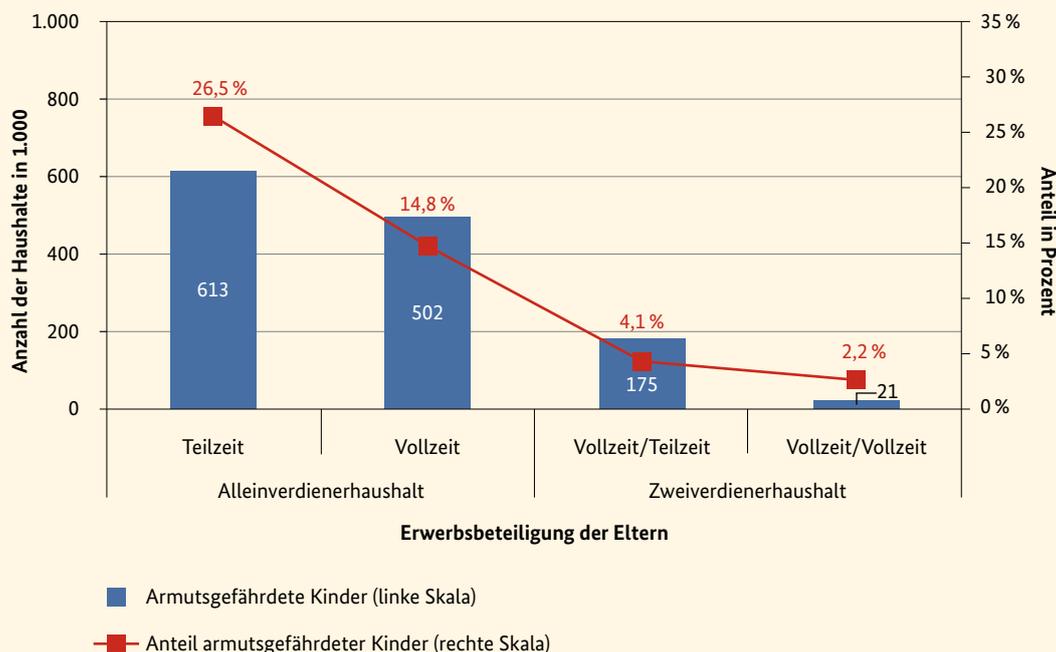
Quelle: eigene Darstellung Prognos AG auf Basis IfD Allensbach (2012: 228, 295).

4.2 Familienleistungen stabilisieren wirtschaftliche Situation von Familien

Die Familienleistungen tragen erheblich dazu bei, Armutsrisiken von Familien zu verringern. So läge das Armutsrisiko von Kindern ohne die Familienleistungen und Sozialtransfers doppelt so hoch wie heute. Dennoch gilt: Der beste Schutz vor Armut ist die Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Teilen sich Eltern die familiären Aufgaben und die Erwerbsarbeit, fördert das kurz- und langfristig die wirtschaftliche Stabilität der Familie. Fehlende oder geringe Erwerbstätigkeit ist die häufigste Ursache für Armutsgefährdung, Transferabhängigkeit und prekäre Lebenslagen. Familien, in denen niemand erwerbstätig ist, haben eine Armutsgefährdungsquote von 63 Prozent. Wenn zumindest ein Elternteil in Teilzeit erwerbstätig ist, sinkt die Quote auf 26,5 Prozent. Sind sogar beide Elternteile erwerbstätig, liegt das Armutsrisiko bei unter 5 Prozent.

Demgegenüber ist die Armutsgefährdung in Zweiverdienerhaushalten je nach Erwerbsumfang mit 4,1 Prozent (Vollzeit/Teilzeit) beziehungsweise 2,2 Prozent (beide Elternteile Vollzeit) besonders niedrig (Abb. 57). Erwerbstätigkeit ist somit der wichtigste Faktor für die Überwindung von Armutslagen. Dies gilt für die aktuelle Einkommenssituation genauso wie mit Blick auf die langfristige wirtschaftliche Absicherung von Familien.

Abbildung 57: Armutsrisikoquoten von Kindern nach Erwerbstätigkeit der Eltern, 2012



Quelle: eigene Berechnungen Prognos AG auf Basis SOEP v30, Erhebungsjahr 2013, Einkommen aus dem Jahr 2012

Der Anteil der armutsgefährdeten Kinder wird durch Sozialleistungen und Transfers insgesamt etwa halbiert.⁹⁸ Besonders effizient reduzieren der Kinderzuschlag, die Kinderbetreuung und der Unterhaltsvorschuss das Armutsrisiko von Familien. Durch den Kinderzuschlag wird das Armutsrisiko der Empfängerhaushalte um gut 15 Prozent reduziert.

Die Subventionierung der Kinderbetreuung senkt das Armutsrisiko bei Paarfamilien um 12 Prozentpunkte und bei Alleinerziehenden um 19 Prozentpunkte. Besonders wirksam ist die Kinderbetreuung deshalb, weil sie dabei hilft, dass Mütter arbeiten gehen können. Der Unterhaltsvorschuss bewirkt eine Reduzierung des Armutsrisikos der Empfängerhaushalte um 5,8 Prozent.⁹⁹

Die Familienleistungen unterstützen Eltern darin, die Kosten zu tragen, die ihnen durch Kinder entstehen. Leistungen mit einem großen Empfängerkreis und hohen Zahlbeträgen erreichen viele Familien und entfalten große Wirkungen. Sie ermöglichen es vielen Familien in Deutschland, unabhängig vom SGB II zu leben. So trägt das Kindergeld dazu bei, dass 1,26 Millionen Familien unabhängig vom SGB II leben, beim Kinderzuschlag sind es 110.000 Familien. Das Elterngeld reduziert das Armutsrisiko von jungen Familien um rund 10 Prozentpunkte im ersten Lebensjahr und vermeidet für rund 95.000 Familien den SGB-II-Bezug. Auch durch die Kinderbetreuung verringert sich das Armutsrisiko aller Familien mit Kindern bis zwölf Jahren deutlich um rund 7 Prozentpunkte.

⁹⁸ Daten von Eurostat, unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/>.

⁹⁹ Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 167, 189; ZEW (2013a): Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland, Endbericht. Gutachten für die Prognos AG, S. 71 f.

Insgesamt zeigt sich: Kurzfristig erhöhen alle betrachteten Leistungen das Einkommen der Empfängerhaushalte. Langfristig können jedoch vor allem die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung und das Ehegattensplitting zu Einkommensminderungen führen, weil verheiratete Mütter dadurch ihre Erwerbstätigkeit einschränken. In der Gesamtevaluation wird vor diesem Hintergrund empfohlen, die Effekte der Leistungen auf die Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen. Es werden verschiedene gesetzgeberische Gestaltungsmöglichkeiten beschrieben, um die richtige Balance aus Unterstützung und Anreizen zu finden.¹⁰⁰

Kindergeld ist wichtigste Leistung für Mehrkindfamilien

Die wichtigste Familienleistung für Mehrkindfamilien ist das Kindergeld. Es ist nach der Kinderzahl gestaffelt und steigt bereits ab dem dritten Kind an. Durch das Kindergeld haben insgesamt 360.000 Mehrkindfamilien ein Einkommen, das sie von Leistungen der Grundsicherung unabhängig macht. Zudem profitieren Mehrkindfamilien vor allem mit geringen Einkommen erheblich vom Kinderzuschlag. Er unterstützt ihre Erwerbstätigkeit. Ohne diese Leistung wären vier Prozent weniger Mütter und rund zwei Prozent weniger Väter aus Mehrkindfamilien erwerbstätig.

Zielgenaue Leistungen wirken gut

Leistungen wirken dann besonders gut, wenn sie zielgenau auf spezifische Lebenssituationen und Bedarfe von Familien zugeschnitten sind. So zeigt sich, dass der Kinderzuschlag zielsicher Familien mit geringen Einkommen und meist mehreren und jungen Kindern unterstützt und der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deren Erwerbstätigkeit unterstützt. Diese Leistungen wirken im Verhältnis zu den Kosten sehr effizient. Der Unterhaltsvorschuss bewahrt Alleinerziehende vor dem Bezug von SGB-II-Leistungen und senkt wirksam deren Armutsrisiko.

Kinderzuschlag unterstützt wirksam Familien mit geringem Einkommen

Der Kinderzuschlag hat sich als wirksame Unterstützung für Geringverdienerfamilien bewährt. Er richtet sich speziell an Familien, bei denen das Einkommen der Eltern zwar so hoch ist, dass sie ihren eigenen Grundsicherungsbedarf decken können, nicht aber den ihrer Kinder. Der Kinderzuschlag setzt auf das elterliche Erwerbseinkommen auf und entfaltet seine Wirkung gerade auch in Kombination mit weiteren Leistungen wie dem Kindergeld und dem Wohngeld. Mit bis zu 140 Euro je Kind pro Monat trägt der Kinderzuschlag zur wirtschaftlichen Stabilität der Familien im Niedrigeinkommensbereich bei und reduziert das Armutsrisiko unter den beziehenden Familien sowie die Zahl der von SGB-II-Leistungen abhängigen Haushalte. Seit seiner Einführung zum 01.01.2005 hilft der Kinderzuschlag Eltern, die aktiv einen Ausweg aus der Einkommensarmut suchen und aus dem Grundsicherungssystem des SGB II herauskommen wollen.

Im Jahr 2013 wurden durch den Kinderzuschlag etwa 105.000 Familien mit 279.000 Kindern erreicht. Dafür standen im Bundeshaushalt rund 352 Millionen Euro zur Verfügung. Der Kinderzuschlag wird am häufigsten von Elternpaaren bezogen, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Überwiegend ist dabei der Vater in Vollzeit erwerbstätig, während die Mutter nicht erwerbstätig ist.

¹⁰⁰ Prognos AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, S. 167, 189; ZEW (2013a): Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland, Endbericht. Gutachten für die Prognos AG, Kapitel 8.

Der Kinderzuschlag setzt positive Anreize zur Erwerbsaufnahme an der unteren Einkommensgrenze, tendenziell dagegen eher negative Anreize an den oberen Einkommensgrenzen. Denn die oberen Einkommensgrenzen bewirken, dass sich durch steigendes Bruttoeinkommen nach einer Abschmelzphase bei Erreichen dieser Grenzen das verfügbare Einkommen schlagartig verringert, häufig um 70 Euro pro Kind (sog. Abbruchkante). Nimmt ein Elternteil eine Beschäftigung auf oder weitet den Umfang der Beschäftigung aus, so kann dies also zum Wegfall des Kinderzuschlags und damit auch der Leistungen für Bildung und Teilhabe führen. Zusätzliches Erwerbseinkommen führt somit zur wirtschaftlichen Verschlechterung (niedrigeres verfügbares Einkommen). Dies widerspricht nicht nur dem Grundsatz, dass Leistung sich lohnen muss, sondern steht auch dem Ziel einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit entgegen, die dazu beitragen würde, insbesondere Mütter langfristig finanziell abzusichern und das kindliche Wohlergehen zu erhöhen.

Verbesserung der Familienleistungen

Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags hat die Bundesregierung ein Gesamtpaket zur Verbesserung von Familienleistungen auf den Weg gebracht.

Ausgangspunkt war die verfassungsrechtlich notwendige Erhöhung der steuerlichen Kinderfreibeträge. Sie steigen dieses Jahr auf 7.152 Euro und 2016 auf 7.248 Euro im Jahr. Da von den Freibeträgen Familien mit kleinen und mittleren Einkommen aber kaum profitieren, wird auch das Kindergeld entsprechend erhöht, 2015 um 4 Euro pro Monat und 2016 noch einmal um 2 Euro pro Monat und Kind. Mit der Erhöhung von Kindergeld und Freibeträgen werden alle Eltern entlastet. Darüber hinaus enthält das Gesetz aber noch zusätzliche Unterstützung für Familien mit besonderen Bedarfen: So steigt der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende rückwirkend zum 01.01.2015 um fast 50 Prozent, von 1.308 Euro auf 1.908 Euro pro Jahr. Zudem wird eine Staffelung ab dem 2. Kind mit zusätzlich 240 Euro pro weiteren Kind neu eingeführt. Dadurch erhalten Alleinerziehende mehr Netto vom Brutto. Weiterhin werden auch Familien mit geringen Einkommen stärker unterstützt. Denn ab dem 01.07.2016 steigt der Kinderzuschlag von 140 auf 160 Euro pro Monat und Kind.

Mit diesem Gesamtpaket folgt die Bundesregierung den Hinweisen aus der Gesamtevaluation, denn diese hatte gerade den Kinderzuschlag und den Entlastungsbetrag als besonders effiziente Leistungen zur passgenauen Unterstützung von Familien identifiziert. Deshalb sind Erhöhungen hier besonders gut angelegt.

4.3 Wirkungen der ehe- und familienbezogenen Leistungen: Erfüllung von Kinderwünschen

Für die Erfüllung von Kinderwünschen können die ehe- und familienbezogenen Leistungen die passenden Rahmenbedingungen geben und Symbolwirkung entfalten. Dabei wirken sich Leistungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, positiv auf die Erfüllung von Kinderwünschen aus – wie die Subventionierung der Kinderbetreuung und in geringerem Maße die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung.

Staatliche Leistungen, die Eltern verlässlich absichern, können ebenfalls die Erfüllung von Kinderwünschen fördern. Dazu gehören das Kindergeld, das für viele Jahre gezahlt wird, und das Elterngeld, das nach der Geburt den Einkommensausfall der Eltern kompensiert. Das Elterngeld wirkt sich im Vergleich zum Erziehungsgeld stärker positiv auf die Geburten aus. Besonderes Augenmerk verdienen dabei die Vätermonate im Elterngeld: Hier zeigen auch internationale Erfahrungen, dass exklusiv Vätern vorbehaltene Elterngeldmonate Kinderwünsche von Frauen und von Männern positiv beeinflussen.¹⁰¹ Durch das größere Partnerengagement verbessert sich für die Mütter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und die Väter empfinden die Zeit mit ihren Kindern als gewinnbringend.¹⁰² Alle anderen Leistungen, z. B. Ehegattensplitting oder die beitragsfreie Mitversicherung der Familienmitglieder, haben keine oder nur geringfügige Auswirkungen auf die Geburten.

4.4 Familienleistungen im Überblick: das Leistungstableau

Die Bundesregierung bietet Familien – neben den Ländern und Kommunen – eine Vielzahl staatlicher Leistungen. Diese sind entweder als eigenständige Leistungen für Familien ausgestaltet oder berücksichtigen als Komponente von allgemeinen staatlichen Leistungen die familiäre Lebenssituation der Leistungsberechtigten. Die Ausgestaltung als Familienkomponente in anderen Leistungen ist der weitaus häufigere Fall.

Das Bundesfamilienministerium erstellt in Zusammenarbeit mit den anderen für die unterschiedlichen Leistungen zuständigen Ministerien der Bundesregierung eine Übersicht über die verschiedenen ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen. Dieses Leistungstableau enthält nur Regelungen, die auf Bundesgesetze zurückgehen. Es ist stark nach der gesetzlichen Fundstelle strukturiert und weist zudem – wo es möglich ist – den mit einer Leistung verbundenen fiskalischen Aufwand aus. Die klare Ausrichtung an der gesetzlichen Fundstelle bildet die Grundlage, um verschiedene, dann eher thematisch orientierte Zusammenstellungen der Leistungen vorzunehmen. Eine der wichtigsten Unterscheidungen ist die Differenzierung zwischen familienbezogenen Leistungen, die grundsätzlich am Vorhandensein von Kindern anknüpfen, und ehebezogenen Regelungen, die unabhängig von Kindern an die Voraussetzung von Ehe oder Lebenspartnerschaft gebunden sind.

Mit seiner Erfassung von einzelnen Leistungskomponenten und gesetzlichen Fundstellen bietet das Leistungstableau eine sehr differenzierte Übersicht über die Familienleistungen. In der Folge ergibt sich eine große Anzahl von Familienleistungen – viel größer, als sie der Bevölkerung gemeinhin vor Augen steht.

Für das Jahr 2012 zählt das Leistungstableau insgesamt 150 familienbezogene Leistungen oder gesetzliche Fundstellen im Wert von 128,9 Mrd. Euro. Die Nennung von Leistungen und gesetzlichen Fundstellen ist deshalb so wichtig, weil einerseits einzelne, unterscheidbare Leistungen in einer gesetzlichen Fundstelle gemeinsam erscheinen und andererseits ihrer Art nach

101 ZEW et al. (2014): Evaluation der Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen auf die Erfüllung von Kinderwünschen, S. 202.

102 ZEW et al. (2014): Evaluation der Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen auf die Erfüllung von Kinderwünschen, S. 202.

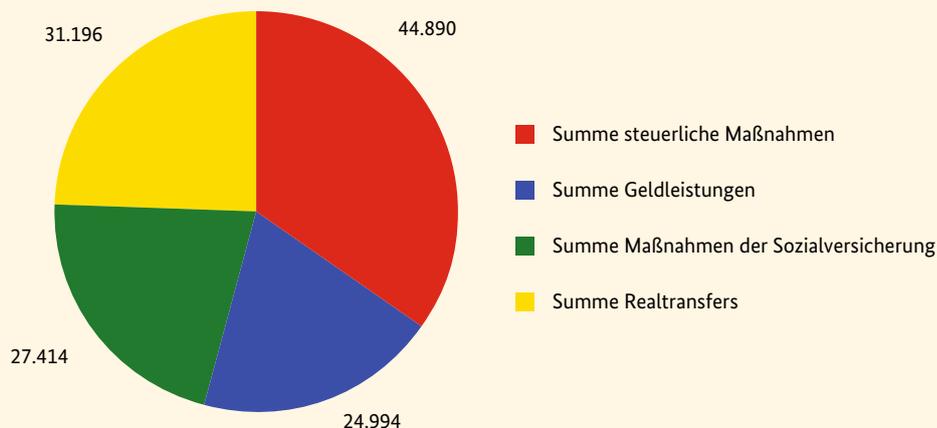
identische Leistungen über unterschiedliche Gesetze bewirkt werden. Als Beispiel für den ersten Fall – unterschiedliche Leistungen in einer gesetzlichen Grundlage – können der steuerliche Freibetrag für das sächliche Existenzminimum eines Kindes und der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes angeführt werden, die beide im § 32 Absatz 6 des Einkommensteuergesetzes genannt werden. Als Beispiel für den zweiten Fall – grundsätzlich identische Leistung in unterschiedlichen Gesetzen – kann das Bildungs- und Teilhabepaket angeführt werden, das Kinder in der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II, Kinder in der Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII und Kinder im Kinderzuschlag oder Wohngeld nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten.

Die familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen, die auf Bundesgesetze zurückgehen, lassen sich in vier große Blöcke einteilen: in steuerliche Leistungen und Maßnahmen, in Leistungen der Sozialversicherungen, in Geldleistungen sowie Sach- und Dienstleistungen (Realtransfers) (Abb. 58).

Abbildung 58: Finanztableau der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen, 2012

Finanztableau der familienbezogenen Leistungen, 2012

gesamt 128.494 Mio. Euro



Quelle: eigene Darstellung BMFSFJ

Zusätzlich zu den familienbezogenen Leistungen weist das Leistungstableau auch die ehebezogenen Leistungen separat aus. Diese erreichten im Jahr 2012 ein fiskalisches Volumen von 73,6 Mrd. Euro. Den größten Anteil daran haben die Witwen- und Witwerrenten mit rund 38,5 Mrd. Euro, gefolgt vom Ehegattensplitting mit 20,4 Mrd. Euro und der beitragsfreien Mitversicherung von nicht erwerbstätigen Ehegatten mit rund 10,0 Mrd. Euro.

V.

Wohlergehen von Familien: Zukunftschancen für Eltern und Kinder

5.1 Ziel moderner Familienpolitik – Wohlergehen von Familien

Der Diskurs über die Ziele und die Umsteuerung zu einer nachhaltigen Familienpolitik als einem Dreiklang von Geld, Zeit und Infrastruktur haben bewirkt, dass auch das Wohlergehen von Familien in der Bewertung von Familienpolitik an Bedeutung gewinnt. Ziele nachhaltiger Familienpolitik sind wirtschaftliche Stabilität von Familien, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter, die Erfüllung von Kinderwünschen sowie gute Entwicklungschancen von Kindern. Familienpolitik will das Wohlergehen von Familien stärken.

Im Rahmen der Gesamtevaluation wurden daher nicht nur die Wirkungen familienbezogener Leistungen auf die wirtschaftliche Stabilität von Familien und auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf untersucht, sondern auch das Wohlergehen und die gute Entwicklung von Kindern waren zentrale Untersuchungsfelder. Im Modul „Wohlergehen von Kindern“ wurden hierfür neue Konzepte zur Erfassung und Messung des Wohlergehens von Kindern erarbeitet. Mit der Betonung des Wohlergehens von Kindern werden die bisherigen Begründungen und Zielsetzungen der Familienpolitik ergänzt.

Die verschiedenen Aspekte des individuellen und gesellschaftlichen Wohlergehens haben in den letzten Jahren sowohl in der deutschen Politik wie auch in internationalen Diskussionen enorm an Bedeutung gewonnen. Politik, Wissenschaft und Forschung betonen zunehmend, dass es bei der Messung von Wohlergehen, Wohlstand und Wachstum wichtig ist, über rein materielle Messgrößen wie beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinauszugehen.

In Wissenschaft, Forschung und Politik werden die Begriffe des Wohlergehens oft nicht klar von anderen Begriffen wie Wohlbefinden, Wohlfahrt, Wohlstand, Lebensqualität oder Lebenszufriedenheit abgegrenzt. In der Folge kommt es häufig zu einer Vermischung oder synonymen Verwendung der Begriffe. Wohlergehen bemisst sich deshalb an sehr unterschiedlichen Kriterien. Materielles Wohlergehen/Wohlstand, immaterielles Wohlergehen (wie Bildung, Gesundheit) und subjektives persönliches Wohlbefinden (z. B. Lebenszufriedenheit) sind wesentliche Elemente.

Das Konzept der Lebensqualität umfasst – ebenso wie das Konzept des Wohlergehens – objektive Faktoren, welche die Lebensbedingungen einer Gesellschaft beschreiben. Ein zentraler Faktor ist der materielle Wohlstand, aber auch weitere Faktoren wie etwa Gesundheit, Bildung, sozialer Status etc. werden einbezogen. Diese objektiven Faktoren lassen sich über statistische Daten erfassen, die gesellschaftliche Durchschnittswerte abbilden. Sie werden mit der direkt

erfassten individuellen Lebenszufriedenheit und dem Glücksempfinden in Beziehung gesetzt. Lebensqualitätsansätze entwickelten sich somit als Konzepte zur Messung sozialpolitischer Entwicklungen und Erfolge im Wohlfahrtsstaat. Lebensqualität ist damit ein multidimensionales Konzept, das materielle wie nichtmaterielle Aspekte, objektiv wie subjektiv messbare Faktoren berücksichtigt. All diese Merkmale werden auch im Zusammenhang mit Wohlergehenkonzepten diskutiert. Insofern gibt es zwischen beiden Konzepten enge Überschneidungen oder sie werden sogar als inhaltsgleich angesehen und synonym verwendet.¹⁰³

Lebensqualität und Wohlergehen können somit beide als Ansätze verstanden werden, die klassische, auf materiellen Wohlstand beschränkte Konzepte überwinden und um weitere Dimensionen erweitern. Im neuen Dossier „Wohlergehen von Familien“ werden hierzu erstmals der Stand der Forschung zusammengefasst und neue Grundlagen dafür gelegt, Mütter, Väter und Kinder in ihren Wünschen und Bedürfnissen gemeinsam zu betrachten.¹⁰⁴

5.2 Wohlergehen und Lebensqualität von Eltern

Eine Dimension des Wohlergehens ist Lebenszufriedenheit. Auch Lebenszufriedenheit ist wiederum von vielen Aspekten beeinflusst. Erwerbstätigkeit, Einkommen und Vermögen sind wichtige Aspekte, aber auch, wie sich Eltern Aufgaben in Familie und Beruf teilen und dass Kinder gute Entwicklungsmöglichkeiten haben. Vollzeitwerbstätige Mütter haben eine geringere Lebenszufriedenheit als teilzeitbeschäftigte oder nicht erwerbstätige Mütter. Grund dafür scheint eine nicht ausreichende Entlastung der Mütter durch ihren Partner bei der Kinderbetreuung zu sein. Die Folge ist ein höheres Stressempfinden und eine geringere Zufriedenheit mit dem Familienleben.¹⁰⁵

In Großbritannien und USA stärkt eine stärkere Beteiligung des Vaters an der Kinderbetreuung die Stabilität von Partnerschaften und verringert die Scheidungsrate. In Schweden bekommen Paare seltener weitere Kinder, wenn bei ihnen die Einstellungen und die tatsächliche Aufteilung von Kinderbetreuung und Hausarbeit auseinanderfallen.¹⁰⁶ Eine aktive Beteiligung der Väter kann dazu führen, dass Mütter ihre Elternrolle besser wahrnehmen können. So sind Mütter, die bei der Kindererziehung aktiv durch die Väter unterstützt werden, z. B. geduldiger, flexibler und emotional zugänglicher sowie sensibler für die Bedürfnisse ihrer Kinder. Dies erhöht tendenziell die Qualität der Mutter-Kind-Beziehung und trägt damit zur kognitiven und emotionalen Entwicklung der Kinder bei. Ein hohes Engagement des Vaters bei der Kindererziehung fördert zudem tendenziell die Ehestabilität und Zufriedenheit der Eltern mit der Beziehung.¹⁰⁷

103 So werden etwa von der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission „Well-Being“ und „Quality of Life“ synonym verwendet. Auch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ nimmt keine klare Trennung zwischen beiden Begriffen vor.

104 BMFSFJ (2015): Dossier „Wohlergehen von Familien“.

105 DIW (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen beider Partner. Politikberatung kompakt, Berlin.

106 Schober (2014): Gender Equality and Outsourcing of Domestic Work, Childbearing and Relationship Stability among British Couples. *Journal of Family Issues* 34, S. 25–52.

107 Allen, S. M./Daly, K. J. (2007): The effects of father involvement: An updated research summary of the evidence. Centre for Families, Work & Well-Being, University of Guelph.

Auch die Erwerbstätigkeit der Mütter und Väter hat einen Einfluss auf das Wohlergehen der Familienmitglieder. Dabei spielt nicht nur eine Rolle, ob überhaupt eine Erwerbsarbeit ausgeübt wird, sondern auch, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird. Ob eine Erwerbstätigkeit sich positiv oder negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirkt, hängt dabei auch von persönlichen und familiären Faktoren und der Erwerbskonstellation im Haushalt ab.¹⁰⁸

81 Prozent der Eltern bezeichnen ihre Lebensqualität als sehr gut bzw. gut. Die Mehrheit der Eltern hat dabei klare Vorstellungen, was die Lebensqualität von Familien verbessern könnte. Für 68 Prozent der Mütter und 54 Prozent der Väter ist eine gute Vereinbarkeit eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität.¹⁰⁹

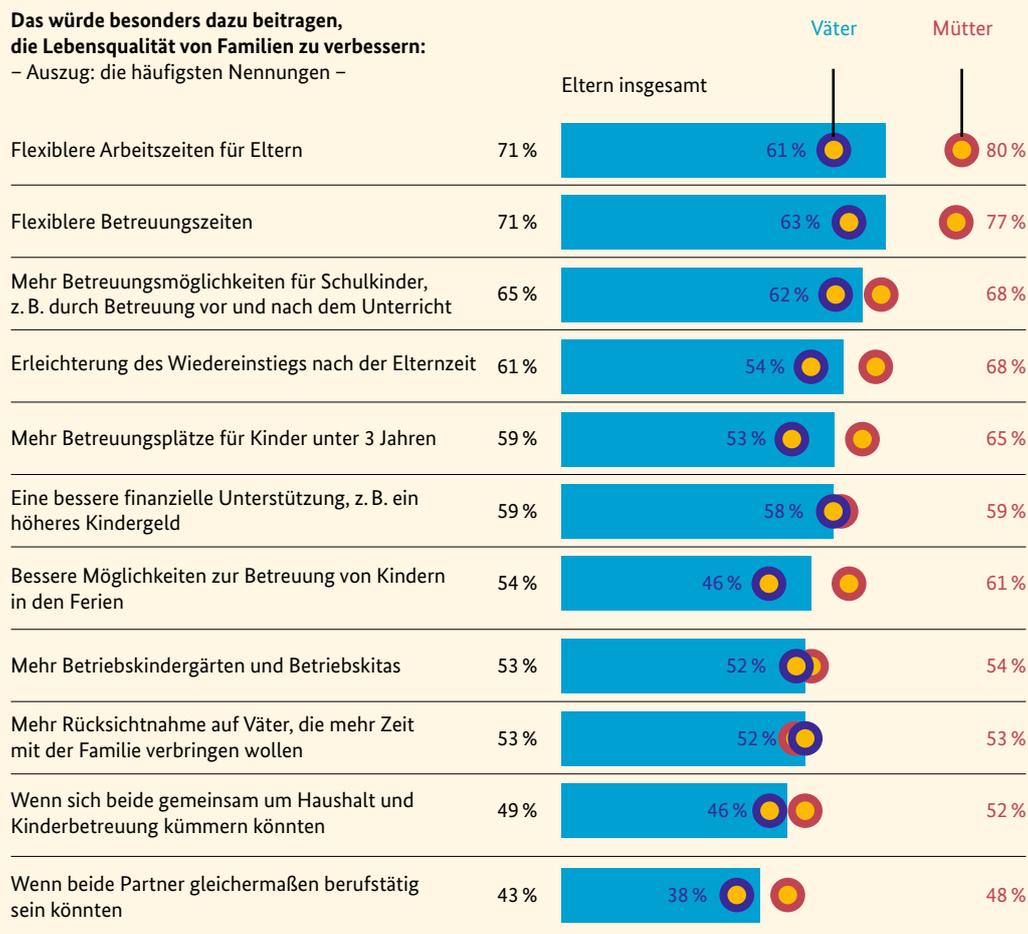
Dazu gehören für viele Eltern Maßnahmen wie beispielsweise flexible Arbeits- und Betreuungszeiten, aber auch Betreuungsmöglichkeiten vor und nach dem Unterricht und in Rand- und Ferienzeiten (Abb. 59). Im Vergleich zum Vorjahr hat dabei vor allem die Bedeutung der flexiblen Betreuungszeiten für gute Lebensqualität zugenommen. 2014 fanden 71 Prozent der Eltern, dass flexible Betreuungszeiten zur Lebensqualität beitragen – 2013 waren es noch 62 Prozent.¹¹⁰

108 Zum Beispiel Lauber, Verena et al. (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellationen beider Partner. Ausgewählte Ergebnisse auf Basis der FiD-Daten („Familien in Deutschland“); DIW Berlin: Politikberatung kompakt 88, S. 1–2, 6, 73–82. Online verfügbar unter: http://diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.487738.de/diwkompakt_2014-088.pdf und Heineck, Guido/Wunder, Christoph (2013): Working time preferences, hours mismatch and well-being of couples: Are there spillovers? Labour Economics 24, Nr. October 2013, S. 244–252.

109 IfD Allensbach 2014, Allensbacher Archiv.

110 Vgl. IfD Allensbach (2013): Monitor Familienleben 2013.

Abbildung 59: Was die Lebensqualität von Familien verbessert, 2014



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Eltern mit Kindern unter 18 Jahren

Quelle: IfD Allensbach, Allensbacher Archiv

5.3 Wohlergehen von Kindern

Im Rahmen der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen wurden in zwei Studien für Deutschland erstmalig die Entwicklung der Kinder und der Einfluss der Leistungen auf deren Wohlergehen untersucht.¹¹¹ Ermittelt wurde der Einfluss des familialen Hintergrunds und der Nutzung von Kinderbetreuung sowie anderer Familienleistungen auf das Wohlergehen von Kindern. Wohlergehen wird dabei verstanden als positive Entwicklung von Kindern. Gemessen wird dies an den entwicklungspsychologischen Skalen, die altersspezifisch im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) sowie in der Ergänzungsstudie „Familie in Deutschland“ des SOEP bei Kindern bis zehn Jahren abgefragt werden. Die Entwicklung der Kinder wurde in den verschiedenen Dimensionen analysiert und relevante Einflüsse identifiziert.

111 Quellen: DIW (Hrsg.) (2013): Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern. Politikberatung kompakt Nr. 73, Berlin; Schölmerich, Axel/Agache, Alexandru/Leyendecker, Birgit/Ott, Notburga/Werding, Martin (2013): Endbericht des Moduls „Wohlergehen von Kindern“, Bochum, S. 131 f., online unter <http://aktuell.rub.de/mam/content/studie-wohlergehen.pdf>.

Ressourcen der Eltern sind entscheidend – nicht Familienform

Die Gesamtevaluation hat gezeigt, dass das Wohlergehen von Kindern vom Bildungsniveau der Eltern, der Zufriedenheit mit der Wohnung und der Lebenszufriedenheit der Mütter beeinflusst wird. Der Gesundheitszustand spielt zudem eine wichtige Rolle. Die Höhe des Einkommens von Familien an sich hat keinen signifikanten Einfluss auf das Wohlergehen von Kindern. Allerdings haben Kinder in armutsgefährdeten Familien ein signifikant geringeres Wohlergehen als in Familien ohne Armutsrisiko.

Werden diese Faktoren berücksichtigt, so hat die Familienkonstellation, in welcher die Kinder aufwachsen – ob die Eltern alleinerziehend sind oder einen Migrationshintergrund haben –, nur noch einen sehr geringen Einfluss auf das Wohlergehen von Kindern.¹¹² Das bedeutet: Kinder von Alleinerziehenden oder aus Familien mit Migrationshintergrund entwickeln sich ebenso gut wie Kinder aus Paarfamilien oder ohne Migrationshintergrund, wenn die Eltern die entsprechenden materiellen oder Bildungsressourcen haben.

Familienleistungen, die das Armutsrisiko von Familien reduzieren, wirken sich indirekt positiv auf das Wohlergehen von Kindern aus. Dies sind vor allem das Kindergeld, die Leistungen für Geringverdienende (SGB II, Wohngeld und der Kinderzuschlag) und das Elterngeld im ersten Lebensjahr. Das Elterngeld hat in mehrfacher Hinsicht positive Wirkungen auf das kindliche Wohlergehen. Es stärkt nicht nur die Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung mit den bereits beschriebenen Effekten auf die kindliche Entwicklung. Der Vergleich von Elterngeld und Erziehungsgeld zeigte zudem, dass Kinder im Elterngeld im Alter von zwei bis drei Jahren auch höhere Alltagsfertigkeiten haben.

Kinderbetreuung wirkt sich positiv auf das Wohlergehen aus

Wenn Kinder eine Kindertagesbetreuung nutzen, hat dies direkte positive Effekte auf ihre Entwicklung und ihr Wohlergehen. Besonders stark profitieren Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, aus Familien mit geringem Einkommen oder geringem Bildungsniveau von Kinderbetreuung. Kinder, die im Alter von zwei bis drei Jahren eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind in ihrem adaptiven Verhalten weiter entwickelt als Kinder, die noch keine Einrichtung besuchen. Sie haben höhere sprachliche, motorische und soziale Fähigkeiten wie auch weiter entwickelte Alltagsfertigkeiten. Mittelfristig lässt sich nachweisen, dass Schulkinder in ihrem sozio-emotionalen Verhalten stärker gefestigt sind, je früher sie eine Kindertageseinrichtung besucht haben. Langfristig zeigen sich ebenfalls positive Zusammenhänge zwischen der Dauer der frühkindlichen Betreuung und den kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten von Jugendlichen.

Kinderbetreuung hat zudem eine Schutzfunktion: Negative Effekte auf das Wohlergehen der Kinder können vermindert oder ganz vermieden werden, wenn die Kinder Kindertagesbetreuung nutzen. Entsprechend wirken sich die ehe- und familienbezogenen Leistungen, die die Nutzung von Kinderbetreuung fördern, indirekt positiv auf das Wohlergehen der Kinder aus. Dies sind neben der Subventionierung der Kinderbetreuung auch die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und der Entlastungsbetrag von Alleinerziehenden.

¹¹² RUB (2013): Endbericht des Moduls „Wohlergehen von Kindern“ für die Geschäftsstelle Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland, Bochum.

Als problematisch kann vor diesem Hintergrund gelten, dass Kinder aus Familien mit weniger gebildeten Eltern die Angebote öffentlicher Kinderbetreuung seltener nutzen als Kinder höher qualifizierter Eltern. Aktuelle Studienergebnisse zeigen, dass das Betreuungsgeld diesen Effekt noch verstärkt: Der Anteil derjenigen Eltern, die aufgrund des Betreuungsgelds keine öffentliche Kinderbetreuung nutzen wollten, ist bei geringqualifizierten Eltern und bei Familien mit Migrationshintergrund höher als beim Durchschnitt der Bevölkerung.¹¹³ Insbesondere weil Kinderbetreuung nachweislich auch sozial ausgleichend wirken kann, wenn das Elternhaus geringere Entwicklungsmöglichkeiten bietet, ist der Zugang zu Betreuungsmöglichkeiten besonders wichtig.

Auch ein Zusammenhang zwischen der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie der sozialen Lage der Familien lässt sich nachweisen.¹¹⁴ Die gesundheitliche Entwicklung von Kindern hängt mit dem Einkommen und dem Bildungsstand der Eltern zusammen. Es zeigen sich große Unterschiede beispielsweise beim Übergewicht, aber auch bei der Anfälligkeit für psychische Probleme und Entwicklungsstörungen. Die KiGGS-Studien gehen davon aus, dass ein Teil der Faktoren sozialer Herkunft im Rahmen von Kinderbetreuung und Schule kompensiert werden kann. Wichtig sei es, insbesondere den Zugang zu Sportmöglichkeiten in der Freizeit zu verbessern und die Kursgebühren niedrig zu halten.

Unterschiede in der subjektiven Lebenszufriedenheit von Kindern

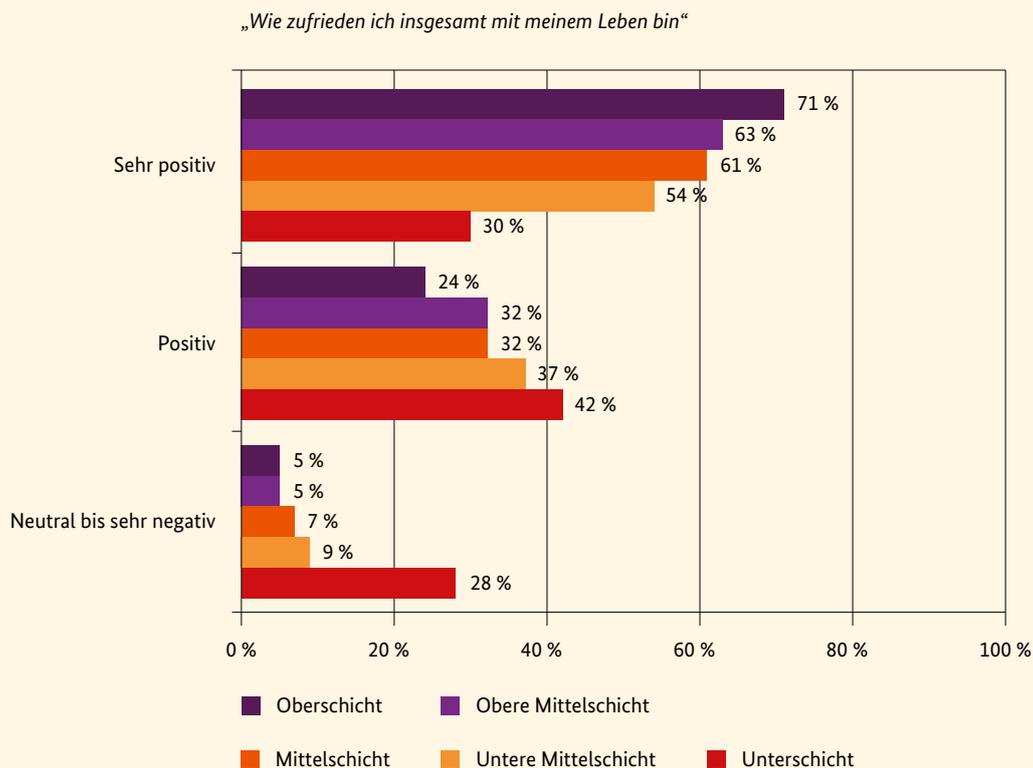
Eine Dimension, die im Rahmen der oben genannten Wohlergehensstudien nicht untersucht werden konnte, ist die subjektive Lebenszufriedenheit von Kindern. Einige Studien zeigen deutlich, dass die Lebenszufriedenheit der Kinder in Deutschland wie auch viele weitere Dimensionen des Wohlergehens sich nach der sozialen Lage der Familien unterscheiden. Die World-Vision-Studie¹¹⁵, die im Jahr 2013 Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren befragt hat, stellt etwa fest, dass Kinder in der Oberschicht zu 71 Prozent mit ihrem Leben sehr zufrieden sind, in der Unterschicht aber nur mit 30 Prozent. Kinder der Mittelschicht sind mit 61 Prozent sehr zufrieden mit ihrem Leben (Abb. 60).

113 DJI/TU Dortmund (2014): Kommunale Bedarfserhebungen. Der regionalspezifische Betreuungsbedarf U3 und seine Bedingungsfaktoren.

114 Robert Koch-Institut (2013): Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

115 World Vision e. V. (2013): Kinder in Deutschland 2013, Weinheim.

Abbildung 60: Nicht alle Kinder sind gleich zufrieden mit ihrem Leben, in Prozent



Basis: Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren in Deutschland

Quelle: World Vision Kinderstudie 2013

Gesellschaftliche Ungleichheiten werden bereits von den Kindern sensibel wahrgenommen; 42 Prozent der Kinder sagen, mit „armen Menschen“ würde in Deutschland eher ungerecht umgegangen; dies ist die größte Nennung bei allen Gruppen. Etwa jedes fünfte Mädchen und etwa jedes fünfte Kind mit Migrationshintergrund fühlen sich selbst benachteiligt. Insgesamt 24 Prozent der Kinder nehmen wahr, dass ihre Familie sich finanziell einschränken muss. 69 Prozent der Kinder berichten keine finanziellen Einschränkungen. Der Anteil dieser „ausreichend versorgten“ Kinder ist im Vergleich zwischen 2010 und 2013 angestiegen.

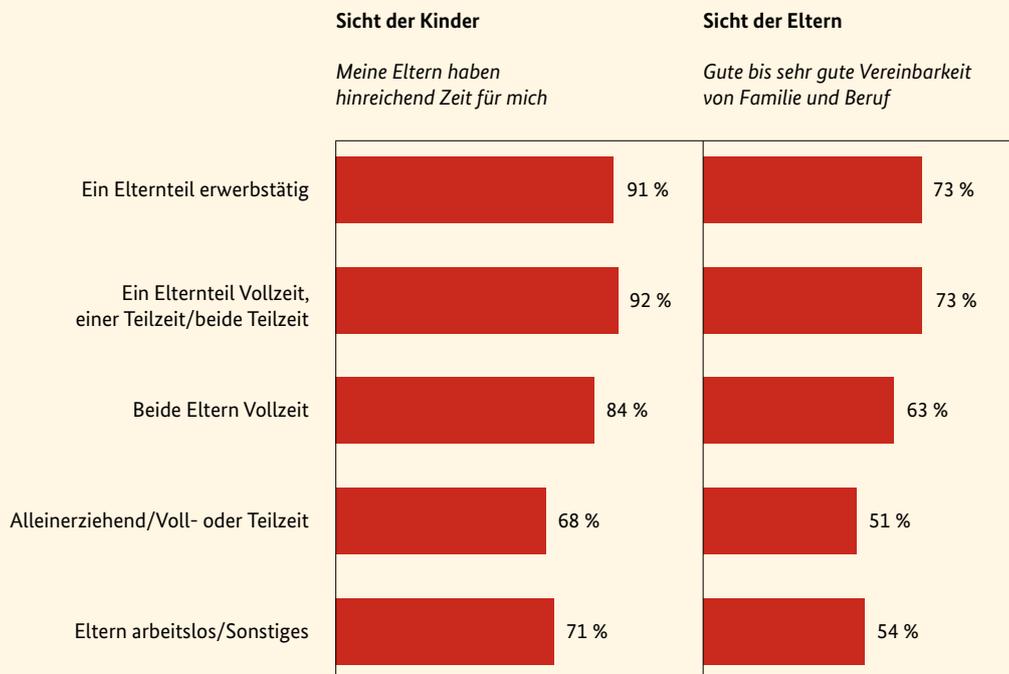
Erwerbstätigkeit der Eltern ist Indikator für Zufriedenheit von Kindern

Insgesamt zeigt sich, dass die von Kindern wahrgenommene Geldknappheit der Familien stark mit der Erwerbstätigkeit beider Eltern zusammenhängt. Arbeitet nur ein Elternteil, so berichten 18 Prozent von finanziellen Einschränkungen; wenn beide Eltern arbeiten, sind es nur etwa 10 Prozent. Die Kinder von Alleinerziehenden berichten sogar, wenn diese erwerbstätig sind, zu 30 Prozent von materiellen Einschränkungen. Und wenn die Eltern arbeitslos sind, nimmt über die Hälfte der Kinder finanzielle Einschränkungen wahr.

Grundsätzlich sind die Kinder mit der zeitlichen Zuwendung ihrer Eltern zufrieden (Abb. 61). Die Zufriedenheit variiert mit der Erwerbstätigkeit der Eltern. Aber selbst wenn beide Eltern arbeiten, haben die Kinder den Eindruck, dass die Eltern hinreichend Zeit für sie haben. Darin unterscheiden sie sich nicht von den Kindern, bei denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Unzufriedener mit der gemeinsamen Zeit sind Kinder von erwerbstätigen Alleinerziehenden

und fast genauso viele Kinder, deren Eltern arbeitslos sind. Doch auch hier sagen die Kinder mehrheitlich, dass ihre Eltern hinreichend Zeit haben (68 Prozent und 71 Prozent).

Abbildung 61: Erwerbsbeteiligung der Eltern lässt sich mit verlässlicher Zuwendung vereinbaren. Das sagen Kinder und Eltern, in Prozent



Basis: Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren in Deutschland und ihre Eltern

Quelle: World Vision Kinderstudie 2013

Kinder entwickeln sich am besten, wenn es der Familie insgesamt gut geht

Das Wohlergehen von Kindern wird signifikant durch die Lebenszufriedenheit der Mutter bestimmt. Und auch ein stärkeres Engagement des Vaters bei der Kinderbetreuung führt zu mehr Lebenszufriedenheit der Mütter und stärkt die kindliche Entwicklung.

Eine aktive Beteiligung der Väter an der Erziehung ihrer Kinder, z. B. festgemacht an einer aktiven Beteiligung an Pflege- und Erziehungstätigkeiten oder einem intensiven Vater-Kind-Verhältnis, hat positive Effekte auf verschiedene Bereiche der kindlichen Entwicklung. Solche positiven Effekte wurden zum Beispiel nachgewiesen in Bezug auf die kognitive¹¹⁶ und sprachliche¹¹⁷ Entwicklung, auf die Schulleistungen¹¹⁸ sowie auf die sozialen und emotionalen Fähigkeiten der Kinder.¹¹⁹

116 Siehe z. B.: Huerta, M. et al. (2013): Fathers' Leave, Fathers' Involvement and Child Development: Are They Related? Evidence from four OECD Countries. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 140, OECD Publishing.

117 Siehe z. B.: Tamis-LeMonda, C.S./Cabrera, N.J./Baumwell, L. (2013): Fathers' role in children's language development, in: Cabrera, Natasha J./Tamis-LeMonda, Catherine S.: Handbook of Father Involvement: multidisciplinary perspectives, 2nd ed. New York: Routledge.

118 Coley, Rebekah Levine/Lewin-Bizan, Selva/Carrano, Jennifer (2011): Does Early Paternal Parenting Promote Low-Income Children's Long-Term Cognitive Skills?, in: Journal of Family Issues, Volume: 32, Issue: 11.

119 Snarey, J. R. (1993): How fathers care for the next generation: A four-decade study. Harvard University Press.

5.4 Familie als ersten Bildungsort unterstützen

Das Wohlergehen von Kindern wird neben der materiellen Versorgung im Elternhaus durch die gesellschaftlichen und individuellen Teilhabechancen bestimmt, die sich Kindern bieten und die zu realisieren sie in der Lage sind. Bildung gilt dabei als eine wesentliche Dimension von Teilhabe.¹²⁰

Damit sich Bildungsverläufe positiv entwickeln können, müssen die familiäre Sozialisation einerseits und die bildungspolitischen Angebote andererseits wirksam ineinandergreifen. Neben Familienbildung, Kinderbetreuung und Schule stellt die Familie den zentralen Ort für die Entwicklung, Betreuung und Bildung von Kindern dar. Forschungsergebnisse belegen, dass für Kinder besonders die Erfahrungen prägend sind, die in der frühen Kindheit in der Familie gesammelt werden.¹²¹ Eltern sind für ihre Kinder die ersten Interaktionspartner, aber sie stellen auch ein förderliches Lernumfeld bereit und eröffnen ihren Kindern den Zugang zur außerfamiliären Welt.¹²² Für die intellektuelle und sozial-emotionale Entwicklung eines Kindes werden bereits in der Zeit vor Schuleintritt nachhaltig wirkende Grundlagen gelegt,¹²³ sodass Familie als erster Bildungsort von Kindern gelten kann. Familie sowie öffentliche Einrichtungen und Angebote ergänzen sich somit einander und stellen einen wertvollen Beitrag für die Zukunft der nachwachsenden Generation dar.¹²⁴

Herkunft von Kindern entscheidet noch immer über Teilhabechancen

Zahlreiche Studien belegen zudem den engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft von Kindern und ihren Bildungs-, Berufs- und Teilhabechancen in der Gesellschaft.¹²⁵ Familien in sozioökonomischen Risikolagen oder mit geringem Bildungsniveau der Eltern haben es demnach schwerer, die Kompetenzentwicklung ihrer Kinder altersgerecht zu begleiten und eine förderliche Lernumgebung zu schaffen.

Öffentliche Einrichtungen können dies zwar teilweise kompensieren, es sind jedoch darüber hinaus Angebote zu einem früheren Zeitpunkt erforderlich, die Familien direkt erreichen und Lebens- und Bildungschancen für benachteiligte Herkunftsmilieus erweitern. Mit einer qualifizierten Bildungsbegleitung und Beratung sollen Eltern daher dabei unterstützt werden, dass sie sich bei der frühen Förderung ihrer Kinder kompetent fühlen. Forschungsergebnisse aus Bildungssoziologie, Pädagogik und Ökonomie weisen darauf hin, dass eine frühe Familienbegleitung durch Vertrauenspersonen für eine nachhaltige Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe zielführend ist. Neben ihrem Beitrag zur Angleichung von Bildungschancen¹²⁶ und

120 Vgl. BMAS (2013): Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

121 Die erste nationale Untersuchung zur Qualität der Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit (NUBBEK 2012) bestätigt im Vergleich mit außerfamiliärer Betreuung den prägenden Einfluss der Familie auf den Bildungs- und Entwicklungsstand von Kindern, s. www.nubbek.de

122 Vgl. Schneewind, Klaus A. (2008): Sozialisation in der Familie, in: Hurrelmann/Grundmann/Walper (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung, Weinheim, S. 256–273.

123 Vgl. z. B. Viernickel, Susanne/Simoni, Heidi (2008): Frühkindliche Erziehung und Bildung, in: Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) (Hrsg.): Familien – Erziehung – Bildung, Bern, S. 22–32.

124 Vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2010): Familie als Ort von Bildung, Erziehung und Betreuung, in: BMFSFJ (Hrsg.): Familie – Wissenschaft – Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik, Berlin, S. 140.

125 Vgl. BMFSFJ (2012): Bildungsbegleitung in der Eltern- und Familienbildung, Berlin, s. www.elternchance.de

126 Vgl. z. B. Allmendinger, Jutta (2012): Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden, München, Büchner, Peter (2013): Familie, soziales Milieu und Bildungsverläufe von Kindern, in: Correll/Lepperhoff (Hrsg.): Frühe Bildung in der Familie. Perspektiven der Familienbildung, Weinheim und Basel, S. 46–57.

zur Fokussierung der frühen Kindheit als bedeutsame Phase für Bildungsprozesse¹²⁷ ist auch der Aspekt der positiven Kosten-Nutzen-Bilanz früher Förderung belegt.¹²⁸

5.4.1 Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“

Das Programm „Elternchance ist Kinderchance“ greift die starke Verschränkung von familialem und bildungsinstitutionellem Lernen auf und stärkt Familien in ihren Kompetenzen, damit sie ein lernförderliches Klima schaffen und Bildungsanregungen vermitteln können. Die Ausgangsbedingungen in Familien werden dabei nicht unter der Perspektive der Bildungsbenachteiligung, sondern vor dem Hintergrund der Befähigung betrachtet. Dem liegt ein weit gefasster Bildungsbegriff zugrunde: Familien können nicht nur die Voraussetzungen für formale Bildung und Bildungsentscheidungen verbessern, sondern vor allem auch Bildungsprozesse im Alltag stärken. Internationale Studien zeigen, dass die Qualität der häuslichen Lernumgebung nicht zuletzt den Schulerfolg entscheidend mitprägt.¹²⁹

Insbesondere Bildungsübergänge von der Familie in die erste außerhäusliche Betreuung sowie der Wechsel in die Grundschule stellen für jede Familie Phasen dar, die durch einen hohen Bedarf an Orientierung gekennzeichnet sind.

Zudem erleben Eltern, dass mit dem Wandel der Arbeitsgesellschaft zur Wissensgesellschaft formale Bildungsabschlüsse als Bildungsnachweis und als Beschäftigungsvoraussetzung nicht ausreichen. Soziale, emotionale und motivationale Kompetenzen werden immer wichtiger, damit gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden kann. Dabei wirken Eltern indirekt darauf ein, welcher Stellenwert Bildung, Wissensdrang und Motivation zugemessen wird, und sind Vorbilder für ihre Kinder von klein auf. Elterliches Wissen zur Bedeutung und Gestaltung früher Förderung ist somit entscheidend für die Bildungsbiografien von Kindern.

Mehr als 5.000 Fachkräfte zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern weitergebildet

Das Bundesfamilienministerium setzt mit dem erfolgreichen Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ auf die präventive Wirkung von Eltern- und Familienbildung und öffnet sie für die Bildungsbegleitung von Familien. Von 2011 bis Ende 2014 sind mehr als 5.000 Fachkräfte der Familienbildung zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern weiterqualifiziert worden. Sie unterstützen Mütter und Väter in Bildungsfragen und stehen ihnen als Vertrauenspersonen beiseite. Das hilft besonders Eltern mit hohem Beratungsbedarf, denn die Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter sind gut erreichbar und im Alltag präsent – etwa auf Spielplätzen, über Stadtteilmütter, im Familienzentrum der Kita, bei Eltern-Kind-Cafés oder an anderen niedrigschwelligen Treffpunkten.

127 Vgl. z. B. Stamm, Margrit (2010): Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, Bern u. a.

128 Vgl. Meier-Gräwe, Uta (2011): Kosten-Nutzen früher Hilfen, Köln; Allmendinger, Jutta/Gieseke, Johannes/Oberschachtsiek, Dirk (2011): Unzureichende Bildung. Folgekosten für die öffentlichen Haushalte, Gütersloh.

129 Vgl. Melhuish, Edward (2013): Die frühkindliche Umgebung: Langfristige Wirkungen frühkindlicher Bildung und Erziehung, in: Correll/Lepperhoff (Hrsg.): Frühe Bildung in der Familie. Perspektiven der Familienbildung, Weinheim und Basel, S. 214.

Rückmeldungen von Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern bestätigen den hohen Bedarf unter Fachkräften an dieser Schulung, die Praxisrelevanz der Weiterqualifizierung in der Begegnung mit Eltern und das hohe fachliche Niveau der Seminare. Es zeigt sich, dass die Zusammenarbeit mit Eltern zur Unterstützung der Bildungswege von Kindern sowohl von den Fachkräften aus der Familienbildung als auch zunehmend aus den Kindertageseinrichtungen als Thema sehr hoch gewichtet wird.

Erstmals systematische Wirkungs- und Prozessevaluation in der Familienbildung

Das Deutsche Jugendinstitut München (DJI) und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg haben das Bundesprogramm bis Ende 2014 evaluiert. Programm- und prozessbegleitend wurde erhoben, wie die Familienbildung den Zusammenhang von Erziehungskompetenz, Bildung und Teilhabe in den Familien beeinflusst. Damit wurde auf breiter Datenbasis Wissen über die Strukturen der Familienbildung, die Arbeit der beteiligten Fachkräfte und die Lebenslagen der so erreichten Familien erhoben.¹³⁰ Bislang war die systematische Wirkungs- und Prozessevaluation in der bundesdeutschen Familienbildungslandschaft noch wenig entwickelt.¹³¹ Es liegen kaum Langzeitergebnisse vor, und die Mehrzahl der Evaluationen untersucht eher feste Angebotsstrukturen wie z. B. Erziehungskurse.¹³²

Mit dem Wissen, wie sich die Stärkung der familialen Bildungsbegleitung auf Bildungsbiografien auswirkt, lassen sich die Teilhabechancen und somit auch das Wohlergehen von Kindern in Deutschland weiter verbessern. Die Evaluierung trägt somit zu einer evidenzbasierten Politik im Bereich der Familienbildung und der frühen Förderung bei.

130 Walper, Sabine/Stemmler, Mark (2013): Eltern als Bildungsvermittler für ihre Kinder stärken. Das Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ und seine Evaluation, in: Correll/Lepperhoff (Hrsg.): Frühe Bildung in der Familie. Perspektiven der Familienbildung, Weinheim und Basel.

131 Vgl. Lösel, Friedrich (2006): Bestandsaufnahme und Evaluation von Angeboten im Elternbildungsbereich. Abschlussbericht, Berlin.

132 Lösel, Friedrich/Runkel, Daniela (2013): Prävention von kindlichen Verhaltensproblemen in Familien, in: Correll/Lepperhoff (Hrsg.): Frühe Bildung in der Familie. Perspektiven der Familienbildung, Weinheim und Basel, S. 225.

VI.

Partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie: neue Potenziale für die Wirtschaft

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Rahmenbedingungen für eine partnerschaftliche Aufteilung von beruflichen und familiären Aufgaben in den Familien brauchen Eltern Arbeitgeber, die ihnen die Flexibilität ermöglichen, um ihre Arbeitszeitwünsche zu realisieren. Dies erfordert eine neue Arbeitskultur, weil starre Vollzeit- oder Halbtagsmodelle oft nicht weiterhelfen. Damit eröffnen sich auch der Wirtschaft neue Potenziale. Der Arbeitsmarkt in Deutschland befindet sich durch Faktoren wie den demografischen Wandel, den veränderten Anforderungen der nachrückenden Generation sowie der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitsprozesse im Wandel. Stichworte wie „Fachkräftemangel“, „War of Talents“¹³³ oder „Generation Y“¹³⁴ markieren die Herausforderungen, mit denen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft heute mit Blick auf den Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Die Frage, wie Unternehmen zukünftig Arbeit und Arbeitsplätze gestalten und mit welchen Maßnahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen entwickelt und gebunden werden, betrifft keine weichen, sondern die entscheidenden Faktoren, die über die Innovationskraft und die Wettbewerbs- bzw. Zukunftsfähigkeit von Unternehmen entscheiden. Betriebliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Frauen sind am schnellsten zu aktivierende Potenzialgruppe zur Fachkräftesicherung

Noch ist der Fachkräftebedarf auf einige Branchen, Berufe und Regionen beschränkt. Aufgrund des demografischen Wandels und des insgesamt sinkenden Potenzials von Erwerbsspersonen wird dieser Bedarf aber in den kommenden Jahren spürbar steigen. Umso wichtiger wird die Frage, wie es Politik und Wirtschaft gelingen kann, die Fachkräftebasis nachhaltig zu sichern. Im Rahmen des Fachkräftekonzepts der Bundesregierung wurden Frauen als am schnellsten zu aktivierende Potenzialgruppe zur Fachkräftesicherung identifiziert, da sie im Durchschnitt sehr gut ausgebildet sind, aber vor allem aufgrund von Familienaufgaben ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder deutlich einschränken. Zwar ist die Müttererwerbsbeteiligung in den letzten Jahren angestiegen: Die ausgeübte Erwerbstätigkeit stieg seit 2000 von 59 auf 66,8 Prozent (2013).¹³⁵ Auffällig bleibt, auch im internationalen Vergleich, der häufig niedrige Arbeitszeitumfang. Über 70 Prozent der Mütter arbeiten in Teilzeit, jede fünfte Mutter arbeitet in einer geringfügigen Teilzeit mit weniger als 15 Stunden pro Woche. Geringfügige Stundenumfänge sind dabei auch bei Müttern mit älteren Kindern verbreitet.¹³⁶

133 Dt.: „Wettbewerb um die besten Köpfe“.

134 Die zwischen 1980 und 1994 Geborenen.

135 Prognos AG i.A. BMFSFJ: Mikrozensus-Sonderauswertung 2014.

136 BMAS (2014): Fortschrittsbericht 2013 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung.

Um das Arbeitszeitvolumen von Müttern weiter zu steigern, ihre Qualifikationen zu nutzen und ihren Wünschen nach beruflichem Fortkommen Rechnung zu tragen, sind neben qualitativ guten und quantitativ ausreichenden Kinderbetreuungsangeboten vor allem flexible Arbeitszeitmodelle und eine familienfreundliche Personalpolitik in den Unternehmen sowie mehr familiäres Engagement der Väter notwendig.

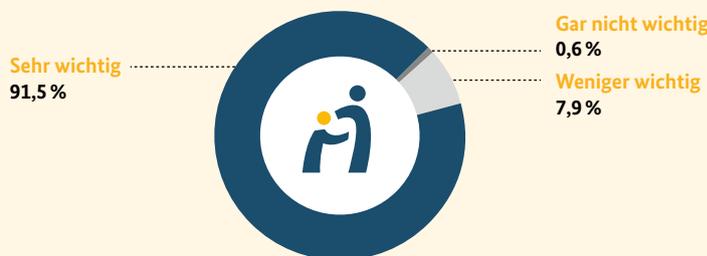
6.1 Betriebliche Rahmenbedingungen für aktive Väter

Die Ansprüche und Wünsche von Männern mit Familienverantwortung haben sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Auch die Mehrheit der Väter will sich heute berufliche und familiäre Aufgaben partnerschaftlich aufteilen. Wie oben gezeigt, tun sie dies mit Unterstützung des Elterngeldes und durch die Inanspruchnahme der Elternzeit auch im wachsenden Maße. Nach der Elternzeit wünschen sich viele Väter, ihre Arbeitszeit zugunsten ihrer Kinder etwas reduzieren zu können und keine Überstunden machen zu müssen. Mehr als die Hälfte der Väter hat das Gefühl, zu wenig Zeit für die Kinder zu haben.¹³⁷ Drei Viertel der Väter mit Kindern unter 18 Jahren würde gerne weniger arbeiten.¹³⁸

Abbildung 62: Zeit für Familie ist wichtig für Väter

„Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge?“

„Zeit für meine Familie auch in der Woche“



Quelle: Väter gGmbH (2012): Trendstudie „Moderne Väter“, N = 1000

Wer will, dass Mütter mehr arbeiten, muss auch Vätern Angebote machen

Väter wollen beides – beruflich vorankommen und Zeit für die Familie haben. Dabei fühlen sie sich jedoch von ihren Arbeitgebern häufig noch nicht ausreichend unterstützt. 68,2 Prozent der Väter schätzen ihr Unternehmen als nicht oder nur teilweise väterfreundlich ein. 85,5 Prozent von ihnen finden, dass Vereinbarkeitsmaßnahmen zu sehr oder zum Teil zu sehr auf Frauen ausgerichtet sind.¹³⁹ Insbesondere Väter in der „Rush-hour“ – jener Lebensphase zwischen

¹³⁷ Eltern/Forsa (2013): Meinungen und Einstellungen der Väter in Deutschland.

¹³⁸ Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Monitor Familienleben 2012.

¹³⁹ Väter gGmbH (2012): Trendstudie „Moderne Väter“.

25 und 40 Jahren, in der wichtige Karriereschritte anstehen – befürchten überdurchschnittlich häufig eine schlechtere Beurteilung ihrer Leistung (40 Prozent), weniger attraktive Aufgaben (24 Prozent) und Probleme mit Kolleginnen und Kollegen (29 Prozent), falls sie familienfreundliche Angebote in Anspruch nehmen.¹⁴⁰ Dabei zeigt sich jedoch, dass diese Sorgen teilweise unbegründet sind: So geben knapp 57 Prozent der Väter an, dass ihre Entscheidung, Elternzeit zu nehmen, von der Mehrzahl ihrer Kolleginnen und Kollegen positiv aufgenommen wurde.¹⁴¹ 27 Prozent der 25- bis 55-jährigen Männer sind mit den vorhandenen Teilzeitmöglichkeiten unzufrieden und 70 Prozent der Männer mit Teilzeiterfahrung finden, dass Männer einen größeren Anteil an der Kinderbetreuung übernehmen sollten, als sie es jetzt tun.¹⁴²

Auch wenn die Angebote der Unternehmen meist noch zu sehr auf die Bedarfe von Müttern ausgerichtet sind – die meisten Personalverantwortlichen wissen um die neue Rolle der Väter und wollen sich hier mehr engagieren: Mehr als 80 Prozent sehen eine gestiegene Erwartungshaltung der Väter an betriebliche Angebote zur Vereinbarkeit, ebenso viele erwarten einen weiteren Anstieg.¹⁴³

6.2 Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsfaktor bei der Personalgewinnung

Für die Generation Y und damit den kommenden Fach- und Führungskräftenachwuchs hat eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen sehr hohen Stellenwert. In einer Online-Befragung des Bundesfamilienministeriums¹⁴⁴ gaben 97 Prozent der Befragten an, dass es für sie zu einem guten Leben gehört, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Dabei ist das Thema Männern genauso wichtig wie Frauen. Auch auf eine partnerschaftliche Aufteilung kommt es vielen an: 83 Prozent sagten, dass für sie eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit eine wichtige oder sehr wichtige Voraussetzung sei. Als sinnvolles Arbeitsmodell sehen dabei viele ein Teilzeitmodell für beide an. Mehr als die Hälfte (59 Prozent) befürwortet eine Teilzeitbeschäftigung beider Partner, damit sie sich die Aufgaben im Job und in der Familie gleichberechtigt aufteilen können. Auch bei der Rolle der Väter herrscht ein klares Bild in der jüngeren Generation: Fast alle Befragten (98 Prozent) sind der Meinung, dass ein starkes familiäres Engagement für einen Vater selbstverständlich sein sollte.

Schon jetzt hat sich Familienfreundlichkeit zu einem entscheidenden Faktor bei der Arbeitgeberwahl entwickelt: Für 90 Prozent der Beschäftigten mit Kindern ist Familienfreundlichkeit bei der Arbeitgeberwahl ebenso wichtig oder sogar wichtiger als das Gehalt. Fast ein Drittel (31 Prozent) der jungen Eltern hat für mehr Familienfreundlichkeit sogar die Stelle gewechselt.¹⁴⁵ Auch für Studierende hat das Thema eine fast ebenso hohe Bedeutung wie die Jobsicher-

140 A. T. Kearney (2014): Nur Mut! Wie familienfreundliche Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

141 Väter gGmbH (2012): Trendstudie „Moderne Väter“.

142 A. T. Kearney (2014): Nur Mut! Männer. Väter. Repräsentative Befragung von Arbeitnehmenden, Online-Umfrage, 1.771 Beschäftigte, 25 bis 55 Jahre.

143 Bundesverband der Personalmanager in Kooperation mit BMFSFJ (2014): Einschätzung der Personalverantwortlichen zur Väterorientierung in deutschen Unternehmen.

144 BMFSFJ (2014): Generation Y-Check.

145 GfK Nürnberg i. A. BMFSFJ (2012): Personalmarketingstudie.

heit und ein gutes Gehalt. Für 57 Prozent der Studierenden ist der Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weitaus wichtiger als der berufliche Aufstieg (34 Prozent) oder die Möglichkeit, selbstständig zu arbeiten (31 Prozent).¹⁴⁶

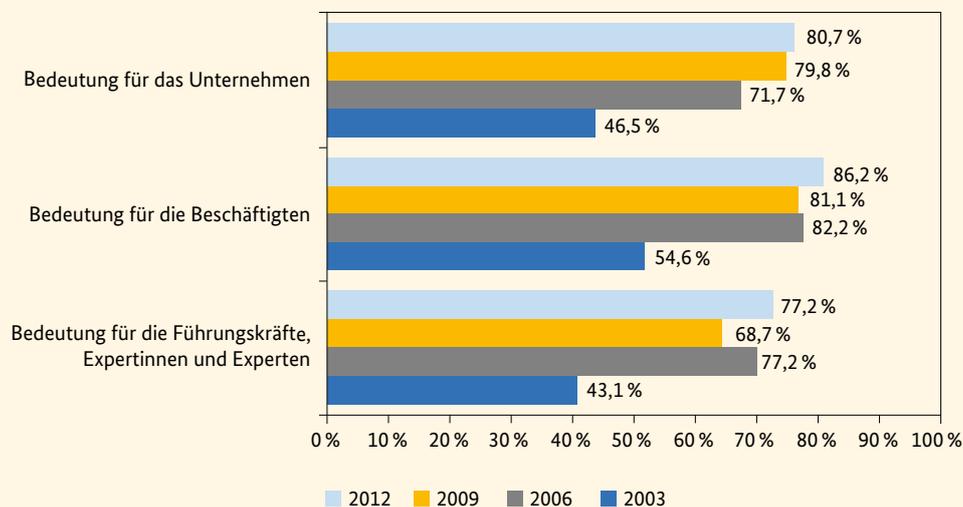
Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? Die Unternehmen tun viel ...

Dass familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Beschäftigte heutzutage immer wichtiger werden, ist mittlerweile in der Wirtschaft angekommen. Auch aufgrund des Fachkräftebedarfs, der sich durch die demografische Entwicklung weiter verschärft, hat die Mehrheit der Unternehmen die Bedeutung familienfreundlicher Angebote verstanden, um qualifiziertes Personal für sich zu gewinnen und langfristig zu halten.

Der repräsentativen Unternehmensbefragung „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2013“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge konsolidiert sich das Engagement der Unternehmen bei der Förderung familienbewusster Arbeitsbedingungen auf hohem Niveau. 81 Prozent der Unternehmensverantwortlichen schätzen Familienfreundlichkeit mittlerweile als wichtig ein. Das sind deutlich mehr als noch 2006 (72 Prozent) oder gar 2003 (47 Prozent). Flexible Arbeitszeitmodelle, aber auch generelle Rücksichtnahme auf die Belange von Berufstätigen mit familiären Verpflichtungen – sei es die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen oder von Kindern – stehen dabei im Mittelpunkt der Bemühungen von Unternehmen (Abb. 63).

Abbildung 63: Bedeutung der Familienfreundlichkeit für Unternehmen, Belegschaft und Führungskräfte

Anteil der Unternehmen, die zugestimmt haben (wichtig/eher wichtig) – in Prozent

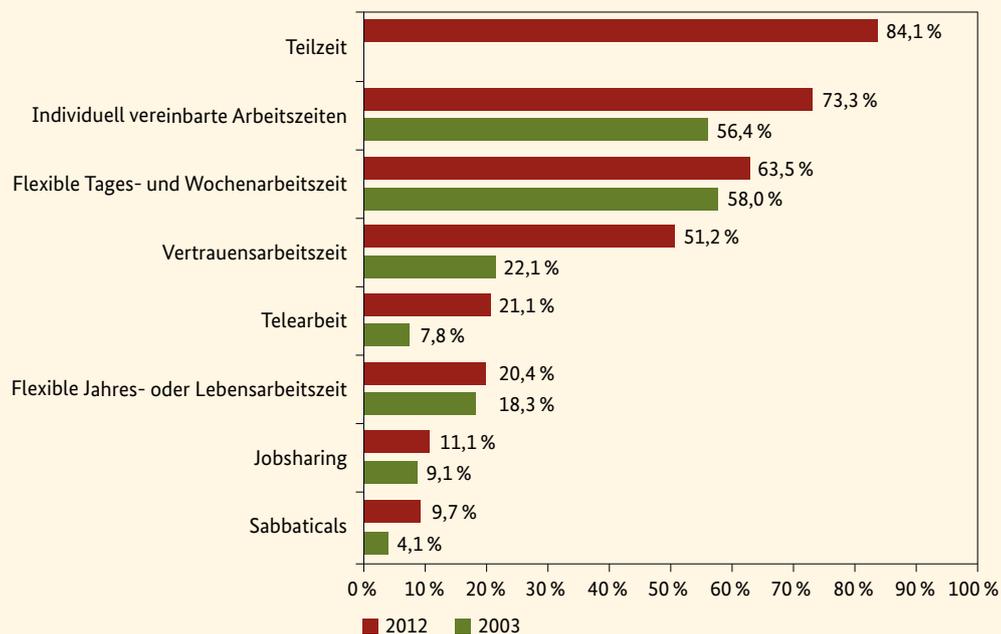


Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die meisten Unternehmen setzen dabei vor allem auf flexible Arbeitszeitmodelle, um Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Eltern entgegenzukommen. In drei Vierteln der Unternehmen können die Beschäftigten ihr Arbeitszeitmodell individuell aushandeln, in gut jedem zweiten regeln sie ihre Arbeitszeiten in Eigenverantwortung. Betriebliche Anforderungen stecken zwar insgesamt den Rahmen für die konkrete Lage der individuellen Arbeitszeiten ab, gleichwohl sind in zwei von drei Unternehmen die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten bei der Festlegung, wann und wie lange tatsächlich gearbeitet wird, eher groß oder groß (Abb. 64).

Abbildung 64: Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsortes

Anteil der Unternehmen, die die jeweilige familienfreundliche Maßnahme anbieten, in Prozent



Mehrfachnennungen

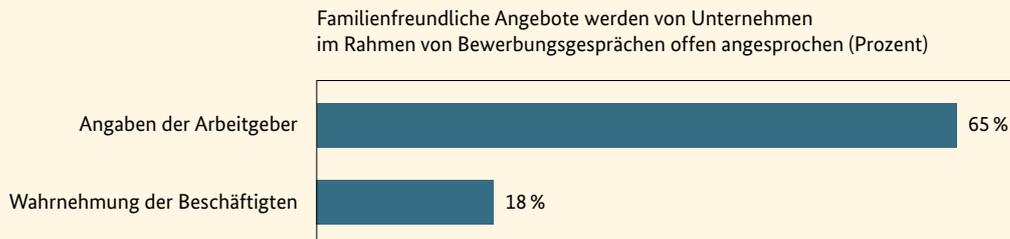
Quelle: BMFSFJ (2013): Unternehmensmonitor 2013

... aber das betriebliche Engagement kommt nur zum Teil an

Trotz dieses Engagements besteht nach wie vor eine Lücke zwischen dem individuellen Bedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dem Angebot der Arbeitgeber. Oftmals kommen die Angebote der Unternehmen nicht bei den Beschäftigten an oder passen nicht zur konkreten familiären Situation. Obwohl viele Unternehmen ihre familienfreundlichen Angebote nach eigenem Bekunden aktiv kommunizieren, wird dies von den Beschäftigten nur wenig wahrgenommen. So geben rund zwei Drittel der Personalverantwortlichen an, familienfreundliche Angebote in Bewerbungsgesprächen offen anzusprechen, jedoch bestätigen dies nur 18 Prozent der Beschäftigten (Abb. 65). Insgesamt scheuen sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch immer davor, sich im Rahmen des Bewerbungsprozesses nach familienfreundlichen Angeboten zu erkundigen, da sie glauben, dass es ihre Chancen auf eine Stelle verringern würde.¹⁴⁷

147 GfK Nürnberg i.A. BMFSFJ: Personalmarketingstudie 2012.

Abbildung 65: Familienfreundliche Angebote aus Sicht von Arbeitgebern und Beschäftigten, 2012



Quelle: Personalmarketingstudie 2012, GfK Nürnberg i. A. BMFSFJ

Insbesondere beim Thema flexible Arbeitszeiten klaffen die Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Angebote der Arbeitgeber noch auseinander. Denn flexibel heißt nicht immer familienfreundlich: Gerade Beschäftigte mit Familienverantwortung sind darauf angewiesen, ihre Arbeitszeiten zwar flexibel, aber auch planbar und verlässlich gestalten zu können. So sind geregelte Arbeitszeiten für Beschäftigte insgesamt von großer Bedeutung, um ihr Privatleben organisieren zu können (78 Prozent). Insbesondere bei Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern ist der Wunsch nach einer geregelten Arbeitszeit sehr hoch (94 Prozent).

Hoch ist allerdings auch der Wunsch aller Beschäftigten (82 Prozent), die Arbeitszeit kurzfristig an private Bedürfnisse wie Betreuungssituationen für Kinder oder Pflegeaufgaben anpassen zu können. Dazu gehört, die Arbeitszeit insgesamt absenken zu können: 86 Prozent der berufstätigen Eltern hätten gern die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit vorübergehend zu verkürzen, um mehr Zeit für ihre Kinder zu haben.¹⁴⁸ Flexibilität kann bei entsprechender Ausgestaltung dazu beitragen, den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeitsouveränität Rechnung zu tragen.

6.3 Unternehmenskultur entscheidet über Vereinbarkeit

Ob Familienfreundlichkeit in einem Unternehmen aus einem Maßnahmenkatalog auf dem Papier besteht oder tatsächlich im betrieblichen Alltag umgesetzt wird, ist vor allem eine Frage der Unternehmenskultur: Nur eine Minderheit von 38 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der Ansicht, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihrem Unternehmen eine Selbstverständlichkeit ist. 46 Prozent sind zwar der Ansicht, ihr Arbeitgeber lege sehr großen Wert auf ein arbeitnehmerfreundliches Unternehmensimage, aber nur 27 Prozent empfinden die Kultur tatsächlich als ausgesprochen familienfreundlich.

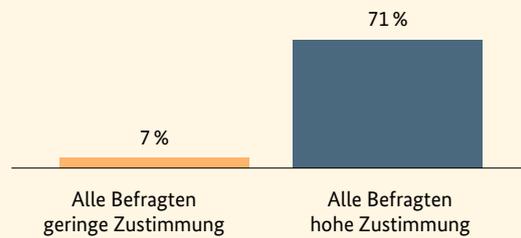
Ein Grund dafür liegt in der nach wie vor ausgeprägten Präsenzkultur in vielen Unternehmen: So geben mehr als sieben von zehn Beschäftigten an – ganz gleich, ob Frau oder Mann, mit Kindern oder ohne, in Teilzeit oder Vollzeit, mit oder ohne Führungsverantwortung –, dass ihr Arbeitgeber sehr hohen Wert auf die persönliche Anwesenheit der Mitarbeitenden lege (Abb. 66).¹⁴⁹

148 IG Metall (2013): Beschäftigtenbefragung.

149 A. T. Kearney (2014): Nur Mut! Wie familienfreundliche Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

Abbildung 66: Anwesenheitspflichten, 2014, in Prozent

„Mein Arbeitgeber legt sehr hohen Wert auf die persönliche Anwesenheit der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz.“



Quelle: A. T. Kearney (2014): Nur Mut! Wie familienfreundliche Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen

Diese Präsenzkultur führt dazu, dass individuelle (Teil-)Zeitarrangements noch immer mit einem Negativimage behaftet und damit oftmals karrierehinderlich sind, obwohl die Qualität von Arbeitsergebnissen in vielen Bereichen nicht von langen Arbeitszeiten abhängt und mit der zunehmenden Digitalisierung mobiles Arbeiten selbstverständlicher wird.

Eine entscheidende Rolle für eine familienfreundliche Unternehmenskultur spielen die Führungskräfte. Nur wenn Führungskräfte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen und vorleben und dazu auch von der Geschäftsführung angehalten werden, kann es gelingen, Familienfreundlichkeit in der Unternehmenskultur zu verankern und nachhaltig umzusetzen. Gleichzeitig sollte regelmäßig geprüft werden, ob die angebotenen Maßnahmen wirklich zu den Bedarfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter passen, ob sich von der internen Kommunikation im Betrieb alle – nicht nur Mütter, sondern auch Väter oder Beschäftigte mit Pflegeverantwortung – angesprochen fühlen und ob wichtige Maßnahmen fehlen.

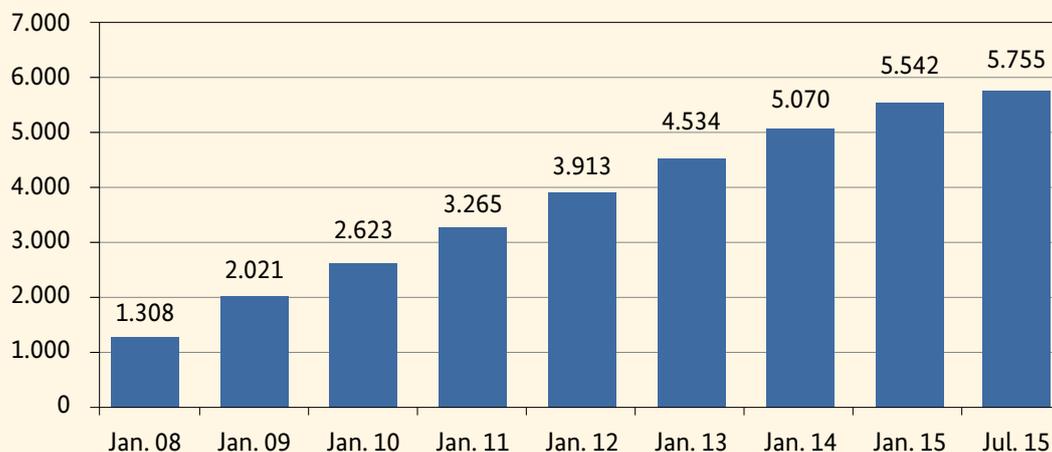
6.4 Politik und Wirtschaft als Partner für eine familienfreundliche Arbeitswelt – das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“

Um Unternehmen für die Bedeutung von Familienfreundlichkeit zu sensibilisieren und die Möglichkeiten einer familienbewussten Personalpolitik bekannter zu machen, hat die Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften 2006 das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ initiiert. Hier werden Unternehmen Best-Practice-Beispiele, Kosten-Nutzen-Aufstellungen sowie praxisorientierte Leitfäden zu personalpolitischen Themen wie Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle oder Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zur Verfügung gestellt. Mit zahlreichen Fachveranstaltungen und Publikationen in Kooperation mit den Partnern aus der Wirtschaft wurden die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorteile einer familienbewussten Unternehmenskultur im öffentlichen Bewusstsein verankert. Das Programm hat nachweislich einen Beitrag dazu geleistet, dass Familienfreundlichkeit heute in der deutschen Wirtschaft als strategisch wichtiges personalpolitisches Thema wahrgenommen wird.

Rund 5.600 Mitglieder im Unternehmensnetzwerk – Tendenz steigend

Das zugehörige Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ – das 2006 durch das Bundesfamilienministerium und den Deutschen Industrie- und Handelskammertag ins Leben gerufen wurde – ist mittlerweile bundesweit die größte Kontakt- und Wissensplattform für Arbeitgeber rund um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es bietet seinen derzeit mehr als 5.700 Mitgliedern (Abb. 67) und allen Interessenten kostenfrei Informationen zu Themen familienbewusster Personalpolitik, wie z. B. zu familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen, betrieblich unterstützter Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen sowie der internen und externen Kommunikation der entsprechenden Unternehmenskultur. Dazu veröffentlicht das Netzwerkbüro regelmäßig Best-Practice-Beispiele und vermittelt pro Jahr auf rund 100 Workshops, Seminaren oder Vorträgen Strategien, wie familienfreundliche Maßnahmen praktisch umgesetzt werden können.

Abbildung 67: Mitglieder im Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“



Quelle: Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“

Mit diesen Angeboten hat das Unternehmensnetzwerk in den Jahren 2013 und 2014 fast 15.000 Akteure aus der Wirtschaft erreicht. Spezifische Publikationen in Kooperation mit Branchenverbänden, z. B. für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, das Kreditgewerbe oder das Handwerk, stellen die Besonderheiten der Branche und die Umsetzung familienbewusster Maßnahmen an konkreten Beispielen vor. Auf den jährlich stattfindenden zentralen Großveranstaltungen „Unternehmenstag“ und „Multiplikatorenveranstaltung“ sind alle Netzwerkmitglieder dazu eingeladen, sich persönlich mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik über aktuelle Entwicklungen und Trends bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland auszutauschen.

Partnerschaftliche Vereinbarkeit – ein Schwerpunkt des Unternehmensprogramms

Zu den aktuellen Schwerpunkten der Aktivitäten im Unternehmensprogramm gehören die Themen familienbewusste Arbeitszeiten und betriebliche Rahmenbedingungen für engagierte Väter. In einer „Datenbank der Guten Beispiele“, die kontinuierlich erweitert wird, zeigen über 150 Beschäftigte und Unternehmensverantwortliche, welche innovativen Arbeitszeitmodelle sie schon heute im betrieblichen Alltag nutzen und anbieten, um die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf zu erleichtern. Im Rahmen von Dialogforen mit der Wirtschaft hat das Bundesfamilienministerium im direkten Dialog mit Unternehmen innovative Maßnahmen zur Arbeitszeitgestaltung und zum Thema Väterförderung herausgefiltert und Lösungskonzepte rückgekoppelt. Dabei standen vor allen Dingen Themen im Mittelpunkt, die Unternehmen im betrieblichen Alltag vor besondere Herausforderungen stellen, wie familienfreundliche Regelungen bei Schichtarbeit, Präsenzkultur oder Führung in Teilzeit.

Das Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“ führt regelmäßig regionale Infoveranstaltungen bei Industrie- und Handelskammern und anderen regionalen Partnern durch, bei denen sich interessierte Betriebe über Modelle und die konkrete Umsetzung informieren konnten. Flankierend zu den Aktivitäten des Bundesfamilienministeriums werden mit den Partnern aus Wirtschaft und Gewerkschaften Kooperationsveranstaltungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen, wie beispielsweise zur Umsetzung von Familienfreundlichkeit in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen oder zu einer lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung, durchgeführt sowie praxisorientierte Leitfäden entwickelt.

VII.

Die Digitalisierung der Gesellschaft

Die Digitalisierung der Gesellschaft führt gegenwärtig zu veränderten Lebensbedingungen für Familien. Der digitale Wandel, in dem wir uns befinden, wird auch in Zukunft weitere und weitreichende Veränderungen mit sich bringen – und damit verbundene neue Chancen, aber auch neue Herausforderungen.

Für 54 Prozent der 30- bis 59-Jährigen überwiegen die persönlichen Vorteile der Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen. 36 Prozent der 30- bis 59-jährigen Internetnutzerinnen und -nutzer könnten sich nicht vorstellen, ohne Internet auszukommen – 41 Prozent könnten nur schwer ohne Internet auskommen. Von der Digitalisierung und ihren Auswirkungen im Berufsleben fühlen sich die 30- bis 59-Jährigen jedoch nicht gleichermaßen betroffen: Nur 13 Prozent der Befragten aus niedrigen sozialen Schichten finden, durch digitale Medien habe sich ihre Art zu arbeiten verändert. Dies sagen jedoch 58 Prozent der Befragten aus höheren sozialen Schichten (Abb. 68).¹⁵⁰

Abbildung 68: Was sich durch digitale Medien im Leben verändert hat, nach sozialen Schichten, 2014

Frage: „Was hat sich durch digitale Medien in Ihrem Leben verändert?“	Sozioökonomischer Status		
	niedrig %	mittel %	hoch %
Wie ich mich über Produkte oder Unternehmen informiere	50	70	79
Wie ich mit Familie, Freunden und Bekannten in Kontakt bleibe	43	56	62
Dass ich jederzeit erreichbar bin	41	49	59
Wie ich Reisen, Flüge oder Hotels suche	21	53	66
Wie ich Bankgeschäfte erledige	27	51	63
Wie ich mich über das Geschehen in der Welt informiere	34	47	57
Wie ich mit Kollegen und Geschäftspartnern kommuniziere	16	43	64
Wie und wo ich einkaufe	34	43	45
Wie ich arbeite	13	38	58
Wie oft ich mit Freunden in Kontakt bin	27	34	37
Wie ich Filme oder Fernsehen schaue	23	27	29
Wie ich Kontakt knüpfe, neue Leute kennenlernen	20	16	17

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung zwischen 30 und 59 Jahren

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6290

150 Alle Zahlen aus: IfD Allensbach (2014): Die Generation Mitte, IfD-Umfrage 6290, Befragte zwischen 30 und 59 Jahren.

Ambivalenz des digitalen Wandels in der Gesellschaft

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) haben in fast allen Bereichen des Lebens Einzug gehalten. Sie prägen heute das Arbeits- und Alltagsleben, das gesellschaftliche Engagement und das soziale Miteinander unserer Gesellschaft. Die Auswirkungen dieses digitalen Wandels auf den konkreten Lebensalltag der Familien sind vielfältig. Wer die Digitalisierung für sich nutzen kann und sie zu nutzen weiß, der kann durch sie an Wohlstand und Lebensqualität, an sozialer Teilhabe und persönlicher Kompetenz gewinnen. Aber: Nicht jede und nicht jeder hat die gleiche Chance, die Möglichkeiten der Digitalisierung für sich zu nutzen. Der Bildungsgrad, das Alter und der soziale Status sind prägende Einflussfaktoren, die zu ambivalenten Wirkungen führen können. Einerseits bestehen Chancen, soziale Gräben zu überwinden – indem die Digitalisierung einen einfachen niederschweligen Zugang zu Wissen und sozialer Teilhabe bietet. Andererseits kann sie dazu führen, soziale Gräben zu vertiefen – indem die Schnellen noch schneller und die anderen weiter abgehängt werden. Digitale Gräben sind in einer digitalen Gesellschaft auch immer soziale Gräben. Der digitale Wandel ist also kein Selbstläufer, sondern er muss politisch gestaltet werden.

Digitale Agenda der Bundesregierung 2014–2017

Wenn sich die Chancen der Digitalisierung allen Bildungs-, Alters- und sozialen Gruppen gleichermaßen eröffnen sollen, sind Nejustierungen von gesellschaftlichen Regeln und die Überprüfung rechtlicher Rahmenbedingungen notwendig. Die Digitale Agenda der Bundesregierung 2014–2017 benennt die politischen Ziele und skizziert die zentralen Vorhaben, die bis Ende 2017 dazu beitragen sollen, den digitalen Wandel zu bewältigen und positiv zu gestalten. Das BMFSFJ repräsentiert hier vor allem die gesellschaftspolitische Dimension. Ziel ist, mit den vorgesehenen Vorhaben die Menschen in die Lage zu versetzen, ihre digitalen Lebenswelten positiv und gleichberechtigt zu gestalten und sie miteinander vereinbaren zu können.

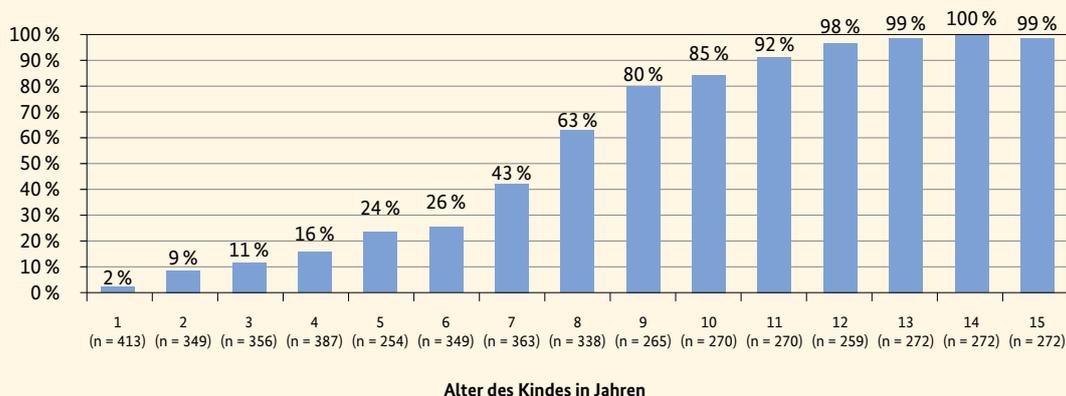
Insbesondere Familien können durch Digitalisierung neue Freiräume für ihre eigenen Lebensentwürfe gewinnen. Die Gestaltung der Digitalisierung der Gesellschaft ist deshalb ein wesentliches Handlungsfeld einer modernen und zukunftsgerichteten Familienpolitik. Zum einen bietet die Digitalisierung Mittel und Wege, um bestehende familienpolitische Ziele zu unterstützen. Zum anderen bedarf es der familienpolitisch verantwortlichen Gestaltung des digitalen Wandels selbst.

7.1 Familie im Zentrum der Digitalisierung

Digitalisierung prägt den Alltag von Familien

„Digitalisierung“ beschreibt das Leben von Familien im Hier und Heute, es ist kein Begriff aus der Zukunft. So gehört für beinahe alle Familien das Internet heute zum Alltag, und zwar nicht nur für das Gros der Jugendlichen und Erwachsenen, sondern bereits für Kinder (Abb. 69). Bei den Fünf- bis Sechsjährigen ist ein Viertel online, schon 43 Prozent der siebenjährigen sind im Internet, mit zwölf Jahren sind es nahezu alle Jugendlichen. Eltern und Kinder nutzen Smartphones, Tablets, Phablets und digitales Fernsehen ganz selbstverständlich für Information, Kommunikation und Arbeit bzw. Schule.

Abbildung 69: Kinder sind online: internetnutzende Kinder nach Alter



Quelle: Digitale Medien: Beratungs-, Handlungs- und Regulierungsbedarf aus Elternperspektive, Deutsches Jugendinstitut e. V., Auswertungen aus AID:A II, BMFSFJ (2015): netchildren 2020, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=215068.html>

Basis: alle, Mütterangaben

Kommunikationsformen und Informationsquellen sind zunehmend räumlich entgrenzt und nicht länger an einen Ort gebunden. Die Grenzen zwischen virtueller und realer Welt verwischen. Online zu sein wird von vielen Jugendlichen und Erwachsenen und auch schon von Kindern als Normalzustand gesehen. Das fast ständig verfügbare Internet und der Austausch in sozialen Netzwerken verändern die Gestaltung sozialer Beziehungen: Wer digital „da“ ist, kann leichter dazugehören.

Dies bildet sich im Umfang der veränderten Verfügbarkeit mobiler digitaler Endgeräte wie Notebooks, Smartphones und Tablets ab. Während zum Beispiel 2011 nur 25 Prozent der 13- bis 19-Jährigen ein Smartphone hatten, waren es 2013 bereits 72 Prozent. Durch orts- und zeitungebundene kostengünstige Internetzugänge weitet sich die Onlinenutzung zusätzlich aus. Während 2010 nur 13 Prozent der Zwölf- bis 19-Jährigen über das Mobilgerät ins Internet gingen¹⁵¹, waren es 2015 bereits 72 Prozent.¹⁵² Spätestens ab dem Sekundarstufenalter nutzen Jugendliche das Internet selbstständig über eigene Geräte, meist über ein Handy, und entziehen sich so dem elterlichen Einflussbereich.¹⁵³

Das alltägliche Familienleben steht durch den digitalen Wandel vor neuen Chancen und Herausforderungen, die bei der praktischen Internetnutzung beginnen und letztlich alle Fragen der familiären Alltagsorganisation betreffen. Beeinflusst wird die Balance zwischen Arbeit und Schule einerseits und dem sozialen Miteinander in der Familie andererseits. Ob es die Pflege von Freundschaften oder die Suche nach dem aktuellen Kinoprogramm oder nach einem

151 <http://www.hans-bredow-institut.de/de/forschung/mobile-internetnutzung-im-alltag-von-kindern-jugendlichen>,

152 Digitale Medien: Beratungs-, Handlungs- und Regulierungsbedarf aus Elternperspektive, Deutsches Jugendinstitut e. V., Auswertungen aus AID:A II, BMFSFJ (2015): netchildren 2020, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=215068.html>

153 Ebenda.

geeigneten Familienurlaub ist, ob es das Arbeiten von zu Hause oder das Tätigen von Einkäufen ist: Digitale Geräte und Dienste sind mittlerweile fest in den Alltag der Familien in Deutschland integriert. Ein Leben ohne Informations- und Kommunikationstechnologien ist für die meisten Eltern und Kinder nicht mehr denkbar. *Wie* die digitalen Helfer in das Familienleben eingreifen und *wie* sie für einen reibungsarmen Familienalltag eingesetzt werden können, darauf sucht jede Familie für sich passende Antworten.

Kompetenzen der Eltern und Regeln des Umgangs mit der Digitalisierung sind wichtig

Diese Antworten sind nicht einfach zu finden. Es fehlen etablierte Regeln zum Umgang mit der Digitalisierung: Eltern sind gegenüber ihren Kindern in ihrer Vorbildfunktion gefordert, die Eltern selbst als wirksamsten Erziehungsgrundsatz ansehen.¹⁵⁴ Sie sind dabei oftmals unsicher, welche Regeln sie angesichts der eigenen Mediennutzung durchsetzen sollen und können. Was schadet und was nutzt wem, was erleichtert, was hemmt im Familienalltag? Wo liegen die wirklich neuen Aufgaben von Eltern bei der Wahrung ihrer Erziehungsverantwortung, auf die es Antworten braucht? So ist im Umgang mit elektronischen Medien oftmals von Technikkompetenz (Bedienungswissen), Medienkompetenz (selbstverantwortliche, risikobewusste Nutzung und Verstehen) und Informationskompetenz (Finden und zielgerichtete Auswahl) die Rede, über die idealerweise alle Familienmitglieder verfügen, um souverän und sicher surfen und in sozialen Netzen unterwegs sein zu können.

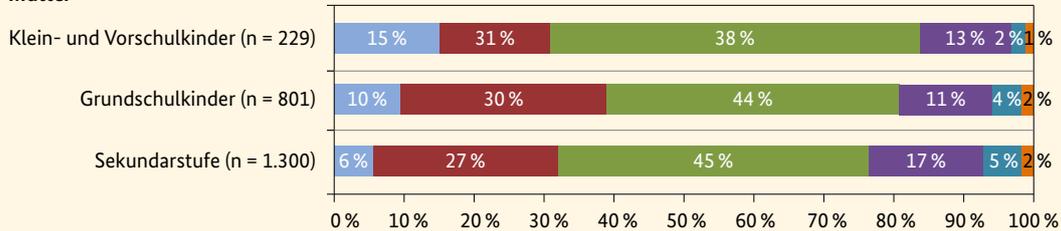
Viele Eltern fühlen sich grundsätzlich medienkompetent, ihre Kinder im Umgang mit dem Internet zu begleiten und anzuleiten. Väter (50 Prozent) schätzen sich selbst zu einem höheren Prozentsatz als kompetent ein als Mütter (ein Drittel), wenn auch bei allen Elternteilen die Kompetenzzuschreibung mit wachsendem Alter des Kindes abnimmt (vgl. Abb. 70).

154 IfD Allensbach (2015): Was Eltern wollen. Informations- und Unterstützungswünsche zu Bildung und Erziehung. Eltern von Schulkindern.

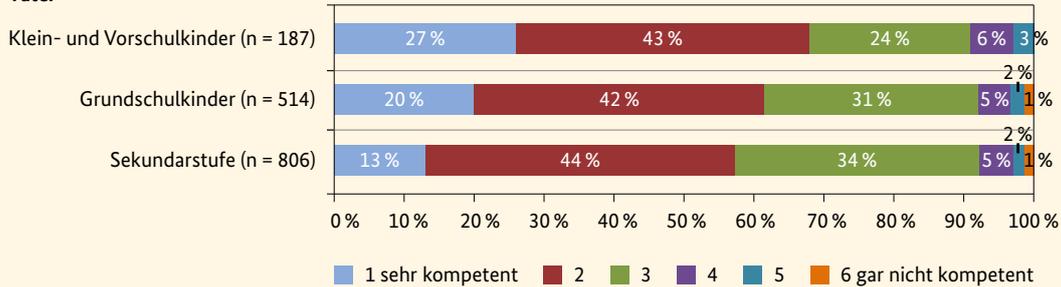
Abbildung 70: Medienkompetenz von Eltern

Frage: „Wie kompetent fühlen Sie sich in Fragen der Erziehung im Umgang mit dem Internet?“

Mütter



Väter



Basis: Kind nutzt Internet, nach Altersgruppen

Quelle: Digitale Medien: Beratungs-, Handlungs- und Regulierungsbedarf aus Elternperspektive, Deutsches Jugendinstitut e. V., Auswertungen aus AID:A II, BMFSFJ (2015): netchildren 2020, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=215068.html>

Je jünger das Kind, umso häufiger werden sie von Eltern auf dem Weg durchs Internet begleitet. Vorschulkinder sind praktisch nie unbeaufsichtigt online, mit sechs Jahren sind es noch 91 Prozent der Mütter und 76 Prozent der Väter, die ihr Kind „immer“ oder „häufig“ begleiten, mit elf Jahren nur noch die Hälfte der Mütter und ein Viertel der Väter. Gute Kinderangebote, einen sicheren, attraktiven Surfraum und eine Alterskennzeichnung von Internetseiten und Apps werden vom Gros der Eltern als hilfreiche Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer elterlichen Verantwortung zur Medienerziehung angesehen.¹⁵⁵ Offline- und Online-Angebote über digitale Medien können sich sinnvoll ergänzen. Knapp 90 Prozent aller Eltern von Schulkindern möchten besser über die Risiken im Internet informiert sein. Die Informations- und Beratungsangebote für Eltern entwickelt das BMFSFJ gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Unternehmen in der Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ weiter.

Eltern wollen bei der Erziehung ihrer Kinder gute Eltern sein und ihre Kinder gleichermaßen fördern und unterstützen. Sie greifen bei Erziehungs- oder Bildungsfragen auf ganz unterschiedliche Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten zurück. Die Mehrheit der Eltern mit Schulkindern bevorzugt nach wie vor das persönliche Gespräch. Dabei überwiegen

¹⁵⁵ Digitale Medien: Beratungs-, Handlungs- und Regulierungsbedarf aus Elternperspektive, Deutsches Jugendinstitut e. V., Auswertungen aus AID:A II, BMFSFJ (2015): netchildren 2020, <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=215068.html>

Gespräche mit Lehrerinnen und Lehrern (nutzen 70 Prozent der Eltern) oder anderen Eltern (nutzen 69 Prozent der Eltern). Neben den persönlichen Gesprächen informieren sich Eltern auch mithilfe von medialen Angeboten. Hier überwiegen spezielle Ratgeber und Broschüren (nutzen 45 Prozent der Eltern), gefolgt von Suchmaschinen im Internet (nutzen 28 Prozent der Eltern). Spezielle Foren oder Blogs im Internet nutzen bisher nur 14 Prozent der Eltern. Nur 3 Prozent der Eltern nutzen soziale Netzwerke.¹⁵⁶

Bei der Medienkompetenz und der Mediennutzung lassen sich schichtspezifische Nutzungs- und Kommunikationsmuster aufzeigen. Ein Ziel ist deshalb, Mütter und Väter bei der Gestaltung eines guten Familienlebens im digitalen Zeitalter zu unterstützen und sie darin zu bestärken, die Möglichkeiten des Internets sowie generell der digitalen Welt souverän zu nutzen.

7.2 Digitalisierung der Arbeitswelt: Unterstützung für eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für eine neue Qualität von partnerschaftlicher Vereinbarkeit eröffnet die Digitalisierung der Arbeitswelt Möglichkeiten durch:

- zeitlich und örtlich flexible Arbeitsformen,
- neue Formen der Arbeitsteilung und -zusammenarbeit,
- neue Anforderungen an Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, insbesondere auch an Führungskräfte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Chancen für eine positive Gestaltung und Anreicherung des Erwerbs- und Familienlebens durch die Digitalisierung müssen im Rahmen der neu zu definierenden Arbeits(zeit)politik und Arbeits(zeit)kultur so gestaltet werden, dass sie Müttern und Vätern die partnerschaftliche Aufgabenteilung in Familie und Beruf besser ermöglichen (vgl. Kapitel III). Dazu bedarf es des verstärkten Ausbaus digital unterstützter flexibler Arbeitsformen in den Unternehmen, die sowohl Müttern und Vätern gleichermaßen zur Verfügung stehen und deren Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach der Elternzeit erleichtern. Digital unterstützte flexible Arbeitsformen sollen dabei helfen, dass Mütter ihre Erwerbsarbeit ausdehnen können.

In ihrer gemeinsamen Digitalen Agenda hat die Bundesregierung deshalb festgehalten:

„Wir wollen die Chancen digital unterstützter, örtlich und zeitlich flexibler Arbeitsformen für die Stärkung der partnerschaftlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzen. Dafür werden wir gemeinsam mit Sozialpartnern und Wissenschaft eine fundierte Beurteilung der aktuellen Situation vornehmen und prüfen, ob die politischen Rahmenbedingungen für das Ziel, mehr Familien eine bessere Vereinbarkeit zu ermöglichen, noch geeignet sind und welcher weitere Forschungs- und Handlungsbedarf besteht.“

Das BMFSFJ hat sich dieser Aufgaben angenommen und setzt diese Themen im Rahmen des IT-Gipfels der Bundesregierung auf die Tagesordnung.

¹⁵⁶ IfD Allensbach (2015): Was Eltern wollen. Informations- und Unterstützungswünsche zu Bildung und Erziehung. Eltern von Schulkindern.

Chancengerechtigkeit für Familien in der digitalen Gesellschaft sichern

Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt gehen Herausforderungen einher, die zur Sicherung von Chancengerechtigkeit für alle Familien in der digitalen Gesellschaft bewältigt werden müssen. Nicht in allen Berufen und Bereichen können Möglichkeiten der Digitalisierung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf genutzt werden. Hier sind die Sozialpartner gefragt, alternative Vereinbarkeitsmodelle für Beschäftigte in Präsenzberufen zu entwickeln, um eine soziale Kluft zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen zu verhindern.

Mit der Zunahme der zeitlich und örtlich flexiblen Arbeitsformen und der Verbreitung digitaler Endgeräte ist die Möglichkeit verbunden, Beschäftigte auch in ihrer Privat- und Familienzeit für berufliche Zwecke zu erreichen. Die Auswirkungen einer ständigen Erreichbarkeit auf Familien und ihre Alltagsorganisation können durchaus ambivalent sein. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen hat noch keine strukturierten Vereinbarungen zur Frage der (Nicht-)Erreichbarkeit. Knapp 29 Prozent der Unternehmen wünschen generell keine Erreichbarkeit ihrer Beschäftigten vor oder nach Dienstschluss, weitere knappe 28 Prozent begrenzen die Erreichbarkeit auf wenige Ausnahmefälle. Jedoch wollen 19 Prozent aller Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werktags auch in den Abendstunden erreichen können, an den Wochenenden gut 17 Prozent. Schlicht „jederzeit“ wünscht sich diese Option jedes sechste Unternehmen.

Auf der Seite der Beschäftigten zeigen sich bei der Bereitschaft zu Erreichbarkeit in der Privat- und Familienzeit deutliche Unterschiede nach Geschlecht und Alter. Ein knappes Drittel der Beschäftigten ist grundsätzlich nicht bzw. nur in Ausnahmefällen bereit, für den Arbeitgeber zu ungewöhnlichen Zeiten zur Verfügung zu stehen. Ein nahezu gleich hoher Anteil (30 Prozent) ist auf der anderen Seite aber sogar jederzeit ansprechbar, Frauen um knapp sieben Prozentpunkte häufiger als ihre männlichen Kollegen. Bei den älteren Beschäftigten ab 60 Jahren ist die Bereitschaft zur permanenten Verfügbarkeit deutlich geringer als bei den jüngeren Jahrgängen, die Ansprechbarkeit in Ausnahmefällen ist aber mit 24 Prozent deutlich höher ausgeprägt als bei allen Befragten (knapp 16 Prozent).¹⁵⁷

Die positive Gestaltung des digitalen Wandels hin zu mehr Flexibilität und besseren Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss also stets die Grenzen dieser Flexibilisierung beinhalten. Notwendig ist eine Diskussion darüber, welche Ansprüche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf moderne vereinbarkeitsfördernde Arbeitsformen haben und haben sollten. Zugleich muss über die Anpassung des bereits weit entwickelten Arbeitsschutzrechtes und der betrieblichen Rahmenbedingungen nachgedacht werden. Welche veränderten Anforderungen an Selbstorganisation und Eigenverantwortung an die Beschäftigten gestellt werden müssen und können, ist dabei ein wichtiger Aspekt.

157 BITKOM, Arbeit 3.0 – Arbeiten in der digitalen Welt.

7.3 Entlastung des Familienalltags durch digitalen Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten

Familien sollen in der Gestaltung ihres Alltags durch professionelle externe Dienstleitungen entlastet werden. Dafür eröffnet die Digitalisierung neue Zugangsmöglichkeiten. Trotz des erkennbar hohen Bedarfs nach Entlastung im Haushalt ist die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen (HDL) vergleichsweise gering. De facto nehmen nur ca. 12 Prozent aller Haushalte legale haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch.¹⁵⁸ Zudem beschäftigen Familien mit Kindern im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil deutlich seltener eine Haushaltshilfe als ältere Alleinstehende über 60 Jahre.

Der sogenannte Schwarzmarkt weist hingegen eine deutlich höhere Dynamik auf. Ein Großteil der Privathaushalte bezieht haushaltsnahe Dienstleistungen illegal. Als Gründe werden mangelnde Zahlungsbereitschaft sowie fehlendes Wissen über die legale Beschäftigung einer Haushaltshilfe angeführt. Darüber hinaus behindern fehlende Markttransparenz und fehlendes Vertrauen in die Dienstleistungsanbieter die Dynamisierung des HDL-Marktes. Um die bestehenden Hinderungsgründe der Nutzung zu überwinden, sollen der digitale Zugang zu legalen haushaltsnahen Dienstleistungen selbst, aber auch zu umfassenden Informationen zum Thema vorangebracht werden.

Zu einer weiteren Entlastung des Familienalltags trägt auch die Digitalisierung der für Familien relevanten öffentlichen Infrastruktur bei. Internationale Vergleiche wie der EU-Digital-Index zeigen hier deutlichen Nachholbedarf.

7.4 Online-Engagement in der Gesellschaft

Soziales und bürgerschaftliches Engagement findet immer häufiger selbst digital statt oder ein herkömmliches Ehrenamt wird digital unterstützt. Digitales Engagement kann eine große Bandbreite umfassen, die von E-Mail-Verteilern bis zu einer gesicherten Online-Beratungsplattform reicht.

In ihrer Digitalen Agenda hat sich die Bundesregierung zur Aufgabe gemacht, den „großen Bedarf an gesellschaftlichem Engagement im digitalen Raum, etwa beim Jugendschutz oder der Unterstützung von Seniorinnen und Senioren“, zu unterstützen. Die digitalen Möglichkeiten zur politischen Bildung und Steigerung des Interesses an Politik und gesellschaftlichem Engagement sollen stärker genutzt werden können. Freiwilliges generationenübergreifendes Engagement zur Förderung der Medienkompetenz im Bereich des Internets und anderer neuer Medien wird unter anderem durch ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) digital gestärkt. Es soll die herkömmlichen Formen des FSJ ergänzen. Junge Menschen erhalten damit die Möglichkeit, ihre technischen Fähigkeiten in den Dienst einer sozialen Einrichtung zu stellen, digitale Projekte umzusetzen und Medienkompetenz zu vermitteln.

¹⁵⁸ IFOK GmbH (2013): Machbarkeitsstudie zur Konzeption einer Internetplattform für Dienstleistungsunternehmen. Im Auftrag des BMFSFJ.

Durch die Digitalisierung vergrößert sich die Reichweite von gemeinnützigen Initiativen und freiwilligem Engagement: Mehr Aktive können gewonnen und organisatorische Abläufe erleichtert und beschleunigt werden. Digitale Dienste können über Informations- und Kommunikationstechnologien helfen, (klassisches) bürgerschaftliches Engagement zu flexibilisieren und den Zugang dazu zu erleichtern. Dies betrifft auch viele Eltern, die sich neben ihrer Erwerbsarbeit und der Verantwortung für die Familie freiwillig engagieren möchten – sei es in der Elterninitiative, der Schule, im Musik- oder Sportverein.

VIII.

Voraussetzung für partnerschaftliche Vereinbarkeit: ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung

Zum Stichtag 01.03.2014 wurden bundesweit rund 660.750 Kinder unter drei Jahren ergänzend zur Erziehung und Betreuung durch die Eltern in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut. Gegenüber März 2013 ist dies ein Anstieg um knapp 64.500 Kinder (Abb. 71).

Abbildung 71: Kinder U3 in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege* am 01.03.2013 und am 01.03.2014, nach Bundesländern

	Anzahl betreuter Kinder unter drei Jahren 2013	Anzahl betreuter Kinder unter drei Jahren 2014
Bundesland	absolut	absolut
Baden-Württemberg	67.948	76.295
Bayern	79.714	88.700
Berlin	43.890	46.984
Brandenburg	30.960	33.164
Bremen	3.776	4.447
Hamburg	19.337	21.939
Hessen	40.134	45.078
Mecklenburg-Vorpommern	21.251	21.562
Niedersachsen	46.134	52.830
Nordrhein-Westfalen	87.185	104.781
Rheinland-Pfalz	27.039	29.617
Saarland	5.181	5.646
Sachsen	49.527	52.297
Sachsen-Anhalt	29.577	29.677
Schleswig-Holstein	17.700	20.290
Thüringen	26.936	27.443
Deutschland	596.289	660.750

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2014 (Stichtag jeweils: 1. März)

* Die Ergebnisse zur Tagespflege beinhalten nur die Kinder, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen (das heißt ohne Doppelzählung).

Am 01.03.2014 betrug die Betreuungsquote 32,3 Prozent, damit stieg sie im Vergleich zum 01.03.2013 um drei Prozentpunkte. Anhand der Anzahl der betreuten Kinder im Alter von unter drei Jahren kann nur annäherungsweise eine Aussage über die bereitstehenden Plätze für diese Altersgruppe im nächsten Kita-Jahr getroffen werden. Kinder, die im laufenden Kita-Jahr drei Jahre alt werden, werden in den U3-Betreuungszahlen nicht ausgewiesen. Die Anzahl der tatsächlich bereitstehenden Plätze für diese Altersgruppe fällt folglich höher aus.

8.1 Betreuungsbedarf der Eltern in Deutschland

2014 wünschten sich im Bundesdurchschnitt 41,5 Prozent der Eltern eine Betreuung für ihr Kind unter drei Jahren. Der von den Eltern geäußerte Betreuungswunsch für ihre Kinder im Alter von unter drei Jahren unterscheidet sich deutlich je nach Altersgruppe und steigt mit dem Alter der Kinder an: Während mehr als die Hälfte der Eltern mit Kindern im zweiten Lebensjahr einen Betreuungsbedarf äußern, beträgt dieser Anteil bei Eltern mit Kindern im dritten Lebensjahr über 70 Prozent.

Der Betreuungsbedarf variiert nach Bildung, Familien- und Erwerbskonstellation der Eltern. In Bezug auf den Schulabschluss haben Mütter mit Hauptschulabschluss den geringsten Betreuungsbedarf (35,2 Prozent), während Mütter mit Abitur oder Mütter ohne Schulabschluss den größten Bedarf vorweisen (jeweils 47,2 Prozent).

Erwerbsumfang der Mutter beeinflusst den Betreuungswunsch

Mütter in Vollzeit weisen mit 84,5 Prozent den höchsten Betreuungsbedarf auf, nicht erwerbstätige Mütter, die keinen Wiedereinstieg in den Beruf planen, den geringsten (18,6 Prozent). Einen Halbtagsplatz bis zu 25 Stunden/Woche wünschen sich mit 26,5 Prozent am häufigsten Mütter in kurzer Teilzeit (15–24 Stunden/Woche), Mütter, die in Vollzeit erwerbstätig sind, benötigen mit 62,3 Prozent am häufigsten einen Ganztagsplatz.

Knapp drei Viertel der befragten Eltern mit Betreuungsbedarf wünschen sich für ihr Kind im Alter von einem bis unter drei Jahren eine Betreuung in einer Kindertageseinrichtung. 12,7 Prozent wollen ihr Kind von einer Tagespflegeperson betreuen lassen. 8,2 Prozent wünschen sich eine Betreuung entweder in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege und 4,2 Prozent würden gerne beide Betreuungsformen gleichzeitig nutzen.

Der am häufigsten gewünschte Betreuungsumfang für Kinder im Alter von einem bis unter drei Jahren ist mit 42,4 Prozent der Ganztagsplatz mit mehr als 35 Stunden. Einen Halbtagsplatz mit weniger als 25 Stunden wöchentlich wünschen sich dagegen lediglich 26 Prozent der Eltern. Der Betreuungsbedarf der Eltern mit Migrationshintergrund allgemein (43,8 Prozent) unterscheidet sich nur gering vom Betreuungsbedarf der Familien ohne Migrationshintergrund (42,6 Prozent). Auch die Wünsche bezüglich des Betreuungsumfangs sind bei beiden Gruppen ähnlich ausgeprägt.

Mit knapp 58 Prozent haben auch alleinerziehende Eltern mit Kindern unter drei Jahren einen hohen Betreuungsbedarf. Ein zuverlässiges Betreuungsangebot ist insbesondere für Alleinerziehende eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Viertel der Alleinerziehenden wünscht sich deshalb einen Ganztagsplatz mit mehr als 35 Stunden (Abb. 72).

Abbildung 72: Betreuungsbedarf von Alleinerziehenden für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 2013

	Betreuungsbedarf
Betreuungsumfang	in %
Kein Betreuungsbedarf	41,7
Halbtagsplatz: bis 25 Std.	16,8
Erweiterter Halbtagsplatz: 26 bis 35 Std.	11
Ganztagsplatz: mehr als 35 Std.	24,9
Bedarfsumfang unbekannt	5,5

Quelle: Deutsches Jugendinstitut: Ergebnisse der repräsentativen Regionalbefragung zu den Betreuungswünschen der Eltern von Kindern unter drei Jahren, 2013

8.2 Entwicklung und Stand der Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren

Der Anteil der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung ist in der Zeit von 2008 bis 2014 in allen Altersstufen angestiegen (Abb.73).

Abbildung 73: Betreuungsquote* der Kinder U3 in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege** von 2008 bis 2014, nach Altersstufen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Anstieg 2008-2014
Alter	in %							in Prozentpunkten
unter 1 Jahr	2,4	2,3	2,4	2,6	2,8	2,7	2,8	0,4
von 1 bis unter 2 Jahren	16,4	20,4	22,7	25,9	28,4	30,8	34,6	18,2
von 2 bis unter 3 Jahren	34,4	38,6	43,5	47,2	51,1	53,9	59,7	25,3
0- bis 3-Jährige insgesamt	17,6	20,2	23,0	25,2	27,6	29,3	32,3	14,7

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege 2008-2014 (Stichtag: 1. März)

* Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern in dieser Altersgruppe. Die bei der Quotenberechnung verwendeten Bevölkerungszahlen beruhen noch auf den Ergebnissen der Bevölkerungsforschreibung zum 31.12.2012 auf der Basis der Volkszählung 1987 (für die neuen Bundesländer war das zentrale Einwohnermelderegister der DDR, Stand Oktober 1990, die Grundlage der Fortschreibung). Endgültige Fortschreibungsdaten zum Stichtag 31.12.2013 auf Basis der Volkszählung 1987 oder des Zensus 2011 haben zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vorgelegen.

** Die Ergebnisse zur Kindertagespflege beinhalten nur die Kinder, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen (d. h. ohne Doppelzählung).

Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund noch gering

Im Jahr 2013 wurden 17 Prozent der Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Damit ist die Betreuungsquote nur etwa halb so groß wie die Betreuungsquote der unter Dreijährigen ohne Migrationshintergrund.

Familien mit Migrationshintergrund äußern einen hohen Bedarf an Unterstützungsangeboten: Der Wunsch nach mehr Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder rangiert mit 47 Prozent der Antworten auf Platz drei nach dem Wunsch nach einer „höheren finanziellen Unterstützung“ (63 Prozent) und nach „günstigerem Wohnraum“ (65 Prozent). Eltern ohne Migrationshintergrund messen dem Betreuungsangebot von Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen etwas mehr Bedeutung bei. 76 Prozent aller befragten Migrantinnen und Migranten nennen zumindest eine Maßnahme mit Blick auf die Betreuung von Kindern (in Form von Ganztagschulen, Kitas etc.), der U-3-Bereich spielt hierbei eine eher untergeordnete Rolle. 67 Prozent der befragten Eltern mit Migrationshintergrund favorisieren die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in der eigenen Familie. Gründe hierfür sind eine etwas höhere Ablehnung der Berufstätigkeit einer Mutter mit Kind unter drei Jahren durch den Partner und die höhere Skepsis gegenüber Kinderbetreuung vor allem unter drei Jahren.

Gute Angebote zur Kinderbetreuung sind für viele Familien mit Migrationshintergrund für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig. Darüber hinaus stellen insbesondere für erwerbstätige Mütter entsprechende Angebote wie z. B. Ganztagschulen eine Entlastung dar, die hohe Zustimmung findet. Von den Müttern mit Migrationshintergrund fühlen sich 33 Prozent besonders dadurch belastet, den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen. Von den übrigen Müttern sagen das nur 21 Prozent. Die schulischen Angebote zur Förderung und Unterstützung reichen nach Ansicht von 55 Prozent der Eltern mit Migrationshintergrund nicht aus. Manche sehen sich selbst aber nicht in der Lage, diese Unterstützung zu geben. Einige Kinder mit Migrationshintergrund besuchen daher selbst organisierte Hausaufgabenhilfen oder Nachhilfeunterricht (13 Prozent bzw. 11 Prozent), für die ihre Eltern erhebliche finanzielle Belastungen in Kauf nehmen.

8.3 Qualität der Kinderbetreuungsangebote

In den frühen Jahren wird die Grundlage für die sozial-emotionale und kognitive Entwicklung des Kindes gelegt. Die Wirkungen setzen sich lebenslang fort. Der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung kommt damit eine Schlüsselfunktion zu, da sie bereits in den ersten Lebensjahren die Entwicklung des Kindes maßgeblich fördern kann. In der Wissenschaft wird auf die vielfältigen positiven Effekte einer guten Kinderbetreuung hingewiesen: vom besseren kindlichen Wohlbefinden, von Lernerfolgen als Basis für ein lebenslanges Lernen über die Reduktion von Altersarmut, größere Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt, bis hin zu höheren Geburtenraten und einer besseren sozialen und ökonomischen Entwicklung für die Gesellschaft. Insbesondere Kinder mit besonderem Förderbedarf profitieren von einer guten Kindertagesbetreuung.

Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass die Qualität in den Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege sich z. T. sehr stark unterscheidet und dort schlechter ist, wo eine gute Betreuung besonders notwendig wäre, zum Beispiel in Gruppen mit einem erhöhten Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund. Der Bund setzt sich deshalb dafür ein, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft bundesweit die gleichen Entwicklungs- und Bildungschancen haben.

Bund und Länder haben gemeinsam Qualitätsentwicklung vereinbart

Bund und Länder haben daher auf der Konferenz zur frühen Bildung am 6.11.2014 vereinbart, gemeinsame Qualitätsziele zu entwickeln. Dieser Qualitätsprozess erfolgt unter enger Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände und im Dialog mit den in der Kindertagesbetreuung verantwortlichen Verbänden und Organisationen auf der Grundlage eines Kommuniqués, das die Bundesfamilienministerin und die JFMK-Vorsitzende gemeinsam unterzeichnet haben. Das Kommuniqué benennt wichtige Bereiche, für die konkrete Qualitätsziele verabredet werden sollen. Hierzu zählen u. a. der Personalschlüssel, die mittelbare pädagogische Arbeitszeit und die Leitungszeit, aber auch Fragen der Qualifizierung der Fachkräfte oder die Gesundheitsförderung.

Turnusmäßige Konferenzen von Bund und Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände, der Einsatz einer Arbeitsgruppe und die Vorlage eines ersten Zwischenberichts bis Ende 2016 sind vereinbarte Schritte in diesem Prozess. 2014 wurde die Arbeitsgemeinschaft „Frühe Bildung“ konstituiert, die aus Vertreterinnen und Vertretern des BMFSFJ, acht Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden besteht und Vorschläge für gemeinsame Handlungsziele und deren Finanzierungsgrundlagen erarbeiten soll.

Qualitätsentwicklungsprozess wird durch Bundesprogramme flankiert

Der gesamte Qualitätsprozess wird flankiert durch das dritte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ sowie durch ein neues Programm zur sprachlichen Bildung, ein Bundesprogramm „Kindertagespflege“ und das Bundesprogramm zu Betreuungszeiten.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas: Sprache & Integration“ (2011–2015) wird das neue Bundesprogramm zur sprachlichen Bildung ab 2016 auf eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes setzen. Ziel des Programms ist es, alltagsintegrierte sprachliche Bildung in den Konzeptionen in Kindertageseinrichtungen zu verankern, die überdurchschnittlich häufig von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund und/oder aus sozial benachteiligten Familien besucht werden. Der Einsatz von zusätzlichen Fachkräften in Funktionsstellen in den Kindertageseinrichtungen hat sich bewährt und ist auch im neuen Programm geplant. Mit einer zusätzlichen kontinuierlichen Begleitung durch eine externe Fachberatung werden die Einrichtungen darüber hinaus in ihrer Entwicklung gestärkt.

Ziel des Bundesprogramms zu Betreuungszeiten ist die Schaffung von Betreuungsangeboten für Eltern und Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Zielgruppen sind in erster Linie Alleinerziehende, Eltern in Schichtarbeit sowie berufstätige Eltern, deren Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten von Kitas liegen.

Mit dem Bundesprogramm „Kindertagespflege“ werden die Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege weiter verbessert und die Kindertagespflege professionalisiert. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Implementierung des kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuchs.

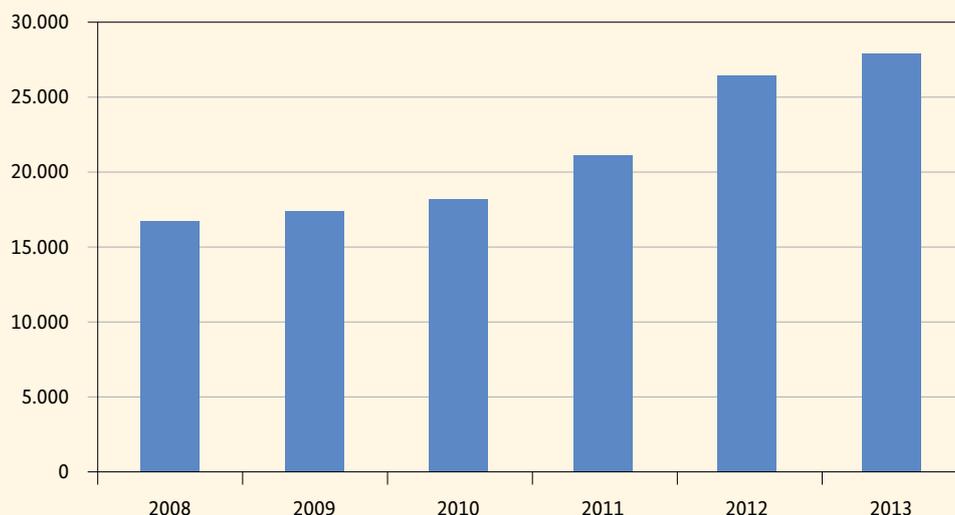
Mit 50 Regionalkonferenzen, die mit den Fachressorts der Länder abgestimmt werden, sollen auch Akteure vor Ort (Eltern, pädagogisches Fachpersonal, Unternehmen etc.) in den Qualitätsprozess eingebunden werden.

8.4 Betriebliche Kinderbetreuungsangebote

Betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuungsangebote können die Anstrengungen des Staates beim Ausbau eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots sinnvoll ergänzen. Viele Unternehmen stehen ihren Beschäftigten schon heute in vielfältiger Weise bei der Kinderbetreuung zur Seite: Sie gründen beispielsweise Betriebskindergärten, alleine oder zusammen mit anderen Unternehmen, erwerben Belegrechte in bestehenden Kindertagesstätten oder fördern Elterninitiativen. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihrer Beschäftigten.

Insgesamt zeigt sich eine positive Tendenz beim Ausbau betrieblich unterstützter Kinderbetreuungsangebote in Deutschland. Nach der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik besuchten im Jahr 2014 (Stichtag: 01.03.2014) 29.748 Kinder eine der 668 Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen (Abb. 74).

Abbildung 74: Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen (keine Altersabgrenzung)



Quelle: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Statistisches Bundesamt, 2013

Um Unternehmen bei der Einrichtung betrieblicher Betreuungsplätze zu unterstützen, hat das Bundesfamilienministerium bereits im Jahr 2012 das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ (BeKiB) ins Leben gerufen. Arbeitgeber aller Größen und Branchen können sich am Programm beteiligen und erhalten finanzielle Anreize, neue betriebliche Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Die Anschubfunktion des Förderprogramms hat sich in der Praxis nachhaltig bewährt.

8.5 Nach Kita und Hort: die verlässliche Ganztagschule als neue Herausforderung

Ein Gastbeitrag von DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer: „Gute Ganztagsbetreuung für gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverzichtbar“

Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, ist für viele Familien nach wie vor eine große Herausforderung. Deutschland hat sich deshalb zu Recht auf den Weg gemacht, das Betreuungsangebot für Kinder deutlich auszubauen. Diesen Weg müssen wir in den kommenden Jahren weiter gehen. Denn immer mehr Mütter möchten arbeiten oder ihre Arbeitszeit ausweiten. Und mit einem Betreuungsangebot passend zu den Bedürfnissen der Eltern könnten bis zu 1,2 Millionen Mütter eine Arbeit aufnehmen oder ihre Teilzeittätigkeit ausdehnen – in Zeiten des Fachkräftemangels ein großer Schatz, den wir heben sollten.

Dabei kommt es aber nicht nur auf die Zahl der Plätze an. Wenn zum Beispiel die Kita schon am Mittag oder in den Ferien mehrere Wochen schließt, ist das für berufstätige Eltern und damit auch für die Betriebe ein Problem. So berichten uns bei einer aktuellen Umfrage mehr als zwei Drittel der Unternehmen, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren müssen, weil die Öffnungszeiten der Kita zu kurz sind. Unternehmen müssen dadurch teilweise auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichten. Und wenn Eltern nur halbtags am Vormittag arbeiten können, wird es im Betrieb schnell zur Herausforderung, das Telefon auch am Nachmittag oder die Ladentheke abends zu besetzen.

Längere und flexiblere Kita-Öffnungszeiten sind daher aus Sicht der Unternehmen enorm wichtig. Das geht natürlich nur bei einer entsprechenden Personalausstattung, damit die Flexibilität nicht auf Kosten der Betreuungsqualität geht. Denn Eltern werden die Betreuungsangebote zu Recht nur annehmen, wenn sie ihre Kinder gut aufgehoben wissen.

Kommt das Kind dann in die Schule, stellt sich oftmals erneut die Betreuungsfrage. Denn wenn der Unterricht am Mittag endet, haben berufstätige Eltern ja in der Regel noch nicht Feierabend. Fehlt dann ein gutes Nachmittagsangebot, liegt es wieder bei den Eltern, die Betreuung selber abzudecken und dafür gegebenenfalls ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Während sich 70 Prozent der Eltern einen Ganztagsschulplatz für ihr Kind wünschen, besucht nur etwa jedes dritte Kind eine Ganztagschule. Daher sollten weitere Investitionen in Schulhort- und Ganztagschulplätze ganz oben auf der Prioritätenliste der Politik stehen.

Der Ball liegt jedoch nicht nur bei der Politik. Auch die Betriebe sind bei der Suche nach klugen Köpfen gefragt, die Wünsche der Familien zu berücksichtigen. Viele Betriebe haben die Zeichen der Zeit erkannt und engagieren sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Der wichtigste Ansatzpunkt: die Arbeitsbedingungen familienfreundlich gestalten. Fast neun von zehn Unternehmen bieten flexible Arbeitszeitmodelle an; in mehr als der Hälfte können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch mal von zu Hause arbeiten. Viele Unternehmen unterstützen ihre Beschäftigten außerdem bei der Kinderbetreuung – angefangen bei einem Eltern-Kind-Büro und der Hilfe dabei, ein geeignetes Angebot zu finden, über finanzielle Zuschüsse und Belegplätze in bestehenden Einrichtungen, bis hin zu einem betriebseigenen Betreuungsangebot. Doch all diese Angebote können ihre Wirkung nur dann entfalten, wenn sie durch flexible Ganztagsbetreuung flankiert werden.

Eine gute Ganztagsbetreuung bis ins Schulalter ist für berufstätige Eltern wie für Betriebe unverzichtbar. Wer im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte punkten will, muss vor Ort Bedingungen bieten, die diese Fachkräfte ansprechen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dabei in den letzten Jahren zu einem entscheidenden Kriterium geworden. An dieser Aufgabe müssen Wirtschaft und Politik gemeinsam weiter arbeiten.

8.6 „Lokale Bündnisse für Familie“ unterstützen Familien mit Schulkindern

Mit der Einschulung ihres Kindes stehen gerade berufstätige Eltern oftmals vor der Herausforderung, die Fragen einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Mittags-, Nachmittags- oder Ferienbetreuung neu zu beantworten. Fehlende Nachmittagsbetreuung und unflexible Betreuungszeiten können dabei nicht nur eine Arbeitszeit in gewünschtem Umfang, sondern auch einen möglichen beruflichen Aufstieg für Eltern und insbesondere für Mütter verhindern. Gleichzeitig werden für Arbeitgeber die Schulferienzeiten oder eingeschränkte Betreuungsmöglichkeiten für die schulpflichtigen Kinder ihrer Beschäftigten zur Herausforderung.

Neben der Förderung verlässlicher institutioneller Betreuungsangebote wie Ganztagschulen oder Hortbetreuungen, können zivilgesellschaftlich organisierte Angebote in Randzeiten, Notfällen und den Ferien zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern mit Schulkindern beitragen und speziell Müttern kontinuierliche Erwerbsverläufe ermöglichen.

Schulkindbetreuung ist ein Schwerpunkt der „Lokalen Bündnisse für Familie“

Seit zehn Jahren bereits setzen die „Lokalen Bündnisse für Familie“ auf diesem Gebiet zahlreiche bürgernahe und praxistaugliche Lösungen um. Mehr als die Hälfte der rund 670 „Lokalen Bündnisse“ engagieren sich bereits in der Schulkinderbetreuung und unterstützen mit vielfältigen Projekten Eltern, gerade auch Alleinerziehende, mit schulpflichtigen Kindern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Bündnisse gehen vom konkreten Bedarf vor Ort aus, abhängig von bereits bestehenden Angeboten und darüber hinausgehenden Bedarfen von Eltern.

Mit dem Start der 2011 vom Bundesfamilienministerium initiierten Entwicklungspartnerschaft „Unterstützungsnetzwerke für Eltern mit Schulkindern“ hat das Thema noch einmal an Bedeutung gewonnen. Es wurden systematisch Angebote für lückenlose Betreuungsketten in Schul-, Ferien- und Randzeiten für Eltern mit Schulkindern aufgebaut und weiterentwickelt. Diese Angebote sind zeitlich, räumlich und organisatorisch so aufeinander abgestimmt, dass eine durchgängige, verlässliche und gleichzeitig qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder sichergestellt ist. Dazu zählen nicht nur die Nachmittags- oder Ferienbetreuung, sondern auch eine Notfallbetreuung zum Beispiel bei unvorhergesehenem Unterrichtsausfall.

Konkrete Lösungsmöglichkeiten entstehen an vielen Standorten in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, den ansässigen Jobcentern und Unternehmen als Kooperationspartner. Unternehmen zeigen sich zunehmend aufgeschlossen für eine solche Zusammenarbeit, da sie die Auswirkungen fehlender Betreuungsangebote oftmals unmittelbar im betrieblichen Alltag spüren. Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V.¹⁵⁹ berichten mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der befragten Betriebe, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren müssen, weil sie keine passenden Kinderbetreuungsangebote finden. Bei der Umfrage gaben zudem mehr als neun von zehn befragten Unternehmen an, dass sie ihre Beschäftigten mit Kindern dabei unterstützen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Best-Practice-Beispiele für gelingende verlässliche Schulkindbetreuung

■ **Flächendeckende Nachmittagsbetreuung in allen Grundschulen im Landkreis Ansbach:** Das „Lokale Bündnis für Familie“ in Ansbach (Bayern) hat mit seinen Partnern den Aufbau einer flächendeckenden Nachmittagsbetreuung inklusive Mittagsverpflegung für alle Kinder vorangetrieben. Eltern, die die kostenpflichtige Nachmittagsbetreuung nicht selbst finanzieren können, werden aus einem vom Bündnis eingerichteten Fonds unterstützt, der sich durch Spenden und durch Sponsoren trägt, wie beispielsweise ortsansässige Unternehmen. Die Nachmittagsbetreuung umfasst vielfältige Freizeit- und Kulturangebote, eine Hausaufgabenhilfe sowie Angebote der Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, durchgeführt von Fachkräften der Stadt Ansbach.

■ **Nachmittags-, Ferien- und Notfallbetreuung in Dienheim:** In Dienheim (Rheinland-Pfalz) werden – berufstätige – Eltern mit Schulkindern mit einem umfassenden Betreuungskonzept unterstützt. Es umfasst die Nachmittags- und Ganztagsbetreuung an Schulen ebenso wie auch eine Ferienbetreuung. Unter der Regie des TV Dienheim 08 e. V. haben sich mehrere Vereine zusammengeschlossen, um eine nahezu lückenlose Betreuung anzubieten. Als Partner außerhalb der Schule übernehmen sie im Rahmen der Nachmittags- und Ganztagsbetreuung inzwischen 250 Schulstunden pro Woche. Zudem springt das Bündnis auch bei Notfällen ein, wenn etwa kurzfristig der Unterricht ausfällt. Für ein ganztägiges Ferienprogramm haben sich unter dem Dach des Dienheimer „Lokalen Bündnisses“ mehrere Partner zusammengefunden: An jedem schulfreien Tag im Jahr werden Schülerinnen und Schüler der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim von 8 bis 16 Uhr im Ferienprogramm „Ferien am Ort“ betreut.

159 Das IHK-Unternehmensbarometer zur Kinderbetreuung 2014: Am Ball bleiben – Kinderbetreuung flexibilisieren und ausbauen.

- I Hanauer Fun-Woche:** In Hanau (Hessen) werden in den Ferienzeiten über das Bündnis regelmäßig verschiedene Betreuungsangebote für Schulkinder angestoßen. Dazu gehören unter anderem Mädchenaktionstage in den Osterferien, das Hanauer Sommercamp und die Kinder-Erlebnistage „Wild im Park“. Gemeinsam mit den Partnern, u. a. dem DGB, der IHK und der Bundesagentur für Arbeit sowie Betreuungseinrichtungen und verschiedenen privaten Initiativen, hat das „Lokale Bündnis für Familie“ in Hanau zusätzlich ein Herbstferienprogramm für Schulkinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beteiligter Unternehmen entwickelt, bei welchem die Aktivitäten von privaten und öffentlichen Partnern angeboten werden. Für 50 Euro kann ein Kind an allen Aktivitäten teilnehmen. Des Weiteren enthält der Betrag Fahrkarten und Verpflegung, wie zum Beispiel Mittagessen. Die administrative Koordination liegt in der Verantwortung des „Lokalen Bündnisses für Familie Hanau“.
- I Lehrreiche Ferien für Schulkinder in der „Eck-Town-City“ in Eckernförde:** „Eck-Town-City“ ist ein Projekt des „Lokalen Bündnisses für Familie Eckernförde“ (Schleswig-Holstein) und der Verkehrswacht Eckernförde e. V. Das Konzept: „Eck-Town-City“ lässt Mädchen und Jungen ihre eigene Kinderstadt gestalten. Im Rahmen einer einwöchigen Ferienbetreuung erfahren die Kinder auf spielerische Art und Weise, welche Abläufe und Strukturen in einer Stadt nötig sind, um das Zusammenleben vieler Menschen zu ermöglichen. Vermittelt über eine „Agentur für Arbeit“ von „Eck-Town-City“, können Mädchen und Jungen im Schulalter einen Arbeitsplatz zugeteilt bekommen und so täglich einen anderen Beruf ausprobieren. Während dieser Ferienaktion sind die Schulkinder täglich von 8.30 bis 16 Uhr betreut, eine Frühbetreuung ist ab 7.30 Uhr möglich. Die Ganztagsbetreuung in der Kinderstadt unterstützt Eltern mit Schulkindern dabei, Familie und Beruf während der Sommerferien in Einklang zu bringen.

8.7 Betreuungsgeld

Zum 01.08.2013 wurde das Betreuungsgeld eingeführt. Das Betreuungsgeld erhalten Eltern, deren Kind ab dem 01.08.2012 geboren wurde und die für ihr Kind keine Leistung nach § 24 Abs. 2 SGB VIII (frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege) in Anspruch nehmen. Es ist im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz verankert und wird unabhängig davon gewährt, ob die Eltern erwerbstätig sind. Die Bezugszeit von längstens 22 Monaten schließt nahtlos an die 14-monatige Rahmenbezugszeit für das Elterngeld an. Im Regelfall besteht der Anspruch auf Betreuungsgeld vom ersten Tag des 15. Lebensmonats bis maximal zum 36. Lebensmonat des Kindes. Das Betreuungsgeld betrug im ersten Jahr der Einführung, das heißt vom 01.08.2013 an, 100 Euro monatlich und beträgt seit dem 01.08.2014 150 Euro monatlich. Es wird als Geldleistung ausgezahlt und ist nicht zu versteuern. Betreuungsgeld wird als vorrangige Leistung ausgezahlt und bei Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Kinderzuschlag angerechnet.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht quartalsweise die Zahlen zum Betreuungsgeld, zuletzt für das 1. Quartal 2015. Im 1. Quartal 2015 haben 455.321 Personen Betreuungsgeld bezogen, wovon rund 18 Prozent nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Knapp die Hälfte der Kinder (49 Prozent), für die Betreuungsgeld im ersten Quartal 2015 bezogen wurde, waren das einzige Kind im Haushalt. In rund einem Drittel der Fälle (34 Prozent) war noch ein weiteres Kind vorhanden. 17 Prozent der Kinder lebten mit zwei oder mehr Geschwistern zusammen.¹⁶⁰ Eine Aussage über das Einkommen der Beziehenden ist nicht möglich. Die Bundesregierung wird nach Maßgabe des § 25 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz dem Deutschen Bundestag zum 31.12.2015 einen Bericht über die Auswirkungen des Betreuungsgeldes vorlegen.

Am 21. Juli 2015 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) seine Entscheidung zum Betreuungsgeld verkündet und das Gesetz wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz des Bundes für verfassungswidrig erklärt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist nach rechtlicher Prüfung und Abstimmung innerhalb der Bundesregierung zu dem Ergebnis gekommen, dass niemand bereits erhaltene Betreuungsgeld-Leistungen zurückzahlen muss. Für Familien, die bereits eine Bewilligung über Betreuungsgeld erhalten haben, erfolgen die Auszahlungen für die Dauer der Bewilligung weiter. Bewilligende Betreuungsgeldbescheide dürfen nicht mehr erlassen werden, da nach der Entscheidung des BVerfG keine Rechtsgrundlage mehr gegeben ist.¹⁶¹

160 Statistisches Bundesamt (2015), Statistik zum Betreuungsgeld Leistungsbezüge, 1. Vierteljahr 2015.

161 Weitere Informationen zum Betreuungsgeld gibt es unter <http://www.bmfsfj.de>

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 030 20179130

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

Fax: 030 18555-4400

E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 2BR151

Stand: August 2015, 1. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

Bildnachweis Frau Schwesig: Bundesregierung/Denzel

Druck: Silber Druck oHG, Niestetal

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.